

Martin Stief

## Desertionen im geteilten Berlin

Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus

BF informiert 30 (2011)

Bundesarchiv  
– Stasi-Unterlagen-Archiv –  
10106 Berlin

[publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr: 2,50 €

2. durchgesehene Auflage, Berlin 2022

ISBN 978-3-946572-21-3

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN

kostenlos abrufbar: [urn:nbn:de:0292-97839465722135](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839465722135)



# Inhalt

|       |  |    |
|-------|--|----|
| 1.    | Einleitung   | 5  |
| 1.1   | Untersuchungsgegenstand: Desertion                                   | 9  |
| 1.2   | Forschungsstand  | 12 |
| 2.    | Fahnenfluchten aus den Streitkräften der DDR                         | 15 |
| 2.2   | Bekämpfung von Fahnenfluchten  | 19 |
| 2.2.1 | Personalrekrutierung   | 23 |
| 2.2.2 | Tabuisierung des Westens   | 25 |
| 2.2.3 | Juristische Regelungen   | 27 |
| 3.    | Grenzer im Visier der Staatssicherheit                               | 29 |
| 3.1   | Bekämpfung und Verhinderung von Fahnenfluchten                       | 30 |
| 3.2   | Inoffizielle Mitarbeiter   | 35 |
| 4.    | Desertionen im geteilten Berlin                                      | 40 |
| 4.2   | Fahnenfluchten im Blick der Stasi                                    | 42 |
| 4.3   | Westpropaganda und Deserteure der DDR                                | 43 |
| 4.4   | Motive für Fahnenfluchten aus Sicht der Staatssicherheit             | 46 |
| 5.    | Gegenmaßnahmen   | 49 |
| 5.1   | Fallbeispiel: Grenzdurchbruch am 28. Oktober 1961                    | 52 |
| 5.2   | Schießbefehl   | 55 |
| 5.3   | Die Sperranlagen   | 60 |
| 5.4   | Die veränderte Situation – (un)eingeschränkter Zugriff auf Nachwuchs | 67 |
| 5.5   | »Das Vaterland ruft!«  | 68 |
| 6.    | Schlussbetrachtung und Ausblick                                      | 72 |
|       | Anhang   | 79 |
|       | Tabellarische Übersicht über die Fahnenfluchten                      | 80 |
|       | Literaturverzeichnis   | 91 |
|       | Quellenverzeichnis   | 97 |
|       | Abkürzungen  | 99 |



# 1. Einleitung

Zu jedem Jahrestag des 13. August 1961 erinnern zahlreiche Dokumentationen, Reportagen, Zeitungsartikel, Ausstellungen und Veranstaltungen an die Opfer der Mauer und die unzähligen Schicksale jener Tage und Wochen. Tragendes Medium der Vermittlung ist stets das Bild, denn der Bau der Berliner Mauer war ein globales Medienereignis. In zahllosen bewegten und unbewegten Bildern hielten Beobachter die Maßnahmen der Grenzabriegelung und viele dadurch verursachte Schicksale bildlich für die Nachwelt fest. Die entstandenen Aufnahmen von Ostberliner Bürgerinnen und Bürgern, die buchstäblich in letzter Minute die Flucht in den Westteil der Stadt wagten, haben bis auf den heutigen Tag nichts von ihrer Dramatik verloren. Die Bernauer Straße erlangte traurige Berühmtheit aufgrund der bekannten Filmaufnahmen von aus Fenstern springenden Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes den Kampf des ostdeutschen Staates gegen den Freiheitswillen seiner Bewohner zeigten. Eine Fotografie aber wurde, wie kaum eine zweite, zur »Ikone des Mauerbaus«. Der Berliner Schriftsteller Jens Sparschuh beschrieb sie wie folgt:

Er steht in der Luft, auf einem Bein. Wie ein Seiltänzer. Doch das Seil ist aus Stacheldraht. Er balanciert nicht darauf, er überspringt es einfach, gegen alle Regeln: Das Denkmal eines tapferen Soldaten – von ihm im Niemandsland zwischen den Fronten errichtet, eine Schwarzweißaufnahme: Für die einen ist er ein Held, für die anderen ein Verräter.<sup>1</sup>

Die Fotografie zeigt einen uniformierten und mit einer Maschinenpistole bewaffneten jungen Mann, der über ein Stacheldrahthindernis springt. Entstanden war die Aufnahme am Nachmittag des 15. August 1961 an einer auf den ersten Blick beliebigen Straßenecke. Doch der Uniformierte, das Entstehungsdatum und der am unteren Bildrand zu erkennende Stacheldraht verweisen bereits auf die politische Lage jener Zeit – die Berliner Mauer wird errichtet. Eine genaue historische Zuordnung ergibt sich aber erst durch Bilder anderer Fotografen. Auf diesen ist ein Schild mit der Aufschrift »fin du secteur français« zu erkennen. Der Uniformierte springt in den französischen Sektor Berlins. Zugleich fällt die ungewöhnliche Bewegung des Uniformierten ins Auge. Entgegen der für einen Soldaten typischen Haltung, nämlich mit der schussbereiten Waffe voran das Hindernis

---

<sup>1</sup> Zit. nach: Hamann, Christoph: Fluchtbilder. Schlüsselbilder einer mörderischen Grenze. In: Paul, Gerhard (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2: 1949 bis heute, Bonn 2008 (Sonderausgabe BpB), S. 266–273, hier 269, ohne Quellenangabe.

zu überspringen, ergreift der Abgebildete den Halteriemen seines Gewehrs und scheint es von sich werfen zu wollen. Eine Vermutung, die von ebenfalls erhaltenen Filmsequenzen bestätigt wird. Es handelte sich nicht um einen Angriff, sondern um eine Flucht, genauer um eine Flucht vom sowjetischen in den französischen Sektor des geteilten Berlins. Diese als »Sprung in die Freiheit« bekannt gewordene Fotografie zeigt den gerade 19-jährigen Conrad Schumann, einen Oberwachtmeister der Bereitschaftspolizei der DDR. Der gelernte Schäfer aus Sachsen war der erste Deserteur im geteilten Berlin.

Die Geschichte hinter diesem Bild soll Ausgangspunkt der folgenden Arbeit sein. Deshalb wird sie kurz vorangestellt und im Laufe der Arbeit exemplarisch herangezogen. Seitdem am 13. August 1961 buchstäblich über Nacht die Sektorengrenzen Berlins abgeriegelt worden waren, hielten Fotografen die Ereignisse bildlich für die Nachwelt fest. Auch als am 15. August 1961 Passanten einen augenscheinlich nervösen Uniformierten an der Bernauer Ecke Ruppiner Straße beobachtet hatten und ihn wiederholt aufforderten zu fliehen, versammelten sich einige Fotografen, um die Szene nicht zu verpassen, unter ihnen Klaus Lehnartz und Peter Leibing. Der junge Schumann, der sich im März 1961 freiwillig zum Dienst in der Bereitschaftspolizei gemeldet hatte, ging in unbeobachteten Momenten immer wieder zum Stacheldraht und drückte ihn ein wenig herunter. »Der hüpfert gleich rüber«, sagten einige Anwesende und verständigten die Westberliner Polizei. Nur kurze Zeit später wartete wenige Meter hinter dem Stacheldraht ein Mannschaftswagen der Polizei mit offenen Hecktüren.

Die ostdeutschen Grenzer hatten Weisung, sich nicht von westlichen Fotografen ablichten zu lassen. Deshalb wendeten sie sich stets von den Kameras ab, wenn diese auf sie gerichtet waren. Die beiden anwesenden Fotografen Leibing und Lehnartz wussten davon und machten sich dies zunutze. Sie richteten ihre Kameras auf die anderen Bereitschaftspolizisten, um sie so von Schumann abzulenken. Nachdem die anderen Grenzposten, wie gehofft, kehrten um, war der Weg für Schumann frei und er sprang. Lehnartz und Leibing drückten die Auslöser ihrer Kameras und froren genau den Augenblick ein, der Schumann im »Niemandland zwischen den Fronten« zeigt.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Zur Entstehung des Bildes Loy, Thomas: Vor den Augen der Welt. Wie die Flucht des Polizisten Conrad Schumann zur Ikone der Teilung wurde, online unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/vor-den-augen-der-welt/4494474.html> (letzter Abruf: 16.12.2021); Küpper, Stefan: Der Sprung seines Lebens: die Flucht. Wie Conrad Schumann der berühmteste Republikflüchtling wird. Ein zweiseitige Geschichte (1), online unter: <https://www.yumpu.com/de/document/read/8444761/der-sprung-seines-lebens-die-flucht-axel-springer-preis-2012> (letzter Abruf: 16.12.2021); Lenz, Susanne: Bernauer Straße, 15. August: »Der

Das Foto wurde am nächsten Tag ganzseitig in der »Bild«-Zeitung abgedruckt und in der Folgezeit von unzähligen nationalen und internationalen Medien verbreitet. Dadurch wurden die Fotografie und zugleich auch der Fotografierete weltbekannt. Doch der DDR war Schumann mit seinem Sprung nicht vollends entkommen. Nicht nur, dass er seine Familie zurückließ – seinen Vater konnte er erst 15 Jahre später wiedersehen –, auch die Verfolgungsorgane der DDR verloren ihn nie aus den Augen. Seine Eltern wurden von der Stasi überwacht und er selbst wurde zur Fahndung ausgeschrieben. Sogar als die DDR 1987 eine Generalamnestie erließ, wurde Schumann ausdrücklich davon ausgenommen. Im selben Jahr war Schumann Ehrengast von Ronald Reagan, als dieser anlässlich des 750-jährigen Stadtjubiläums seine bekannte Forderung stellte: »Mr. Gorbachev, tear down this wall.« Doch was machte dieses Bild so unvergleichlich, dass es bis heute eine Ikone des Mauerbaus ist, obwohl überhaupt keine Mauer zu sehen ist?

Die Fotografie des ersten Deserteurs entfaltet ihre Wirkung gerade deshalb, weil es sich hier nicht um einen zivilen Flüchtling handelte, sondern um einen potenziellen Täter, konkret einen potenziellen Mauerschützen. Mit seinem Sprung in den französischen Sektor Berlins entfloh Schumann nicht nur der DDR, sondern auch einem spezifischen Auftrag. Für die DDR-Führung bedeutete die Desertion eines Angehörigen der bewaffneten Kräfte, insbesondere von Grenzpolizisten, nicht nur den Verlust von teils gut ausgebildetem Personal, die Preisgabe militärischer Geheimnisse oder eine Lücke im Grenzstreifen. Eine Desertion vermittelte immer auch, dass »diejenigen, die im Auftrag der SED Überwachung und Repression vollstrecken, dem Regime ihre Unterstützung verweigern«.<sup>3</sup> Und genau an diesem Punkt offenbarte sich das Dilemma des DDR-Grenzregimes in Berlin nach dem 13. August 1961. Mit der Abriegelung Westberlins hatte sich die Fluchtbewegung grundlegend verändert. Seitdem waren gerade diejenigen, die das Rückgrat der Grenzsicherung bilden sollten, gegenüber der restlichen DDR-Bevölkerung in einer »privilegierten Position«, zumindest mit Blick auf die Fluchtmöglichkeiten.<sup>4</sup>

---

hüpft gleich rüber«. Das Foto des fliehenden Grenzsoldaten geht immer noch um die Welt, online unter: <https://www.berliner-zeitung.de/das-foto-des-fliehenden-grenzsoldaten-geht-immer-noch-um-die-welt-bernauer-strasse-15-august-der-huepft-gleich-rueber-li.16397?pid=true> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>3</sup> Demke, Elena: Mauerbilder – Ikonen im Kalten Krieg. In: Bilder im Kopf – Ikonen der Zeitgeschichte. Hg. v. d. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2009, S. 106–119, hier 111.

<sup>4</sup> Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952 bis 1965. Berlin 2009, S. 340.

Und die Grenzschießung mobilisierte in unerwartet hohem Maße Grenzer zur Flucht aus der DDR, wie der Blick auf die Desertionszahlen unmittelbar nach dem 13. August 1961 deutlich macht. Schon wenige Tage nach Beginn des Mauerbaus machte sich Besorgnis breit, als die Zentrale Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit melden musste: »Obwohl die Kampfmoral und Disziplin der am Einsatz beteiligten Sicherungskräfte als gut eingeschätzt werden muss, weisen doch die weiter steigenden Desertionen auf einige Mängel hin.«<sup>5</sup> Mit dieser Stasi-typischen Dialektik sollte die Tatsache verschleiert werden, dass Fahnenfluchten auf ein Rekordniveau stiegen, während die allgemeine Fluchtbewegung schlagartig zurückging. Hinzu kam, dass die Flucht eines Grenzpolizisten stets die Öffentlichkeit erregte und ein »unvermeidliches Presseecho in den Westmedien nach sich [zog], das die Aussagen der SED-Führung Lügen strafte«.<sup>6</sup> Aufseiten der DDR wurde die mediale Wirkung solcher Berichte und Bilder genau registriert und als Angriff auf die eigenen Souveränitätsansprüche gedeutet.<sup>7</sup> So äußerte der stellvertretende Minister für Staatssicherheit Bruno Beater Ende 1961 im Kreise des MfS-Kollegiums:

Es passt dem Gegner ausgezeichnet zur Komplettierung seiner Pläne und Absichten, vor allem im internationalen Sinne gegen uns zu wirken, [...] wenn die Westzeitungen, wie am 6.12.1961 von der gemeinsamen Flucht einer kompletten Besetzung eines Grenzwachturms nach Westberlin berichten können.<sup>8</sup>

Daraus ergibt sich die leitende Fragestellung dieser Arbeit: Wie reagierten Staatsführung und Sicherheitsapparat der DDR auf das zunehmende Problem von Fahnenfluchten? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Desertionen kurz- und langfristig zu verhindern? Und nicht zuletzt: Waren diese Maßnahmen erfolgreich? Mit Blick darauf, dass Fahnenfluchten für die militärische und politische Führung der DDR kein neues bzw. unbekanntes Problem waren, muss nach Methoden und Strategien gefragt werden, die vor und nach dem Mauerbau Anwendung fanden. Zu diesem Zweck sollen die

---

<sup>5</sup> [Bericht] über die gegenwärtige Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR, 17.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066.

<sup>6</sup> Maurer, Jochen: Die »Mauer« und ihre Grenztruppen oder die Grenztruppen und ihre »Mauer«? In: Die Berliner Mauer. Vom Sperrwall zum Denkmal. Hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz. Bonn 2009, S. 71–86, hier 79.

<sup>7</sup> Vgl. Sälter, Gerhard: Fluchtverhinderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. München 2011, S. 152–162.

<sup>8</sup> Bericht für das Kollegium des MfS, Mitte Dezember 1961; BArch, MfS, SdM, Nr. 1558, Bl. 77.

Methoden und Strategien des Sicherheitsapparates der DDR, unter besonderer Berücksichtigung des Ministeriums für Staatssicherheit, herausgearbeitet werden, die zur Bekämpfung von Desertionen bis zum Mauerbau zum Einsatz kamen. Anschließend wird der Zeitraum vom 13. August bis zum 31. Dezember 1961 fokussiert werden. Daraus können Schlussfolgerungen gezogen werden, ob und welche Auswirkungen der Mauerbau auf die bewaffneten Organe der DDR hatte und ob sich der Charakter der Fahnenfluchten mit bzw. nach dem Mauerbau veränderte. Im direkten Umfeld des 13. August lassen sich Probleme der Staats- und Parteiführung mit den bewaffneten Organen der DDR herausarbeiten, die sich mit dem Bau der Mauer teils grundlegend wandelten. Die Auseinandersetzung mit Desertionen im geteilten Berlin ermöglicht hierbei einen weit gestreuten Zugang zu vielfältigen Entwicklungen, die zwar am Beispiel der Grenzpolizisten abgehandelt werden, die aber weit über diesen spezifischen Rahmen hinausreichen.

## 1.1 Untersuchungsgegenstand: Desertion

»Soldaten meutern, laufen davon, gehen zum Feind über, begehen Sabotageakte oder weigern sich Befehle auszuführen, sie werden krank oder simulieren Krankheiten, fügen sich Verletzungen zu oder begehen Selbstmord.«<sup>9</sup> Die Disziplinierung von Menschen funktioniert nicht unmittelbar oder wie es Michael Wildt und Alf Lüdtke formulierten: »Gehorsam geht nicht im Bild maschinenhaften Gleichschrittes oder willenloser Automatik auf.«<sup>10</sup> Vielmehr provoziert die Disziplinierung von Menschen und die *Produktion von Gehorsam* zu jeder Zeit auch Widerstand. Soldaten, also Menschen in einer ganz spezifischen Zwangslage, entzogen sich zu jeder Zeit und auf vielfältige Weise dem auf sie ausgeübten Zwang und berührten damit stets einen »archimedischen Punkt politischer Herrschaft: ihren Anspruch auf die Ausübung legitimer Gewalt«.<sup>11</sup> Völlig unabhängig von ihren individuellen Motiven stellten Deserteure den Anspruch einer politischen bzw. herrschenden Instanz infrage, Menschen, gegebenenfalls zur Bekämpfung eines Feindes, militärischer Disziplin zu unterwerfen und in letzter Konsequenz deren

---

<sup>9</sup> Bröckling, Ulrich: *Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion*. München 1997.

<sup>10</sup> Lüdtke, Alf; Wildt, Michael: Editorial. In: *Historische Anthropologie* 2/2007 (Thema: Gehorsam), S. 157–163, hier 160.

<sup>11</sup> Bröckling, Ulrich; Sikora, Michael: Einleitung. In: Dies. (Hg.): *Armeen und ihre Deserteure. Vernachlässigte Kapitel einer Militärgeschichte der Neuzeit*. Göttingen 1998, S. 7–15, hier 7.

Gesundheit oder gar Leben zu gefährden. Desertionen können deshalb nicht einzig als ein Abweichen von einem als Norm hingegenommenen Verhalten bzw. als mangelnde Integration des jeweiligen Individuums verstanden werden. Der Blick muss vielmehr auch auf die »Normen und Mechanismen militärischer Integration« selbst gerichtet werden.<sup>12</sup>

Eine Geschichte der Desertion muss deshalb immer auch eine Geschichte des Militärs, im vorliegenden Fall der bewaffneten Organe der DDR, sein. Erst durch eine solche Kontextualisierung wird die epochenspezifische militärische Struktur der untersuchten Armee offenbar und zeigt nicht zuletzt Handlungsspielräume für potenzielle Verweigerer auf. Mit Blick auf die DDR spielt die spezifisch-historische Situation des geteilten Deutschlands die tragende Rolle bei der Betrachtung von Fahnenfluchten aus den bewaffneten Organen der DDR. Die Desertion aus den Reihen des ostdeutschen Militärs oder der Polizei war deshalb eine äußerst spezifische Form der Fahnenflucht, da sie zumeist mit einer Flucht des Soldaten oder Polizisten in die Bundesrepublik oder nach Westberlin einherging. Das bedeutet, dass sich Soldaten nicht nur dem Wehrdienst in ihrem Staate entzogen, sondern zugleich zum erklärten (Klassen-)Feind überliefen. Ein Deserteur war somit in aller Regel dem Zugriff der staatlichen Exekutivorgane der DDR entzogen und konnte nicht nachträglich für sein Vergehen zur Verantwortung gezogen bzw. rückgeführt und weiterhin zwangsverpflichtet werden. Darüber hinaus musste ein Deserteur in der Bundesrepublik keine Strafe fürchten, sondern er wurde ganz im Gegenteil sogar beim Aufbau einer neuen Existenz unterstützt. Diese besondere Lage ist wohl mit der keiner anderen Armee der Welt vergleichbar: Das Desertionsproblem in der DDR war in dieser Form einzigartig.<sup>13</sup>

Das Militär als Teil des politischen Herrschaftsapparates setzt voraus, dass Menschen Wehrdienst ableisten bzw. im Militär dienen. Die Rekrutierung dieses Personals, also die Art und Weise der Indienstnahme sowie die hiermit verbundenen Ziele und Legitimationen charakterisieren nicht nur das Militär, sondern auch das jeweilige politische System. Dementsprechend ist es notwendig, Desertionen in ihren »komplexen Abhängigkeiten« zu analysieren. Dies bedeutet danach zu fragen: Wie wurde der Dienst gerechtfertigt? Welche Sinnstiftungen wurden dem Dienst zugrunde gelegt? Wie stellt sich das Verhältnis der Streitkräfte zur politischen Herrschaft dar? Wie ging die militärische Formation mit ihren Angehörigen um? Was wurde den Soldaten abverlangt und wie sahen die materiellen und immateriellen Gratifikationen der Soldaten aus? Darüber hinaus ist es entscheidend, in welchen Situationen

---

<sup>12</sup> Vgl. ebenda, S. 8 ff.

<sup>13</sup> Vgl. Wenzke, Rüdiger: Die Fahnenflucht in den Streitkräften der DDR. In: Bröckling; Sikora (Hg.): Armeen und ihre Deserteure, S. 252–287.

Desertionen stattfinden. In Kriegs- oder Bürgerkriegszeiten gelten natürlich ganz andere »Regeln«, werden Soldaten ganz andere Leistungen abverlangt als in Friedenszeiten. Das Verhalten von Soldaten im Einsatz hängt nicht zuletzt auch ganz entschieden davon ab, wie sie selbst den jeweiligen Einsatz, die Ursachen und Ziele des Einsatzes und nicht zuletzt dessen Erfolgsaussichten einschätzen und für legitim erachten.<sup>14</sup>

Die Abriegelung der Berliner Sektorengrenzen war ein solcher militärischer Einsatz. Deshalb gilt es mit Blick auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand danach zu fragen, inwieweit sich die Errichtung der Berliner Mauer auf das Desertionsproblem auswirkte. Gelang es der militärischen und politischen Führung die im Einsatz befindlichen Kräfte von der Legitimität der Maßnahmen zu überzeugen? Hat die Führung Fahnenfluchten mit dem Mauerbau in Verbindung gebracht? Und haben sich hieraus gegebenenfalls neue Strategien ergeben?

Da Desertionen keinen »objektiven Tatbestand« darstellen, sondern erst durch die »Wahrnehmung der Zeitgenossen konstituiert« werden,<sup>15</sup> muss auch danach gefragt werden, ob es nach dem Mauerbau zu einer Neubewertung des Vergehens Desertion bzw. zu einem veränderten Umgang mit Deserteuren kam. Dabei erweisen sich die Indikatoren der rechtlichen Bewertung und Bestrafung sowie des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen der eingeleiteten Verhinderungs- bzw. Bekämpfungsmaßnahmen als äußerst aufschlussreich. Denn zwischen dem politischen System eines Staates, der Struktur seiner bewaffneten Kräfte und den Strafen, die für normverletzendes Handeln verhängt werden, besteht ein enger Zusammenhang. Die zur Bekämpfung von Desertionen eingesetzten Mittel und Methoden lassen demnach auch auf das politische System eines Staates rückschließen und offenbaren somit die Herrschaftspraxis der Machthaber, in diesem Falle die der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

---

<sup>14</sup> Vgl. Bröckling; Sikora (Hg.): Einleitung, S. 10 ff.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 10.

## 1.2 Forschungsstand

Schon vor 1989 wurden die Streitkräfte der DDR von westdeutscher Seite her untersucht. Die Ergebnisse gelten heute jedoch als überholt, auch wenn trotz der schwierigen Informationsbeschaffung einige beeindruckende Lagebilder sowohl der äußeren Struktur, als auch des inneren Gefüges entstanden. Insgesamt war eine Grundlagenforschung jedoch nicht zu leisten. Die wirkliche Chance bot sich für die Geschichtswissenschaft erst nach 1989.<sup>16</sup> Sehr schnell erschienen Sammelbände zu den Streitkräften der DDR, die das immense öffentliche Interesse befriedigen wollten, aber nicht wirklich in die Tiefe gingen.<sup>17</sup> Im Fokus späterer Studien, seit etwa Mitte der 1990er-Jahre, näherte man sich auch qualitativ dem Gegenstand. Bis zum heutigen Tage konzentrieren sich Publikationen und Projekte auf militärische Eliten,<sup>18</sup> auf die Frühphase und das Ende der Streitkräfte,<sup>19</sup> die Einbindung in die Sicherheitsarchitektur<sup>20</sup> und auf die Rolle der bewaffneten Organe der DDR in Krisen wie 1953, 1961 und 1968.<sup>21</sup>

---

<sup>16</sup> Vgl. zum Forschungsstand der Militärgeschichte der DDR Rogg, Matthias: *Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR*. Berlin 2008 (Militärgeschichte der DDR, Bd. 15), S. 13 ff.

<sup>17</sup> Bspw. Koop, Volker; Schössler, Dietmar: *Erbe NVA. Eindrücke aus ihrer Geschichte und den Tagen der Wende*. Waldbröl 1992; Prüfert, Andreas (Hg.): *Die Nationale Volksarmee im Kalten Krieg. Militärisches Denken und Handeln an Schnittpunkten des Kalten Krieges. Zur Rolle der NVA in internationalen Krisen und Konfliktsituationen*. Bonn 1995; Naumann, Klaus (Hg.): *NVA. Anspruch und Wirklichkeit nach ausgewählten Dokumenten*. Berlin u. a. 1993.

<sup>18</sup> Bspw. Fingerle, Stephan: *Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der NVA und ihrer Vorläufer*. Berlin 2001 (Militärgeschichte der DDR, Bd. 2); Wenzke, Rüdiger; Froh, Klaus: *Die Generale und Admirale der NVA. Ein biographisches Handbuch*. 5., durchges. Aufl., Berlin 2007; Ehlert, Hans; Wagner, Armin (Hg.): *Genosse General! Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen*. Berlin 2003.

<sup>19</sup> Bspw. Diedrich, Torsten; Rüdiger, Wenzke: *Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956*. Berlin 2001 (Militärgeschichte der DDR, Bd. 1); Thoß, Bruno (Hg.): *Volksarmee schaffen – ohne Geschrei. Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR 1947 bis 1952*. München 1994.

<sup>20</sup> Bspw. Umbach, Frank: *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955–1991*. Berlin 2005.

<sup>21</sup> Z. B. Diedrich, Torsten; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): *Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft*. Berlin 2005 (Militärgeschichte der DDR, Bd. 11); Diedrich, Torsten: *Waffen gegen das eigene Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR*. München

Die Literatur über das Grenzregime der DDR war bisher eher einseitig ausgerichtet. Das Grenzregime selbst, also sein Zweck und auch technische Details der Grenzanlagen sind weithin erforscht.<sup>22</sup> Die Forschung zu den Grenzeinheiten selbst steht hingegen erst am Anfang. Die wenigen bisher erschienenen Arbeiten beschränken sich zumeist auf die Entwicklung und Organisation der Institutionen oder beschäftigen sich mit Fragen nach den normativen Aspekten der Aufgabenstellung.<sup>23</sup> Die Frage nach der Motivation von Grenzern zum »Mitmachen« wurde, wie Gerhard Sälter feststellen musste, nur selten gestellt und noch seltener befriedigend beantwortet. Da, wo die Frage nach der Motivation gestellt worden sei, so Sälter weiter, wurde sie mit »eher kursorischen Bemerkungen zum autoritären oder totalitären Charakter der Herrschaft in der DDR, zur Überwachung und Repression durch das MfS sowie zur politischen Indoktrination beantwortet.«<sup>24</sup> Gerhard Sälter hat mit seiner umfassenden Studie zu Grenzpolizisten zwischen 1952 und 1965 diese Forschungslücke erstmals geschlossen.

Noch 1998 konstatierten Ulrich Bröckling und Michael Sikora »über Deserteure schweigen die meisten Geschichtsbücher.«<sup>25</sup> Dies hat sich grundlegend gewandelt und die Auseinandersetzung mit Deserteuren hat sich deutlich weiterentwickelt. Heute liegen Studien zu verschiedenen Armeen und historischen Zeiträumen vor. Beispielsweise zu deutschen und britischen Deserteuren im Ersten Weltkrieg und zu Deserteuren aus der Wehr-

---

2003; Wenzke, Rüdiger: NVA-Soldaten und Prager Frühling. In: Wette, Wolfram (Hg.): Der Krieg des Kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München 1995, S. 363–378. Neben dem Juni-Aufstand 1953 muss der Mauerbau als das am besten erforschte Ereignis der DDR-Geschichte angesehen werden. Eine umfassende Darstellung des aktuellen Forschungsstandes würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Deshalb sei an dieser Stelle nur auf den Sammelband »Die Mauer«, herausgegeben von Klaus-Dietmar Henke, verwiesen. In diesem Band findet sich neben zahlreichen Beiträgen zu »Errichtung, Überwindung und Erinnerung« der Mauer auch eine umfangreiche Bibliografie, die den Forschungsstand widerspiegelt. Henke (Hg.): Die Mauer.

<sup>22</sup> Hier vor allem Koop, Volker: »Den Gegner vernichten«. Die Grenzsicherung der DDR. Bonn 1996.

<sup>23</sup> Bspw. Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1946–1989). In: Diedrich, Torsten; Ehler, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998, S. 201–224; Lapp, Peter Joachim: Die Grenztruppen der DDR (1961–1989). In: ebenda, S. 225–252; Ders.: Gefechtsdienst im Frieden. Das Grenzregime der DDR 1945–1990. Bonn 1999.

<sup>24</sup> Sälter: Grenzpolizisten, S. 2.

<sup>25</sup> Bröckling; Sikora (Hg.): Einleitung, S. 7.

macht während des Zweiten Weltkrieges.<sup>26</sup> Und auch die Forschung zu den bewaffneten Kräften der DDR kam nicht umhin, sich mit dem Problem der Fahnenflucht aus den Streitkräften, den Polizeiformationen und den Grenzeinheiten auseinanderzusetzen. Kaum eine Geschichte zu den jeweiligen bewaffneten Organen der DDR kommt heute noch ohne Kapitel zur Desertion aus.<sup>27</sup>

---

<sup>26</sup> Bspw. Koch, Magnus: Fahnenfluchten. Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Lebenswege und Entscheidungen. Paderborn u. a. 2008; Jahr, Christoph: Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914–1918. Göttingen 1998.

<sup>27</sup> Bspw. Sälter: Grenzpolizisten, S. 340 ff.; Diedrich; Wenzke: Die getarnte Armee, S. 459 ff.; Hagemann, Frank: Parteierrschaft in der NVA. Zur Rolle der SED bei der inneren Entwicklung der DDR-Streitkräfte. Berlin 2002, S. 106 ff.; Darüber hinaus erschien 2009 Pfeiffer, Ingo: Fahnenflucht zur See. Die Volksmarine im Visier des MfS. Berlin 2009.

## 2. Fahnenfluchten aus den Streitkräften der DDR

### 2.1 Fahnenfluchten in Zahlen

Genauere Angaben über die Anzahl desertierter Grenzer, Polizisten und Soldaten aus der DDR zu ermitteln, ist überaus schwierig. So wurden die hierzu notwendigen Daten von unterschiedlichen Institutionen erhoben, im konkreten Fall von den Grenztruppen, vom Ministerium für Staatssicherheit und auch von der Partei selbst. Zudem sind die erarbeiteten Statistiken teilweise unvollständig oder uneinheitlich und in manchen Fällen widersprechen sich die Zahlen sogar innerhalb einer Akte.<sup>28</sup>

Da in dieser Arbeit die zur Grenzsicherung eingesetzten Kräfte im Fokus stehen, soll zur Orientierung eine Übersicht Stephan Wolfs herangezogen werden, die auf Basis der Angaben der Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit erstellt wurde und nur Angehörige der Nationalen Volksarmee sowie der Grenztruppen erfasst.<sup>29</sup> Danach desertierten zwischen 1950 und 1987 über 10 700 Angehörige dieser bewaffneten Organe. Das deckt sich in etwa mit einer anderen statistischen Übersicht der Hauptabteilung I, der zufolge zwischen 1950 und 1987 insgesamt 10 576 Fahnenfluchten nur von Militärangehörigen registriert wurden, wobei sich der größte Teil der Desertionen, nämlich 8 278, vor dem Mauerbau ereignet haben soll.<sup>30</sup> Nach westlichen Angaben stellten zwischen 1952 und 1961 im Rahmen des Bundes-Notaufnahmeverfahrens allein 20 009 Personen einen Antrag auf Aufnahme, die zum Zeitpunkt ihrer Flucht oder bis maximal sechs Monate zuvor Angehörige der bewaffneten Organe der DDR gewesen waren. Hierzu zählten auch die Volkspolizei, das AZKW (Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs) oder die bewaffneten Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit.

---

<sup>28</sup> Vgl. hierzu ein Beispiel bei Sälter: Grenzpolizisten, S. 341.

<sup>29</sup> Weitere Angaben über Desertionen aus den bewaffneten Organen der DDR siehe Tabellen in: Hagemann: *Parteiherrschaft in der NVA*, S. 115 (NVA 1956–1961), S. 160 (NVA 1962–1965), S. 164 (NVA 1965–1970); Wenzke: *Fahnenflucht*, S. 262 (HVA/KVP/NVA 1950–1956); Diedrich, Torsten: *Gegen Aufrüstung, Volksunterdrückung und politische Gängelei. Widerstandsverhalten und politische Verfolgung in der Aufbau- und Konsolidierungsphase der DDR-Streitkräfte 1949 bis 1968*. In: Wenzke, Rüdiger (Hg.): *Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA*. Berlin 2005, S. 31–196, hier 182 (vollendete Fahnenfluchten NVA und Grenztruppen 1966–1969).

<sup>30</sup> Vgl. Sälter: *Grenzpolizisten*, S. 340, Fußnote 62.

Diesen Angaben zufolge stellten bis 1955 etwa 16 000<sup>31</sup> und zwischen 1953 und Februar 1960 insgesamt 16 042 ehemalige Angehörige des Sicherheitsapparates der DDR einen Antrag auf Aufnahme.<sup>32</sup> Für die Zeit zwischen 1952 und 1965 geht Gerhard Sälter von schätzungsweise 3 500 desertierten Grenzern aus, wobei die Jahre 1952, 1953 und 1961 mit über 300 Desertionen sowie 1962 mit etwa 500 Fahnenfluchten deutliche Höhepunkte markierten. Im Schnitt verließen etwas weniger als 250 Grenzer pro Jahr die DDR, mit 140 bis maximal 211 lagen die Jahre 1954, 1956 bis 1960 und 1964 unter diesem Schnitt.<sup>33</sup> Tabellarisch zeigen sich die Desertionen aus Nationaler Volksarmee und Grenztruppen zwischen 1950 und 1968 wie folgt:

Tabelle 1: Desertionen aus NVA (KVP) und Grenztruppen (1950–1987)<sup>34</sup>

| Jahr | Gesamtzahl | Jahr | Gesamtzahl | Jahr          | Gesamtzahl |
|------|------------|------|------------|---------------|------------|
| 1950 | 388        | 1963 | 384        | 1976          | 5          |
| 1951 | 506        | 1964 | 155        | 1977          | 12         |
| 1952 | 1 316      | 1965 | 220        | 1978          | 9          |
| 1953 | 2 086      | 1966 | 185        | 1979          | 9          |
| 1954 | 756        | 1967 | 127        | 1980          | 10         |
| 1955 | 800        | 1968 | 65         | 1981          | 16         |
| 1956 | 603        | 1969 | 77         | 1982          | 14         |
| 1957 | 598        | 1970 | 68         | 1983          | 14         |
| 1958 | 332        | 1971 | 59         | 1984          | 12         |
| 1959 | 296        | 1972 | 34         | 1985          | 10         |
| 1960 | 326        | 1973 | 27         | 1986          | 14         |
| 1961 | 621        | 1974 | 24         | 1987          | 20         |
| 1962 | 553        | 1975 | 17         | <b>Gesamt</b> | 10 768     |

Bei Desertionen handelte es sich um kein konstantes Phänomen, sondern sie unterlagen offensichtlichen Schwankungen. So ist das markanteste Ansteigen von Fahnenfluchten in den Jahren 1952 und 1953 sowie noch einmal

<sup>31</sup> Vgl. Ackermann, Volker: Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961. Osnabrück 1995, S. 196 ff.

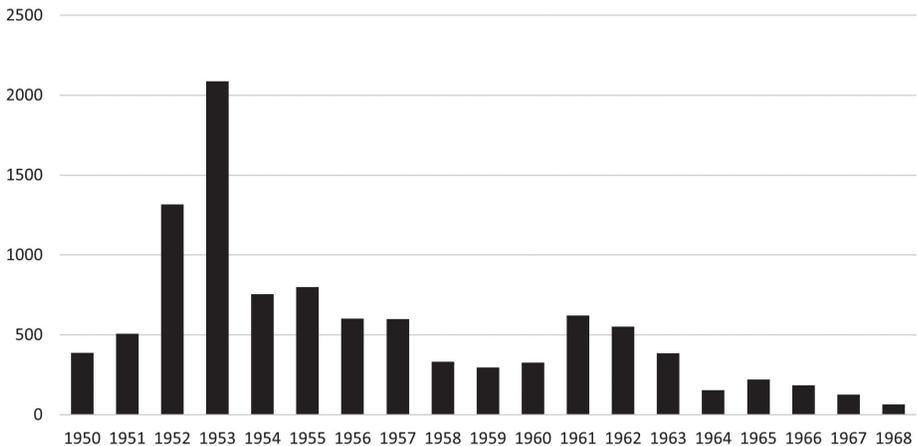
<sup>32</sup> Sälter: Grenzpolizisten, S. 340.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 340–342.

<sup>34</sup> O. Verf.: Aufstellung Fahnenfluchten im Zeitraum 1949–1987, o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 2119, Bl. 6–8, zit. nach: Wolf, Stephan: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2005, S. 57 u. 69.

1961 zu verzeichnen. All diese Jahre waren von einschneidenden politischen Ereignissen geprägt. So begannen 1952 die Schließung der innerdeutschen Grenze sowie die forcierte Aufrüstung in der DDR, die das Jahr 1952 zum »Schlüsseljahr der Aufrüstung« machte.<sup>35</sup> 1953 reagierte die ostdeutsche Bevölkerung auf die unzulängliche politische und soziale Lage in der DDR mit dem Juni-Aufstand.

Grafik 1: Desertionen aus NVA (KVP) und Grenztruppen (1950–1968)



Dass in diesen Jahren auch die Desertionszahlen deutlich anstiegen und 1953 ihren absoluten Höhepunkt erreichten, zeigt den engen Zusammenhang von Fahnenfluchten mit der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Im Jahr 1954 sanken die Zahlen der Desertionen zwar ebenso deutlich wie sie zuvor gestiegen waren, doch erst 1958 fielen sie wieder unter das Niveau von vor 1952. Die letzten Höhepunkte bildeten die Jahre des Mauerbaus 1961 und der Einführung der Wehrpflicht 1962, bevor sich das Niveau der Desertionen schließlich stetig bis in das Jahr 1968 auf unter 100 und ab 1975 sogar deutlich unter 20 senkte. Die Tabelle zeigt somit, dass in Jahren politischer

<sup>35</sup> Zum Schlüsseljahr 1952 vgl. Werkentin, Falco (Hg.): Der Aufbau der »Grundlagen des Sozialismus« in der DDR 1952/53. Berlin 2007; speziell für das Militär der DDR: Diedrich, Torsten: Das Jahr 1952 – Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR. In: ebenda, S. 31–48. Infolge des Ausbaus des Grenzsystems, des Schusswaffengebrauchs gegen Flüchtlinge und der Zwangsaussiedlungen desertierten vermehrt Grenzpolizisten nach Westberlin und Westdeutschland und begründeten ihre Flucht mit der Ablehnung eben genannter Maßnahmen. Vgl. Diedrich: Gegen Aufrüstung, S. 38–39.

Konflikte oder aber weitreichender politischer Entscheidungen wie 1952/53 und 1961/62 die Zahlen der Desertionen in die Höhe schnellten und dass sie in Jahren relativer Stabilität wie zwischen 1956 und 1960 unter dem Schnitt lagen. Und schließlich zeigt sich auch, dass erst ab Mitte der 1960er-Jahre ein deutlicher und lang anhaltender Rückgang an Desertionen eintrat und nicht, wie im Falle der allgemeinen Fluchtbewegung, unmittelbar nach der Grenzschließung 1961.

Bezieht man die Fahnenfluchten auf die gesamte Fluchtbewegung aus der DDR, dann wird offenbar, dass Deserteure einen geradezu vernachlässigbaren Anteil daran ausmachten. Zwischen 1950 und dem 13. August 1961 verließen über 2,6 Millionen Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik und Westberlin.<sup>36</sup> Wenn nun als Referenzzahlen die Fluchten und Desertionen aus den Jahren 1952 bis 1961 herangezogen werden, dann ergibt sich, dass ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe, also auch solche, die bis zu sechs Monate vor ihrer Flucht bereits aus dem Sicherheitsapparat ausgeschieden waren, nicht einmal ein Prozent aller registrierten Fluchten dieses Zeitraumes ausmachten.<sup>37</sup>

Ein ganz ähnliches Verhältnis ergibt sich hinsichtlich Desertionen aktiver Grenzpolizisten. Die Grenzpolizei entstand 1946 mit einer Gesamtstärke von etwa 2 500 Mann und wuchs in der Folgezeit auf eine Sollstärke von 20 000 (September 1952), 35 000 (Dezember 1956), 49 000 (Ende 1961) und schließlich 52 000 Mann im März 1963. Die durchschnittlich 250 Desertionen pro Jahr waren nicht der Grund dafür, dass die Sollstärke nie erreicht wurde. Die anvisierten Sollstärken wurden vielmehr wegen steten Personal mangels bzw. aufgrund von Rekrutierungsproblemen nicht erfüllt und konnten erst nach Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht erreicht werden. Doch auch hinsichtlich einer tatsächlichen Gesamtstärke von nur etwas über 30 000 Mann fielen selbst die Spitzenjahre mit über 300 oder gar 500 Fahnenfluchten kaum ins Gewicht.<sup>38</sup> Demnach nahmen die bewaffneten Kräfte der DDR

---

<sup>36</sup> Siehe zu Flüchtlingszahlen: Melis, Damian van; Bispinck, Henrik (Hg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006, S. 255 ff.; Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994; Presse- und Informationsamt des Landes Berlin. Die Mauer und ihr Fall. 7. Aufl., Berlin 1996.

<sup>37</sup> Desertionen: 20 009 (vgl. Ackermann: Der »echte« Flüchtling, S. 196), Fluchten insgesamt: 2 245 885 (vgl. DDR-Handbuch. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bd. 1, 3. überarb. Aufl., Köln 1985, S. 419), daraus ergibt sich ein Anteil von 0,89 %.

<sup>38</sup> Zu den Angaben über Soll- und tatsächliche Ist-Stärken der Grenzpolizei siehe Sälter: Grenzpolizisten, S. 99.

zwar mit Blick auf die absoluten Zahlen von Fahnenfluchten »zweifelloso eine Spitzenstellung unter den europäischen Armeen ein«.<sup>39</sup> Doch im Ergebnis muss festgehalten werden: Der Personalverlust durch Fahnenfluchten wirkte sich – zumindest quantitativ – weder nachhaltig auf den Auf- und Ausbau der bewaffneten Organe der DDR aus, noch hatte er bedeutenden Anteil an der allgemeinen Fluchtbewegung. Trotzdem bekämpfte die DDR, wie jeder andere Staat auch, die Fahnenflucht aus den eigenen Streitkräften.

## 2.2 Bekämpfung von Fahnenfluchten

Das Problem Fahnenflucht bestand in den militärischen Formationen der DDR von Beginn an, und die erste administrative Reaktion auf Desertionen aus der Volkspolizei findet sich noch vor der Staatsgründung der DDR. Kurt Fischer, einstiger Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern und maßgeblicher Gestalter des Aufbaus der Polizei in der SBZ/DDR, erließ im September 1949 den Befehl 100/49, nachdem die ostdeutschen Behörden von der Sowjetischen Militäradministration auf das zunehmende Problem fahnenflüchtiger bewaffneter Kräfte hingewiesen worden waren.<sup>40</sup>

Fischer reagierte mit dem Befehl auf ein bereits länger bekanntes Phänomen. Demnach hätten die Fälle, dass »einzelne Angehörige aus der Grenzpolizei in die Westzonen und in die Westsektoren Berlins [...] übergehen, [...] bis heute nicht aufgehört.«<sup>41</sup> Auch Walter Ulbricht sah sich veranlasst zu reagieren und schlug auf einer Polit-Kultur-Leiter-Konferenz wenige Tage nach Erlass des Befehls im September 1949 vor, dass zukünftig alle Fälle von Fahnenflucht dem Präsidenten der DVdI persönlich zu melden wären und von Berlin aus die nötigen Untersuchungen zu leiten seien. »Auf diese Weise

---

<sup>39</sup> Vgl. Wenzke: Fahnenflucht, S. 253, 262 u. 282.

<sup>40</sup> Vgl. zum Aufbau der Polizei in der SBZ/DDR Bessel, Richard: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der SBZ und frühen DDR, 1945–1953. In: Ders.; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 224–252; Bessel, Richard: Polizei zwischen Krieg und Sozialismus. Die Anfänge der Volkspolizei nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jansen, Christian; Niethammer, Lutz; Weisbrod, Bernd (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1995, S. 517–531.

<sup>41</sup> Befehl 100/49 des Präsidenten der DVdI, Fischer, über Desertionen aus der Grenzpolizei, v. 6.9.1949. In: Glaser, Günther (Hg.): »Reorganisation der Polizei« oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49. Frankfurt/M. 1995, S. 319–321, hier 319.

werden wir schon erreichen, dass langsam Ordnung hereinkommt und dass die Leichtfertigkeit aufhört, mit der man heute diese Desertionen behandelt.«<sup>42</sup>

Im ersten Halbjahr 1949 flohen etwa 120 Mann aus den Grenzpolizeieinheiten<sup>43</sup> und nochmals 106 allein im Juli und August des Jahres.<sup>44</sup> Bei einer anvisierten Gesamtstärke von circa 10 000 Mann fielen diese Fahnenfluchten mit etwas über zwei Prozent des Gesamtpersonals auch hier wohl rein zahlenmäßig wenig ins Gewicht.<sup>45</sup> Viel schwerer wog hingegen das von einer Desertion ausgesendete Signal. Und so hieß es denn auch im Befehl: »Die Flucht der Polizisten in die Westzonen und die Westsektoren Berlins ist ein Verbrechen, welches die Volkspolizei vor dem deutschen Volke diskreditiert.«<sup>46</sup> In Zukunft sei eine Flucht aus der Polizei deshalb »als außergewöhnliches Vorkommnis anzusehen und als Desertion aus der Volkspolizei zu bewerten«. Unter Bewertung als Desertion verstand Fischer den »Verrat an der demokratischen Ordnung des deutschen Volkes und [...] Übergang in das feindliche Lager der anglo-amerikanischen Reaktion«.<sup>47</sup> Bereits diese Bewertung zeigt, dass Fahnenfluchten von Anfang an durch die Herrschenden ideologisch interpretiert wurden.<sup>48</sup>

Die vermeintlichen Gründe und Ursachen, die Fahnenfluchten zugrunde gelegen oder diese begünstigt haben sollen, wurden ebenfalls durch diesen ideologischen Schleier hindurch gedeutet. So wurden zwar »ernste Missstände bei der Grenzpolizei, eine sehr schlechte Auslese der Polizisten [...], ein niedriges Niveau der Erziehungsarbeit, eine Abstumpfung der Wachsamkeit und schlechte materielle Versorgung«<sup>49</sup> als Hauptursachen für die Flucht ausgemacht. Doch direkt daran anschließend wurden diese Missstände relativiert und nunmehr als Nährboden für »feindliche Elemente« interpretiert. Fischer führte hierzu weiter aus:

---

<sup>42</sup> Protokoll der 2. PK-Leiter-Konferenz in Berlin, 8./9.9.1949. In: Glaser (Hg.): Reorganisation, S. 323–340, hier 339.

<sup>43</sup> Siehe: Wenzke: Fahnenflucht, S. 260.

<sup>44</sup> Vgl. Befehl 100/49 des Präsidenten der DVdI, Fischer, über Desertionen aus der Grenzpolizei, v. 6.9.1949. In: Glaser (Hg.): Reorganisation, S. 319.

<sup>45</sup> Seit Sommer 1948 betrug die Sollstärke der Grenzpolizei 10 000 Mann, die Iststärke ist nicht bekannt. Vgl. die Angaben bei Sälter: Grenzpolizisten, S. 99.

<sup>46</sup> Befehl 100/49 des Präsidenten der DVdI, Fischer, über Desertionen aus der Grenzpolizei, v. 6.9.1949. In: Glaser (Hg.): Reorganisation, S. 319.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 320.

<sup>48</sup> Vgl. Wenzke: Fahnenflucht, S. 252.

<sup>49</sup> Vgl. Befehl 100/49 des Präsidenten der DVdI, Fischer, über Desertionen aus der Grenzpolizei, v. 6.9.1949. In: Glaser (Hg.): Reorganisation, S. 319.

Diese Schwierigkeiten ausnutzend, führen feindliche Elemente an den am wenigsten standhaften und zufällig zur Polizei gekommenen Leuten eine Schumacher'sche Propaganda, womit sie die demokratische Ordnung des deutschen Volkes an den anglo-amerikanischen Imperialismus verkaufen.<sup>50</sup>

Ein Zehnpunkte-Programm sollte das Problem der Fahnenfluchten wirksam bekämpfen. Die hierin enthaltenen Maßnahmen und daraus abzuleitenden Gründe und Ursachen für Desertionen besaßen langfristig Gültigkeit, wie die Ausführungen zum Jahr 1961 zeigen werden. Ein deutlicher Schwerpunkt der angeordneten Maßnahmen lag auf der »Erziehung des Personals im fortschrittlich-demokratischen Sinne, der Festigung des politisch-moralischen Zustandes, der Disziplin und der Ordnung«. Damit sollten die Nachlässigkeiten des Führungspersonals, die sich in der schlechten Organisation des Grenzdienstes und im »ungenügenden Kontakt mit ihren Unterstellten« gezeigt hatten, beseitigt werden und verhindern, dass die »anglo-amerikanische Reaktion und ihre Schumacher'sche Agentur [...] die Polizei zersetzen und die weniger standhaften Leute in die Westzonen entführen« könne.<sup>51</sup>

Konkret bedeutete dies für das Führungspersonal der Bereitschaften, dass zukünftig jeder Desertionsfall untersucht, die Gründe festgestellt und unverzüglich an die zuständigen Behörden gemeldet werden sollte. Darüber hinaus waren die »Schuldigen an der Desertion [...] disziplinarisch und parteimäßig zur Verantwortung zu ziehen, wobei auch vor einer Absetzung nicht Halt gemacht werden« dürfe. Fischer lies diesen Worten auch gleich Taten folgen. Er entthob den Bereitschaftskommandeur der Bereitschaft Hildburghausen wegen »Untätigkeit und Unterlassen entschiedener Maßnahmen zur Vorbeugung der Desertion aus seiner Bereitschaft« seines Postens und degradierte ihn.<sup>52</sup>

Darüber hinaus galt es ganz allgemein den politisch-moralischen Zustand aller Einheiten zu erhöhen und damit die Polizei zu einem »schlagkräftigen Körper« im Klassenkampf zu formen. Dieses Ziel hatte Fischer bereits ein Jahr zuvor, im Kontext der Aufstellung erster kasernierter Bereitschaften, formuliert:

Wir alle wissen, dass sich der Klassenkampf verschärft. In dieser Situation müssen wir natürlich unsere Polizei zu einem sehr schlagkräftigen Instrument machen. Wir sprechen sehr viel davon, dass wir die Herrschaft der Arbeiterklasse sichern wollen. In der Polizei haben wir dazu das Instrument; dort sind 90 % unserer Genossen eingestellt und damit die führende Rolle unserer Partei absolut gesichert.<sup>53</sup>

---

<sup>50</sup> Ebenda.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 320.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 321.

<sup>53</sup> Protokoll der Konferenz der Abteilung Landespolitik des Parteivorstandes der

Der Aufbau einer zuverlässigen Polizei war aus Sicht der SED-Funktionäre also nur zu verwirklichen, wenn die »führende Rolle der Partei« gewährleistet war. Dieser Anspruch stützte sich, wie der gesamte Führungsanspruch der SED, auf die Annahme, dass man mit dem Marxismus-Leninismus im Besitz der einzig »wissenschaftlichen Weltanschauung« sei und damit »Kenntnis über die ›objektiven Gesetzmäßigkeiten‹ der gesellschaftlichen Entwicklungen besitze«. <sup>54</sup> Dieser Überzeugung folgend, sollten die Interessen von Volk und Staat immer dort identisch sein, wo die Ziele des Sozialismus von Staatswegen verwirklicht wurden. Für die bewaffneten Organe, also rein staatliche Institutionen, galt demnach zwangsläufig eine »Einheit von gesellschaftlichen und persönlichen Interessen«. <sup>55</sup> Die gesellschaftlichen Interessen, repräsentiert in der Politik der SED, waren – bezogen auf die bewaffneten Kräfte der DDR – die »Sicherung des Friedens und des Sozialismus«, sowohl nach außen als auch nach innen. Diese der sowjetischen Militärdoktrin entlehnte Auffassung beruhte auf der von Lenin weiterentwickelten Marx'schen Lehre vom Klassenkampf. Danach waren Krieg und Militärwesen historische Phänomene, die auf ökonomischen Ursachen beruhten. Der Klassenkampf wurde in der Folge (nach Überwindung in den sozialistischen Staaten) nicht mehr nur innerhalb einer Gesellschaft ausgetragen, sondern auch der Gegensatz zwischen den herrschenden Klassen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme wurde als Klassenkampf betrachtet. Demnach waren Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten nun auch keine Außenpolitik mehr, sondern Klassenkampf, und Krieg als Fortsetzung der Politik konnte dieser Auffassung erst »nach Ausweitung der sozialistischen Revolution, in einer weltumspannenden klassenlosen Gesellschaft überwunden werden, weil dort die konfliktbestimmenden sozioökonomischen Ursachen fehlen« würden. Bis zum Erreichen dieses Zustandes musste der »Friede bewaffnet sein und konnte nur durch die Überlegenheit des sozialistischen Lagers gesichert werden«. <sup>56</sup> Aufbauend auf dieser sozialistischen Ideologie gingen die Verantwortlichen der SED von etwas aus, das sie »Klassenstandpunkt« oder »Klassenbewusstsein« nannten. Davon war in den Augen der SED- Funktionäre »kein Gedanke und keine

---

SED in Werder/Havel, 23.–24.7.1948 [Erste Staatspolitische Konferenz der Partei]. In: ebenda, S. 148–157, hier 154.

<sup>54</sup> Hagemann: Parteiherrschaft in der NVA, S. 17.

<sup>55</sup> Siehe zur »Interessenidentität« zwischen Volk und Armee: Rogg: Armee des Volkes?, S. 61 ff., hier 65.

<sup>56</sup> Vgl. Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger: Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick. In: Dies. (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 1–67, Zitate: S. 3.

Handlung losgelöst<sup>57</sup> und beide waren die Grundlage für die Auswahl und Schulung des Personals in den bewaffneten Kräften der DDR.

### 2.2.1 Personalrekrutierung

Es ging der SED-Führung stets darum eine Polizei aufzubauen, die ihr loyal zur Seite stehen würde. Die Loyalität des hierzu nötigen Personals oder der erwähnte »Klassenstandpunkt« resultierte nach dieser Auffassung aus der sozialen Herkunft eines Menschen. Die konsequente Schlussfolgerung war: »Wer wirklich eine demokratische Verwaltung, einen demokratischen Staatsapparat, eine demokratische Polizei will, muss dafür sorgen, dass ein starker Kader von Söhnen und Töchtern der Arbeiterschaft in unserer Verwaltung arbeitet und auch die maßgeblichen Stellen besetzt.«<sup>58</sup> Demnach war die soziale Herkunft ein bestimmendes Kriterium bei der Auswahl und Einstellung sowie nicht zuletzt der Beförderung von Polizisten. Die Erfahrungen aber lehrten, dass an der sozialen Herkunft politische Loyalität keineswegs zuverlässig abzulesen war. Die Vergangenheit von Angehörigen des Sicherheitsapparates, in der Nachkriegszeit vor allem die individuellen Verstrickungen während des Nationalsozialismus, waren ebenso wichtige Kriterien. Es blieb hier nicht bei der Vorabauswahl von zukünftigem Personal, sondern: »Eine ganz schnelle und gründliche Reinigung der Polizei von all den Elementen, die nicht mehr hineingehören oder aus Versehen darin geblieben sind, muss[te] jetzt erfolgen.«<sup>59</sup> Nur wenige Monate nach dieser Äußerung erließ Fischer einen folgenreichen Befehl, der einen ganzen Katalog von Kriterien formulierte, der die Grundlagen für die Einstellung von Grenzpolizisten auf Jahre hin festlegte.

Der »Personalbestand der Grenzpolizei« – der nach Fischers Auffassung nicht den »in politischer und fachlicher Hinsicht« an ihn gestellten Anforderungen entsprach, sollte anhand klarer Vorgaben, von allen »Elementen, die nicht mehr hineingehören«, »gereinigt« werden.<sup>60</sup> Der Befehl 2/49 sah vor, das Gesamtpersonal der Grenzpolizei zu überprüfen und »bis auf Ausnahmen« all jene Grenzpolizisten aus dem Polizeidienst zu entlassen:

---

<sup>57</sup> Sälter: Grenzpolizisten, S. 253.

<sup>58</sup> Richtlinien der Personalpolitik (Entwurf), 17.9.1946, zit. nach: Fingerle: Waffen in Arbeiterhand?, S. 57.

<sup>59</sup> Protokoll der Konferenz der Abteilung Landespolitik des PV der SED in Werder/Havel, 23.–24.7.1948 [Erste Staatspolitische Konferenz der Partei]. In: Glaser (Hg.): Reorganisation, S. 148–157, hier 154.

<sup>60</sup> Befehl 2/49 des Präsidenten der DVdI über die Festigung der Grenzpolizei. In: ebenda, S. 154–255.

- a. die Angehörige in gerader Linie in den Westzonen haben,
- b. die in Kriegsgefangenschaft der Westmächte gewesen sind,
- c. die mehrere Disziplinarstrafen erhalten haben,
- d. die sich moralisch und charakterlich als nicht zuverlässig erwiesen haben,
- e. die Umsiedler sind und politisch nicht zuverlässig erscheinen.<sup>61</sup>

Der Befehl war deutlicher Ausdruck des Stalinisierungsprozesses in der SBZ, in dessen Folge alle gesellschaftlichen Bereiche der sowjetischen Besatzungszone von »Säuberungsaktionen« durchzogen wurden. Der Befehl bildete den Auftakt einer »sich über Jahre hinziehenden Säuberungswelle« in der Polizei.<sup>62</sup> Er war zwar, wie der Titel zeigt, auf die Grenzpolizei beschränkt, dehnte sich in der Folgezeit aber auch auf die anderen Dienstzweige der Polizei aus und wurde besonders auf die Einheiten der HVA<sup>63</sup>, also der Ausbildungseinheiten angewandt.<sup>64</sup> Hierin äußerte sich einerseits die paranoide Angst vor westlichen Einflüssen, feindlichen Agenten und Saboteuren, die nach der Denkart der SED-Führung eine Konterrevolution im Inneren hätten initiieren können, andererseits dienten die Maßnahmen als Deckmantel zum systematischen Auf- und Ausbau der »Macht der stalinistischen SED-Führung in allen Bereichen der Gesellschaft«.<sup>65</sup>

Die in den folgenden Wochen angelaufene Aktion stellte sich aber rasch als umfangreicher heraus als erwartet. Insgesamt, auch wenn konkrete Zahlen schwer zu erfassen sind, waren von dem Befehl 2/49 etwa 3 300 Grenzpolizisten betroffen. In Thüringen sollten davon beispielsweise bis 1. Juni 1949 404 Polizisten entlassen werden, in Mecklenburg schieden ebenfalls bis zum 1. Juni 263 Polizisten aus.<sup>66</sup> Der Befehl war aber, in der Form wie er formuliert worden war, nicht umzusetzen und deshalb wurden bereits im Juli 1949 erläuternde Richtlinien bzw. detaillierte Bestimmungen ausgearbeitet. Doch auch dies schien nicht ausreichend, denn noch vier Jahre später behinderte der Befehl, wie das Politbüro der SED feststellen musste, die »Einstellung

---

<sup>61</sup> Ebenda

<sup>62</sup> Bessel: Grenzen des Polizeistaates, S. 231; vgl. weiterführend zum Befehl 2/49 des Präsidenten der DVdI Wenzke, Rüdiger: Auf dem Weg zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53. In: Thoß (Hg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei!, S. 205–272, hierzu 231 ff.; Fingerle: Waffen in Arbeiterhand?, S. 67 ff.; Sälter: Grenzpolizisten, S. 125 ff.

<sup>63</sup> Hauptverwaltung Ausbildung in der Deutschen Verwaltung des Innern – Vorläufer der sogenannten KVP bzw. der NVA.

<sup>64</sup> Vgl. Wenzke: Kaderarmee, S. 231.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Vgl. ebenda, S. 233. Sälter notiert, dass insges. »780 Polizisten entlassen und 2 102 in andere Formationen versetzt« wurden. Sälter: Grenzpolizisten, S. 126.

brauchbarer Kader«. Daraufhin lockerte die SED die Vorschriften: »Das Vorhandensein von Verwandten im Westen oder der Aufenthalt in westlicher Gefangenschaft kann kein formales Hindernis für den Dienst in der KVP sein.«<sup>67</sup> Für die Einstellung von Grenzpolizisten hatte man bereits 1952 neue Kriterien festgelegt. Demnach durften nicht mehr eingestellt werden:

- ehemalige Mitglieder von NSDAP, SA, SS,
- Funktionäre von HJ und BDM,
- ehemalige Polizisten oder Soldaten, die an der »Partisanenbekämpfung« beteiligt waren,
- Soldaten, die »länger« in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft waren oder dort »Umerziehungskurse« besucht hatten,
- »kriminell« Vorbestrafte.

Zudem durften nahe Verwandte potenzieller Grenzpolizisten nicht für die »Bonner Regierung« oder die westalliierten Armeen arbeiten, nicht von der sowjetischen Besatzungsmacht oder der Stasi politisch verfolgt worden sein und schließlich durfte kein naher Angehöriger »Republikflucht« begangen haben.<sup>68</sup> Diese auf den ideologischen Vorstellungen der Verantwortlichen ruhenden Kriterien behielten langfristig ihre Gültigkeit und wurden bis zum Ende der DDR nicht mehr grundlegend hinterfragt bzw. reformiert. Vielmehr veränderten sich die Kriterien nur noch nach Aufgabenstellung des jeweiligen Rekruten und wurden diffiziler. Die Verwandtschaftsverhältnisse blieben die bedeutendsten Kriterien für die Einstellung in den Grenzdienst und bildeten zugleich einen wichtigen Teil der Erklärungsgrundlagen bei der Deutung von Fahnenfluchten.

### 2.2.2 Tabuisierung des Westens

Darüber hinaus ging die militärische Führung noch vor dem Juni-Aufstand zu vielfältigen Verboten über, welche die Zuverlässigkeit und Loyalität des Personals sicherstellen und nicht zuletzt das Desertionsproblem einzudämmen helfen sollten. So wurde im Januar 1953 beispielsweise eine neue Ordnung zum Betreten der Stadt Berlin (Befehl 11/53 Mdl) verabschiedet da auch Angehörige der bewaffneten Kräfte der DDR ihre Flucht, nach der

---

<sup>67</sup> Beschluss des Politbüros v. 15.12.1953, zit. nach: Diedrich; Wenzke: Die getarnte Armee, S. 172, Fußnote 237.

<sup>68</sup> Befehl 6/52 der HA DGP und Instruktion Nr. 1 zu diesem Befehl, 24. und 29.5.1952, zusammengefasst nach: Sälter: Grenzpolizisten, S. 127.

Abriegelung der Grenze 1952, oftmals über Berlin begingen. Dies war hier bis 1961 relativ problemlos möglich, weil der Viermächtestatus von Berlin eine Absperrung der Sektorengrenzen untersagte und der Grenzverlauf so unübersichtlich war, dass Kontrollgänge für eine flächendeckende Überwachung kaum ausreichten. Nicht zu vergessen ist die innerstädtische Infrastruktur. Der Bus-, S- und U-Bahnverkehr lies sich auch nur lückenhaft kontrollieren. Deshalb ging die DDR vermehrt dazu über, DDR-Bürgern das Betreten West- und/oder Ostberlins zu verbieten und die Einhaltung dieser Verbote zu überwachen. Dazu entstand seit 1948 und 1952 neben der Grenze Westberlin – DDR auch an der Grenze Ostberlin – DDR ein Grenzregime. Sicherheitskräfte überwachten in Kontrollstationen rund um Berlin den Straßen- und Zugverkehr, um Fluchtverdächtige noch vor den innerstädtischen Grenzen abzufangen. Die Überwachung an den Kontrollpunkten verschärfte sich im Laufe der Zeit zusehends. So wurde beispielsweise 1960 vom Kommandeur der Grenzpolizei angeordnet, dass dringend fluchtverdächtigen Personen der Pass entzogen werden sollte, auch wenn keine Indizien eine Festnahme rechtfertigen würden.<sup>69</sup>

Zwar war es Angehörigen der HV A schon längere Zeit verboten, den Westteil Berlins zu betreten, sich dort aufzuhalten oder ihn zu durchfahren. Doch ab 1953 wurde das Verbot auf alle KVP-Angehörigen ausgeweitet, die ihren Dienst nicht in Berlin verrichteten. Sie durften die »Hauptstadt der DDR« nur noch mit Genehmigung bzw. Berechtigungsschein betreten. Die Soldaten verpflichteten sich zur Einhaltung dieser Regelungen und mussten bei Missachtung mit Bestrafungen rechnen.<sup>70</sup> Den Angehörigen der Grenzpolizei war das Betreten Ost- und Westberlins bereits seit 1952 verboten bzw. nur auf dienstlichen Befehl oder mit Genehmigung gestattet. Das Verbot Berlin zu betreten war jedoch nicht nur auf die Uniformierten beschränkt, sondern durch den Befehl 11/53 des Innenministers auch auf deren Familienmitglieder ausgedehnt worden. Offensichtlich sollte mit diesem Verbot verhindert werden, dass Familien von Grenzpolizisten »vorausziehen« und der Grenzer gegebenenfalls folgte. Diese Abschottung gegenüber dem Westen war die konsequente Fortsetzung der Personalpolitik. Fehlende Westbindungen waren Einstellungskriterium und Bestandteil der Einstufung eines Grenzers als zuverlässig. Diese sollten auch nicht nachträglich entstehen, beispielsweise in Form einer Liebesbeziehung in Westberlin oder der Bundesrepublik.<sup>71</sup> Nochmals verschärft wurden diese Kontaktverbote nach der zwischenzeitlichen Übernahme der Grenzpolizei durch das Staatssekretariat

---

<sup>69</sup> Vgl. ausführlich ebenda, S. 38–46.

<sup>70</sup> Vgl. Diedrich: Gegen Aufrüstung, S. 40.

<sup>71</sup> Vgl. Sälter: Grenzpolizisten, S. 233.

für Staatssicherheit 1955.<sup>72</sup> Seither war es Grenzpolizisten untersagt:

- Westberlin zu durchfahren und/oder zu betreten;
- Verwandte oder andere Menschen aus dem Westen aufzunehmen;
- mit Menschen umzugehen, die Westkontakte pflegten und bei denen dies bekannt war;
- Briefwechsel mit Westdeutschen zu führen, wobei man sich zu verpflichten hatte, empfangene Briefe zu melden.<sup>73</sup>

Diese Verbote wurden 1960 nochmals bestätigt und um das Verbot von Westreisen insgesamt erweitert. Die Grenzer hatten nun auch auf die Einhaltung dieser Verbote in ihren Familien zu achten und zu diesem Zweck eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Offiziere wurden sogar monatlich über diese Verbote belehrt.<sup>74</sup> Die Abschottung vom Westen fand ihren Niederschlag jedoch nicht nur in Verboten zwischenmenschlichen oder lokalen Kontakts, sondern erstreckte sich auch auf den Empfang und die Nutzung westlicher Medien wie Literatur und Zeitungen oder Radio und Fernsehen.<sup>75</sup>

### 2.2.3 Juristische Regelungen<sup>76</sup>

In der DDR existierte, unter anderem aufgrund des Fehlens einer regulären Armee, bis in die zweite Hälfte der 1950er-Jahre kein Wehrstrafrecht. Angehörige der bewaffneten Kräfte konnten deshalb nur vor zivilen Gerichten angeklagt und verurteilt werden. Zumeist bezogen sich die Ankläger dabei auf die Generalklausel des Artikels 6 Absatz 2 der DDR-Verfassung.<sup>77</sup> In der Regel wurden Fahnenfluchten aber mit Disziplinarstrafen geahndet. Erst nach der offiziellen Gründung der Nationalen Volksarmee (1956) fanden sich auch die ersten juristischen Festlegungen zur Ahndung von Fahnen-

---

<sup>72</sup> Das MfS war zwischen 1953 und 1955 Staatssekretariat im Ministerium des Innern. Vgl. zur Geschichte des MfS Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. München 2006.

<sup>73</sup> Vgl. Ergänzung Nr. 1 zum Befehl 12/55 der HV DGP, v. 20.5.1955, zusammengefasst nach: Sälter: Grenzpolizisten, S. 234.

<sup>74</sup> Vgl. Sälter: Grenzpolizisten, S. 234.

<sup>75</sup> Vgl. hierzu ausführlich Diedrich: Gegen Aufrüstung, S. 173 ff.

<sup>76</sup> Vgl. hierzu Wenzke: Fahnenflucht, S. 256–259.

<sup>77</sup> Darin hieß es: »Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.« Verfassung der DDR v. 7.10.1949, <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#6> (letzter Abruf: 16.12.2021).

fluchten im Ersten Strafrechtsergänzungsgesetz der DDR vom 11. Dezember 1957. Im Dritten Teil des Ergänzungsgesetzes wurden »Verbrechen gegen die militärische Disziplin« geregelt. Unter »Verbrechen« wurden Handlungen verstanden, die nach Auffassung der DDR-Justiz sowie der militärischen Führung »im besonderen Maße gegen die militärische Disziplin, die Ausbildung oder die Einsatzfähigkeit der Truppe« verstießen.<sup>78</sup>

An erster Stelle fanden sich die Delikte »Fahnenflucht« und »unerlaubte Entfernung«. Jeder, der »seine Einheit oder seinen Standort in der Absicht verlässt oder wer ihnen in der Absicht fernbleibt, sich gänzlich seiner Dienstverpflichtung zu entziehen«,<sup>79</sup> musste eine Gefängnisstrafe fürchten. In schweren Fällen war sogar auf »Zuchthaus zu erkennen«. »Schwere« Fälle von Fahnenflucht lagen dann vor, wenn »das Verbrechen unter Androhung des Gebrauchs oder unter Gebrauch von Waffen oder gemeingefährlichen Mitteln, von mehreren Personen gemeinsam oder in einer Zeit erhöhter Gefährdung« begangen wurde.<sup>80</sup> Darüber hinaus musste nicht nur ein Deserteur selbst eine Gefängnisstrafe fürchten, sondern auch derjenige, der von »einer beabsichtigten Fahnenflucht glaubhaft Kenntnis erhält und seinem Vorgesetzten oder den Staatsorganen nicht unverzüglich Anzeige erstattet«.<sup>81</sup> Eine versuchte Fahnenflucht war ebenfalls strafbar. Die Strafandrohungen sahen mit Ausnahme des »Versuchs« allesamt Gefängnisstrafen vor, die jedoch nicht detailliert festgelegt wurden. Bei unerlaubter Entfernung reichten die vorgesehenen Strafen bis zu sechs Monate (nach über 48 Stunden unerlaubtem Fehlen), bis zu zwei Jahre waren es nach mehr als sechs Tagen unerlaubter Entfernung.<sup>82</sup> Weitere Regelungen, die Installation eines Militärstrafrechts und der damit verbundene Aufbau einer Militärgerichtsbarkeit folgten erst nach der Einführung der Wehrpflicht im Januar 1962.

---

<sup>78</sup> § 32 Erstes Strafrechtsergänzungsgesetz der DDR, v. 11.12.1957, zit. nach: [http://bildungserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/havemann/docs/material/40\\_M.pdf](http://bildungserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/havemann/docs/material/40_M.pdf) (letzter Abruf: 6.9.2021).

<sup>79</sup> § 33 Fahnenflucht, Absatz 1, zit. nach: ebenda.

<sup>80</sup> § 33 Fahnenflucht, Absatz 3, zit. nach: ebenda.

<sup>81</sup> § 33 Fahnenflucht, Absatz 4, zit. nach: ebenda.

<sup>82</sup> § 34 Unerlaubte Entfernung, Absatz 1 und 2, zit. nach: ebenda.

### 3. Grenzer im Visier der Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit war wie selbstverständlich auch in einem für die SED-Herrschaft so essenziellen Bereich wie den Streitkräften tätig. Dabei bildete die Staatssicherheit »lediglich einen Teil der perfektionierten Sicherheits-, Disziplinierungs- und Überwachungsstruktur«.<sup>83</sup> Wie in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens der DDR sollte das Ministerium für Staatssicherheit auch hinsichtlich der Grenztruppen die Konformität des Personals sicherstellen. Eine permanente Überwachung des Personals ergänzte die Disziplinierung und Erziehung durch Vorgesetzte und Parteifunktionäre, indem nonkonformes Verhalten erkannt und unterbunden werden sollte.

Innerhalb der Staatssicherheit war die Hauptabteilung I<sup>84</sup> für die sogenannte »Absicherung« der Nationalen Volksarmee, der Grenzpolizei und der Bereitschaftspolizei verantwortlich.<sup>85</sup> Unter »Absicherung« verstand das MfS hinsichtlich der Streitkräfte ein bereits 1950 festgelegtes und im Wesentlichen kaum mehr verändertes Aufgabenspektrum:

- Schutz der bewaffneten Organe vor dem Eindringen westlicher Geheimdienste und vor deren Zersetzungsversuchen;
- Organisation des Geheimnisschutzes;
- Schutz der militärischen Technik, Waffen und Munition vor Sabotage und Diebstahl;
- Unterbinden von staatsfeindlicher Hetze und Staatsverleumdung;
- Bekämpfen und Zurückdrängen des Einflusses gegnerischer Medien;
- Verhinderung von Fahnenfluchten und Verratsdelikten.<sup>86</sup>

Die genannten Aufgaben schienen sich auf die Abwehr feindlicher bzw. äußerer Faktoren und Bedrohungen zu beschränken. Doch dies täuscht. Viel-

---

<sup>83</sup> Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Bonn 1999, S. 153.

<sup>84</sup> Zur strukturellen Entwicklung und Tätigkeit der Hauptabteilung I siehe: Wolf: Hauptabteilung I.

<sup>85</sup> Vgl. zur Tätigkeit der Staatssicherheit in der NVA Giese, Daniel: Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956–1965. München 2002, S. 122 ff.; Müller, Christian Th.: Tausend Tage bei der »Asche«. Unteroffiziere in der NVA. Berlin 2003, S. 354 ff., und zur Tätigkeit in den Grenztruppen: Sälter: Grenzpolizisten, S. 293 ff.

<sup>86</sup> Vgl. Chronik der HA I; BArch, MfS, HA I, Nr. 95, S. 61 ff. u. 134, zusammengefasst nach: Wolf: Hauptabteilung I, S. 8.

mehr sah die SED in nonkonformem Verhalten untergebener Soldaten und Polizisten immer das Resultat westlicher Indoktrination<sup>87</sup>, die berüchtigte »politisch-ideologische Diversion«.<sup>88</sup> Die wesentliche Aufgabe der Mitarbeiter der Staatssicherheit bestand mit Blick auf das Grenzerpersonal deshalb darin »zu erkunden, welche Grenzsoldaten sich entweder (ver)weigern könnten, auf Flüchtende zu schießen, oder bei wem die Gefahr bestand, bei sich bietender Gelegenheit fahnenflüchtig zu werden«.<sup>89</sup> Zur Bewältigung dieser Aufgabe stand der Hauptabteilung eine Vielzahl an Instrumentarien für die Informationsbeschaffung zur Verfügung. Sie hatte garantierten Zugang zu all jenen Einheiten, die in ihrem Verantwortungsbereich lagen und sie konnte Angehörige der Einheiten ohne Genehmigung der jeweiligen Vorgesetzten vorladen und vernehmen. Die Hauptabteilung überprüfte Neueinstellungen sowie später Wehrpflichtige im Vorfeld der Einberufung, wodurch im Prinzip jeder junge Mann früher oder später mindestens einmal in den Fokus der Staatssicherheit geriet. Darüber hinaus wachte die Hauptabteilung über alle Personalbewegungen und achtete beispielsweise bei Beförderungen oder Besetzungen von »Schlüsselstellungen« darauf, dass diese »mit besonders zuverlässigen, moralisch gefestigten, der Partei und Regierung treu ergebenden Kadern besetzt« wurden.<sup>90</sup> Die Mitarbeiter der Hauptabteilung ermittelten bei illegalen Westverbindungen und Gruppenbildungen, die einen politischen Hintergrund vermuten ließen, sowie letztlich sogar bei kleineren Dienstvergehen.<sup>91</sup>

### 3.1 Bekämpfung und Verhinderung von Fahnenfluchten

Die Bekämpfung von Fahnenfluchten leitete sich nach Auffassung des Ministeriums für Staatssicherheit aus seiner »politisch-operativen Hauptaufgabe«, nämlich »der Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und des Aufbaus des

---

<sup>87</sup> Vgl. Diedrich: Gegen Aufrüstung, S. 171 ff.; Sälter: Grenzpolizisten, S. 351 ff.

<sup>88</sup> Zu politisch-ideologischer Diversion siehe: Politisch-ideologische Diversion. In: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. 4. Aufl., Berlin 2021.

<sup>89</sup> Wolf: Hauptabteilung I, S. 34.

<sup>90</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 6.

<sup>91</sup> Vgl. Sälter: Grenzpolizisten, S. 295.

Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik« ab. Die »Abwehr jeglicher feindlicher Tätigkeit und Sicherung der erhöhten Gefechtsbereitschaft der bewaffneten Kräfte«<sup>92</sup> besaß deshalb höchste Priorität und war Arbeitsschwerpunkt der Hauptabteilung I. Zur Gewährleistung eben jener Gefechtsbereitschaft und vor dem Hintergrund anhaltender Desertionen und Republikfluchten ergab sich für die Hauptabteilung I unmittelbar vor dem Beginn des Mauerbaus »im verstärkten Maße die Aufgabe der Verhinderung von Fahnenfluchten sowie Republikfluchten von Zivilangestellten der bewaffneten Kräfte und darüber hinaus aus allen Kreisen der Bevölkerung der DDR«.<sup>93</sup>

Zu diesem Zweck erließ der langjährige Leiter der Hauptabteilung I, Karl Kleinjung, im Juli 1961 die Anweisung 3/61 zur »Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik«.<sup>94</sup> Diese Anweisung offenbart nicht nur die politische Bewertung des Vergehens Desertion, sondern zeigt vor allem auf, wie gegen Deserteure und gegen deren Angehörige vorzugehen war und auch, wie potenzielle Fahnenfluchten aufzudecken und zu verhindern waren. Nach Auffassung der Staatssicherheit trugen Fahnen- und Republikfluchten, wie der Anweisung zu entnehmen ist, nicht nur zum »Abzug wertvoller Arbeitskräfte bei«, sondern auch dazu:

---

<sup>92</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 6.

<sup>93</sup> Ebenda, Bl. 3.

<sup>94</sup> Ebenda, Bl. 1–23. Trotz Recherche war es nicht möglich, die Anweisung nachträglich konkret zu datieren. Doch inhaltlich ist sie in den Kontext der verstärkten Bemühungen des MfS im Kampf gegen »Republikfluchten« einzuordnen. Erich Mielke erklärte im Juli 1961 die Bekämpfung der »Republikflucht« zur »entscheidenste[n] Schwerpunktaufgabe« des MfS und erließ hierzu den Befehl 301/61. (Vgl. hierzu Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Berlin 2001, S. 36–38.) Die Anweisung 3/61 der HA I muss als Reaktion auf diesen Befehl beziehungsweise als Folgeanweisung der Hauptabteilung I auf Mielkes Befehl angesehen werden. Die vorliegende Anordnung war bisher offenbar auch noch kein Gegenstand der Forschung. Zumindest findet sich in der gesichteten Literatur kein Verweis oder Nachweis der Anordnung. Dies hängt vermutlich mit der Archivierung der Anordnung zusammen. Die Recherche ergab, dass die Anordnung in einem *falschen* Zeitlauf archiviert wurde, nämlich unter Anweisungen ab 1965.

- die Einsatz- und Gefechtsbereitschaft der bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben,
- den imperialistischen Geheimdiensten und westdeutschen Militaristen durch die Preisgabe von Dienstgeheimnissen und anderen Informationen wichtiges Spionagematerial zu liefern und ihrer verbrecherischen Tätigkeit Vorschub zu leisten,
- dem westzonalen klerikal-militaristischen Staatsapparat Anlass zur Verstärkung seiner zügellosen Hetze gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat zu geben.<sup>95</sup>

Deshalb mussten Fahnenfluchten um jeden Preis bereits im Vorfeld erkannt und verhindert werden. Das MfS glaubte die Ursachen von Fahnenfluchten genau zu kennen:

Jede Fahnen- und Republikflucht hat in erster Linie ideologische Ursachen. Sie sind ein Ausdruck und in vielen Fällen die Folge der Wirkung der psychologischen Kriegsführung des Gegners und dafür, dass die politisch-ideologische Erziehungsarbeit nicht bei jedem einzelnen Angehörigen der bewaffneten Kräfte [...] und Bürger der DDR überzeugend wirksam geworden ist.<sup>96</sup>

Dieser Logik folgend, entwickelte die Staatssicherheit »Allgemeine Grundsätze« zur Verhinderung von Fahnenfluchten. Erstens war das »entscheidende Mittel zur Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten die ständige Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-ideologischen Überzeugungs- und Erziehungsarbeit«. Durch eine verstärkte individuelle Arbeit mit den Rekruten und durch die »Schaffung wahrhaft sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen« sollten die Grundlagen der Bekämpfung geschaffen werden. Dem zweiten Grundsatz zufolge war ein erfolgreicher Kampf gegen Fahnenfluchten nur zu führen:

Durch die Ausnutzung aller Möglichkeiten und in engster Zusammenarbeit der Mitarbeiter der Hauptabteilung I mit den Partei- und FDJ-Organisationen, Politorganen und Kommandeuren der bewaffneten Kräfte, dem zuständigen Militärstaatsanwalt, den BGL [Betriebsgewerkschaftsleitungen] sowie mit den Parteiorganen wie den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS, der VP, der Transportpolizei, der DGP, dem AZKW und mit Hilfe der Bevölkerung.<sup>97</sup>

Dies zeigt, wie bereits erwähnt, dass die Staatssicherheit *lediglich* ein Teil des gesamten Disziplinierungsapparates der DDR war. Zur erstrangigen Aufgabe der Mitarbeiter der Hauptabteilung gehörte die Unterstützung derjenigen

---

<sup>95</sup> Ebenda.

<sup>96</sup> Ebenda.

<sup>97</sup> Ebenda, Bl. 3.

Verantwortlichen, die mit der Erziehung und Ausbildung von Rekruten betraut waren. Dies waren Angehörige der Polit- und FDJ-Organen sowie die Kommandeure der jeweiligen Einheiten. Es ist äußerst bezeichnend, dass bei dieser Erziehung, hinsichtlich Verhinderung von Fahnenfluchten, die Abschreckung im Vordergrund stand. Nicht etwa die Vorzüge der eigenen gesellschaftlichen Ordnung sollten herausgestellt werden, sondern einzig die vermeintlich lauenden Gefahren im Westen. Die Angehörigen der bewaffneten Kräfte sollten »nur durch dazu befähigte Mitarbeiter [...] über die Brutalität und Unmenschlichkeit der westdeutschen Imperialisten und deren NATO-Partner sowie deren Geheimdienste aufgeklärt und dadurch zum Hass gegen die Klassenfeinde erzogen werden.«<sup>98</sup>

Konkret bedeutete dies, den Angehörigen des Sicherheitsapparates sollte die »Perspektivlosigkeit der Fahnen- und Republikflüchtigen in Westberlin und Westdeutschland und ihre Ausbeutung und Ausnutzung für die Kriegsvorbereitung der kriegslüsternen Imperialisten« aufgezeigt werden. Vor allem »das Elend und die Not in den Flüchtlingslagern und im zivilen Leben« und nicht zuletzt eine vermeintlich »ablehnende Haltung der westdeutschen Arbeiter gegen die Fahnen- und Republikflüchtigen« sollte potenzielle Deserteure von einer Flucht in den Westen abhalten.<sup>99</sup> Für die hierzu notwendige »offizielle Arbeit« sollte das Referat 1 der Hauptabteilung I/7 (Information und Inspektion) Materialien zur Auswertung zur Verfügung stellen. Das bedeutete vor allem, Aussagen von Rückkehrern, aber auch Erkenntnisse aus der sogenannten politisch-operativen Arbeit – wie etwa zu Abwerbungsversuchen, Erscheinungen der politisch-ideologischen Diversion oder auch die Anwerbung von Fahnenflüchtigen zur »Feindtätigkeit« – sowohl in der »politischen Massenarbeit« als auch in den Presseorganen auszuwerten.<sup>100</sup> Diese Abschreckungsmethoden scheinen durchaus fruchtbar gewesen zu sein, doch im Augenblick direkter Konfrontation erwiesen sie sich kontraproduktiv. So äußerte beispielsweise Conrad Schumann nach seiner Flucht:

An der Sektorgrenze habe er beobachten können, dass die vielen Westberliner, die ständig an der Grenze standen, nicht von Banditenchefs angeführt wurden, wie es ihnen vorher erzählt worden war. Er sei von den Rufen, wie ›Freiheit für

---

<sup>98</sup> Ebenda, Bl. 4.

<sup>99</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 4.

<sup>100</sup> Ebenda, Bl. 5

die Zone«, sehr beeindruckt worden und habe immer wieder feststellen müssen, dass die Westberliner Polizei alles tat, um die Westberliner Bevölkerung zurückzudrängen, damit es zu keinen Konflikten kommt. In den Stunden des Postenstehens an der Sektorgrenze habe er die Unwahrheit und die Lügen, die man ihnen in der Vergangenheit erzählt habe, erkannt.<sup>101</sup>

Ein anderer geflüchteter Wachtmeister der Volkspolizei berichtete, im Politunterricht werde gedroht, dass alle, die »sich zu dem Schritt entschlossen haben zu flüchten, wieder an die Organe der DDR ausgeliefert werden«. Darüber hinaus wurde propagiert, dass Deserteure »sogenannte Spionagezentren durchlaufen, wo sie [...] »fertig gemacht werden« und letztlich schalte sich auch noch der »Fremdenlegionwerbedienst ein«.<sup>102</sup>

Der Stand der Erziehung wurde in regelmäßigen Berichten über den politisch-moralischen und auch militärischen Zustand der jeweiligen Einheiten festgehalten. Hierzu wurde eine ständige Analyse der Einheiten sowie die Aufdeckung etwaiger »Mängel und Missstände in- und außerhalb der bewaffneten Kräfte, die zu Unzufriedenheiten führen können«, angewiesen.<sup>103</sup> Zur Behebung möglicher Missstände sollten die Mitarbeiter direkt vor Ort und wenn nötig mit den Verantwortlichen, beispielsweise den Kommandeuren und Parteiorganen, nach Lösungen suchen, insoweit diese »nicht direkt operativ bearbeitet werden müssen«. Dass die Grenzpolizei einen besonderen Status besaß, zeigt unter anderem die Anweisung:

Bei Notwendigkeit oder aufgrund besonderer dringlicher Umstände können die operativen Mitarbeiter, hauptsächlich der Abteilung DGP, die örtlichen

---

<sup>101</sup> Bericht des DDR-Bereitschaftspolizisten Conrad Schumann über seine Flucht nach Westberlin am 15. August.1961, 16.8.1961, Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten Berlin, online unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/180618/bericht-des-ddr-bereitschaftspolizisten-conrad-schumann-ueber-seine-flucht-nach-west-berlin-am-15-august-1961-16-august-1961> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>102</sup> Bericht des VP-Wachtmeisters Burghardt A. über seine Flucht nach Westberlin am 28. August 1961, 6.9.1961, Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten Berlin, online unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/179394/bericht-des-vp-wachtmeisters-burghardt-a-ueber-seine-flucht-nach-west-berlin-am-28-august-1961-6-september-1961> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>103</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 5, sowie nachfolgendes Zitat.

Organe (VP, Bürgermeister usw.) direkt informieren, was sie jedoch nicht von der Informierung der Kreisdienststelle [des MfS – Anm. d. Verf.] entbindet.<sup>104</sup>

Die hohen Desertionszahlen, vor allem in den Einheiten der Grenzpolizei, führten zu einer erhöhten Sensibilität und hatten offensichtlich zur Folge, dass auf vorgefundene Missstände unverzüglich reagiert wurde, um mögliche Ursachen, die als Auslöser für Fahnenfluchten fungieren konnten, schnellstmöglich abzustellen. Der dritte und letzte Grundsatz soll etwas ausführlicher behandelt werden, da er ein spezifisches Instrument der ostdeutschen Geheimpolizei war: der Einsatz des Netzes inoffizieller Mitarbeiter.<sup>105</sup>

### 3.2 Inoffizielle Mitarbeiter

Die Staatssicherheit griff auch bei der Bekämpfung von Fahnenfluchten auf ihre »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«<sup>106</sup> zurück: »Das gesamte Netz der inoffiziellen Mitarbeiter muss außer zu den speziellen Aufgaben zur Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten [...] eingesetzt und erzogen werden.«<sup>107</sup> Diese Geheimen Informanten sollten »sicherstellen, dass uns sofort Anzeichen über beabsichtigte Fahnenfluchten unter den Neueinstellungen bekannt werden«. Dazu galt es, unter den neuen Rekruten »in kürzester Zeit, in der Regel innerhalb von 4 Wochen, Kontaktpersonen [zu schaffen] [...] mit dem Ziel der Anwerbung als GI«.<sup>108</sup> Dass dies keine leere Worthülse war, zeigt die Entwicklung des Kader- und IM-Bestandes der Hauptabteilung I deutlich. Während sich zwischen 1954 und 1987 die Gesamtstärke der NVA und der Grenztruppen in etwa verdoppelte, wuchs das Gesamtpersonal der Hauptabteilung I um mehr als das Vierfache. Ins-

---

<sup>104</sup> Ebenda, Bl. 6.

<sup>105</sup> Vgl. ausführlich zu inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2008; Ders. Die Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (3 Teile). Berlin 1996–2008.

<sup>106</sup> Richtlinie 1/79 des MfS v. 8.12.1979 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS), S. 7, zit. nach: Müller: Tausend Tage, S. 355.

<sup>107</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 4.

<sup>108</sup> Ebenda, Bl. 9.

gesamt führte die Hauptabteilung I 1960 bereits 13 191 IM, dies bedeutete ein Verhältnis von 1:17.<sup>109</sup>

Die Hauptabteilung hatte genaue Instruktionen festgelegt, wie »mit dem inoffiziellen Netz zur Verhinderung von Fahnenfluchten« zu arbeiten war. Die Erziehung eines inoffiziellen Mitarbeiters sollte diesen dazu befähigen, »politisch-ideologische Schwächen bei anderen Angehörigen seiner Einheit oder anderen Personen, die zur Fahnen- bzw. Republikflucht führen können, zu erkennen« und ihn in die Lage versetzen, jene Auswirkungen zu bemerken, die durch »besondere politische und persönliche Ereignisse und Vorkommnisse auf das Verhalten der betreffenden Angehörigen der bewaffneten Kräfte« einwirken und zu Fahnenfluchten führen könnten. Offenbar waren die bisher gelieferten Informationen bzw. die Arbeit mit den Informanten äußerst mangelhaft,<sup>110</sup> denn die Anweisung forderte alle Mitarbeiter dazu auf, ihre jeweiligen IM »zu einer schnelleren und konkreteren Berichterstattung [...] anzuhalten und zu erziehen«. Hierzu sollte anhand von Beispielen der »Weg der Fahnen- und Republikflüchtigen als Verräter« erläutert werden.<sup>111</sup>

Neben »speziellen Aufträgen«, also zur konkreten Informationsbeschaffung über bestimmte Personen, erhielten die Informanten einen sogenannten »ständigen Auftrag«. Dieser Auftrag bestand aus einem ganzen Katalog von Feststellungen, die ein IM an den jeweiligen Mitarbeiter der Hauptabteilung I zu melden hatte. Der Fokus der Denunziation lag auf »Erscheinungsformen und Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion in den Dienststellen«. Der IM sollte feststellen und melden:

---

<sup>109</sup> Vgl. Wolf: Hauptabteilung I, S. 10 u. 91.

<sup>110</sup> Gerhard Sälter weist darauf hin, dass in den 1950-Jahren bei der Auswahl von Informanten in der Grenzpolizei noch wenig auf politische Loyalität geachtet wurde: »Entscheidend war, dass sich in möglichst jeder Dienststelle ein Spitzel befand, auch wenn dieser weder bereitwillig kooperierte noch vollständig verstand, worin seine Aufgabe bestand.« Sälter, Gerhard: Bespitzelung von Kameraden. Informationsbeschaffung und Informanten des MfS in der Grenzpolizei der DDR in den Fünfzigerjahren. In: Deutschland Archiv 2/2007, S. 275–284, hier 282. Ähnlich argumentiert Wolf mit Blick auf die Administration: »Frühe IM-Akten zeigen das Ungeübte aber auch Unsystematische in der operativen Aktenführung.« Wolf: Hauptabteilung I, S. 92

<sup>111</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 12, sowie nachfolgendes Zitat, Bl. 13.

- Abhören von Westsendern und Sehen westlicher Fernsehsendungen,
- Lesen von Schundliteratur,
- Kontaktaufnahme mit negativ eingestellten Elementen aus dem zivilen Sektor (DDR) und zu Personen aus Westberlin bzw. Westdeutschland, Angehörigen des BGS, der Stupo<sup>112</sup>, des Zolls und Besatzern,
- welche Personen suchen besonders Kontakt zu Angehörigen der bewaffneten Kräfte [...],
- wo gibt es Personen, bei denen Anzeichen oder Verdacht für Abwerbung bestehen,
- Verletzung der sozialistischen Moral und Ethik,
- Erscheinungen der politischen Aufweichung, wie negative Diskussionen, Verherrlichung des Westens, mangelndes Vertrauen in die Stärke des sozialistischen Lagers, Anzeichen der Feigheit und Rückversicherung, Überschätzung des Gegners, Verherrlichung des Faschismus, Anfertigung und Verbreitung von Hetzlosungen und Flugblättern, Kursieren von Gerüchten, negative Stimmungen gegen politische oder militärische Maßnahmen, Angriffe und Auflehnung gegen Vorgesetzte, Meutereien, Entlassungsstimmungen wegen Nichtglaubens an die Perspektive der DDR.«<sup>113</sup>

Die Stasi interessierte sich auch für »Gruppierungen vzw. regelmäßige Zusammentreffen von Angehörigen der bewaffneten Kräfte« sowohl innerhalb als auch »außerhalb der Dienststellen«.<sup>114</sup> Von besonderem Interesse waren hierbei »Charakter«, »Inhalt« und »Zielsetzung« der Treffen. Individuelles Fehlverhalten stand ebenfalls im Fokus der Beobachtung. Verdächtig machen konnte man sich durch »Unlust am Dienst« oder durch »mangelndes Interesse am gesellschaftlichen Leben« und nicht zuletzt durch »Entlassungsgedanken«. All dies konnte zum vermeintlichen Indiz für eine Fahnenfluchtabsicht werden. »Wer ist Einzelgänger, schließt sich vom Kollektiv aus oder wird von den anderen Angehörigen der Einheit gemieden?«<sup>115</sup>

---

<sup>112</sup> Stumpfpolizei, auch Stupo, Bezeichnung für die Westberliner Polizei, nach ihrem ersten Polizeipräsidenten Johannes Stumm (1948–63) benannt. Die pejorativ konnotierte Bezeichnung war nach der Spaltung der Berliner Polizei im Juni 1948 in SED-Kreisen üblich.

<sup>113</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 13 f.

<sup>114</sup> Ebenda, Bl. 14. Vgl. hierzu ein Fallbeispiel aus dem Jahr 1953, »Verurteilung einer »Widerstandsgruppe« in der Kommandantur Klettenberg«, in: Sälter: Grenzpolizisten, S. 388 ff.

<sup>115</sup> Anweisung 3/61 der Hauptabteilung I, betr. Verhinderung von Fahnen- und

Deshalb sollten Gründe, die zu diesen Einstellungen führten, erfasst sowie in Erfahrung gebracht werden, welche Kameraden »republikflüchtige« Bekannte oder Verwandte hatten und wie diese zu den jeweiligen »Republikfluchten« standen. Die familiären Verhältnisse schienen der Stasi bedeutsam gewesen zu sein und wurden häufig als Ursache für Fahnenfluchten angenommen. Es galt herauszufinden, »wer hat laufend familiäre Schwierigkeiten, Streitigkeiten mit der Ehefrau oder den Eltern?« Von ebenfalls »besonderer Bedeutung« war es, dass »die IM darüber berichten, welche Personen größere Schulden machen oder haben, uneheliche Kinder haben oder erwartet werden, strafbare Handlungen begangen haben, die noch nicht bekannt sind«. Besonderes Interesse legte die Anordnung aber auf »unmittelbare Anzeichen für die Vorbereitung einer Fahnen- bzw. Republikflucht«. Das waren zum Beispiel:

- Übersendung persönlichen Eigentums an die Heimatadresse oder Verkauf desselben,
- Vernichten persönlicher Schriftstücke oder Mitnahme derselben zum Postdienst,
- Mitnahme sämtlicher persönlicher Sachen bei Antritt von Urlaub,
- unberechtigte Beantragung von Genehmigungen zum Aufenthalt in Berlin oder zur Durchfahrt durch Berlin,
- Äußern von Fluchtabsichten anderen Angehörigen der Einheit gegenüber,
- Verkauf von Wohnungseinrichtungen und größeren Wertgegenständen.<sup>116</sup>

Vor allem Berlin und alles was mit Berlin in Verbindung stand geriet unter Generalverdacht. Dies konnte sein: eine »Freundin in Berlin, Verlobung mit Mädchen aus Berlin, Heirat nach Berlin, Urlaubsfahrten mit anderen Genossen oder zu angeblichen Freunden in Berlin«, aber auch die Möglichkeit »durch Dienstreisen [...] öfter und für längere Zeit nach Berlin zu kommen«. Jegliche Informationen, die auf solche Verbindungen schließen ließen, waren von den Mitarbeitern der zuständigen Hauptabteilung »zu beachten, genauestens zu überprüfen und entsprechende Maßnahmen [...] in Absprache mit den Dienstvorgesetzten einzuleiten«.

Die inoffiziellen Mitarbeiter sollten jedoch nicht nur passiv wirken, also Informationen sammeln und weiterleiten, sondern ein IM sollte bei dem

---

Republikfluchten aus den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik (Nationale Volksarmee, Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Wachregiment und aus dem zivilen Sektor), o. D.; BArch, MfS, HA I, Nr. 14513, Bl. 1–23, hier 15.

<sup>116</sup> Hier wie nachfolgend: ebenda, Bl. 15–17.

Verdacht, dass ein Kamerad womöglich fahnenflüchtig werden könnte und »wenn es sein Verhältnis zu dem Betreffenden gestattet [...], politisch so überzeugend einwirken, dass dieser von seinem Vorhaben ablässt«. Darüber hinaus sollten sie unmittelbar bevorstehende Fahnenfluchten »unter Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten« verhindern. Darunter verstand man die »Inanspruchnahme der Hilfe von Angehörigen der VP oder anderer bewaffneter Organe«, aber auch die »Anwendung von List oder Gewalt u. a.«. Gleichzeitig hatte der IM »unter Wahrung der Konspiration – Verbindung zum zuständigen Mitarbeiter oder im gegebenen Falle zu seinem GHI<sup>117</sup> auf[zun]ehmen«.<sup>118</sup>

Die hier skizzierte Anordnung zur vorbeugenden Bekämpfung von Fahnenfluchten zeigt, dass durchweg äußere Ursachen für eine bevorstehende Desertion infrage kamen. Fast ausnahmslos sollten die individuell privaten Hintergründe oder vermeintliche »politische Unklarheiten« eines Soldaten auf eine bevorstehende Flucht deuten. Nur in den seltensten Fällen reflektierten Funktionäre Ursachen, die in den politischen Verhältnissen der DDR oder im Grenzdienst selbst zu suchen waren. Zugleich wird aber auch der Überwachungsanspruch des Sicherheitsapparates der DDR deutlich. Der Bericht einer Polit-Offiziers-Konferenz aus dem Jahre 1959 brachte diesen Anspruch auf den Punkt: »Wir wissen alles von unseren Soldaten. Was wir im Moment noch nicht wissen, werden wir bald von ihnen erfahren.«<sup>119</sup> Man war also überzeugt, mit genügend Informationen können Fahnenfluchten wirksam präventiv bekämpft werden.

---

<sup>117</sup> Geheimer Hauptinformator – inoffizieller Mitarbeiter, der andere Informanten führt.

<sup>118</sup> Ebenda, Bl. 18.

<sup>119</sup> Bericht, 19.9.1959; BArch-MA Pt 7186, Bl. 92–116, zit. nach: Sälter: Grenzpolitisten, S. 358.

## 4. Desertionen im geteilten Berlin

### 4.1 Fahnenfluchten in Zahlen

Im Jahr des Baus der Berliner Mauer registrierte das Ministerium für Staatssicherheit insgesamt 699 gelungene Fahnenfluchten. Eine von der ZAIG hierzu erarbeitete Gesamtübersicht zeigt die Verteilung der Desertionen auf die jeweiligen bewaffneten Organe sowie die Entwicklung vor und nach dem 13. August 1961.

Tabelle 2: Fahnenfluchten aus den bewaffneten Organen der DDR 1961<sup>120</sup>

| Fahnenfluchten aus  | 1.1.-12.8. | 13.8.-31.12. | Gesamt 1961 |
|---|------------|--------------|-------------|
| Wachregiment (MfS)  | 9          | 1            | 10          |
| AZKW  | 14         | 4            | 18          |
| Transportpolizei  | 10         | 10           | 20          |
| NVA   | 61         | 16*          | 77          |
| Volkspolizei  | 91         | 7            | 98          |
| Bereitschaftspolizei                                      | 18         | 165          | 183         |
| Kommando Grenze   | 135        | 158          | 293         |
| Gesamt  | 338        | 361          | 699         |
| * davon 13 »während der Aktion im Grenzgebiet eingesetzt« |            |              |             |

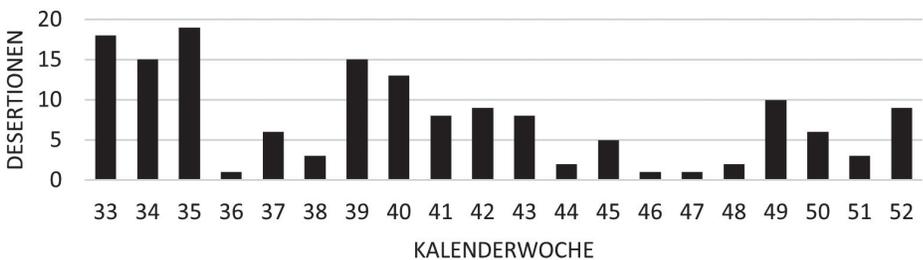
Nach der Grenzschießung verzeichneten das Wachregiment des MfS, das AZKW, die NVA und die Volkspolizei einen Rückgang von Fahnenfluchten. Die Volkspolizei stach hier besonders hervor, dort wurden nach der Grenzschießung nur noch sieben Desertionen gezählt, im Gegensatz zu über 90 zwischen dem 1. Januar und dem 12. August 1961. Aus der Transportpolizei flohen sowohl vor und nach dem 13. August jeweils zehn Polizisten, sie war damit das einzige Organ, in dem die Fahnenfluchtzahlen nach der Grenzschießung relativ stabil blieben. Nach dem 13. August ist demzufolge in allen Einheiten, die nicht unmittelbar an den Grenzen eingesetzt waren, und mit Ausnahme der Transportpolizei, ein teils deutlicher Rückgang von Desertionen zu verzeichnen.

---

<sup>120</sup> Bericht über die Entwicklung der Republikflucht und des Menschenhandels nach Einleitung der Sicherungsmaßnahmen v. 13.8.61–31.12.61, 12.2.1962; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 545, Bl. 9.

Nur in zwei Organen stiegen die Zahlen gegenüber den ersten acht Monaten an. Das Kommando Grenze der NVA, die einstige Grenzpolizei,<sup>121</sup> bildete mit knapp 300 Desertionen im gesamten Jahr den deutlichsten Schwerpunkt der Fahnenfluchten. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, schlugen die insgesamt 293 Deserteure des Kommandos Grenze zugleich mit 77,1 Prozent aller Fahnenfluchten aus der NVA zu Buche. Die 135 bereits in den ersten acht Monaten erfolgten Fahnenfluchten wurden in den Monaten nach der Grenzschießung mit 158 Fluchten sogar noch übertroffen. Die Spitze nach dem 13. August aber bildete die Bereitschaftspolizei. Aus ihren Reihen flohen im gesamten Jahr 183 Polizisten. Die Verteilung zeigt, dass vor dem 13. August lediglich 18 Polizisten desertierten und nach der Grenzschießung 165. Dies bedeutete für die Quote bei der Bereitschaftspolizei fast eine Verzehnfachung und damit den deutlichsten Anstieg von Fahnenfluchten nach der Grenzschießung. Eine Ursache ist in der Dislozierung der betroffenen Einheiten zu sehen, denn fast ausnahmslos alle Desertionen von Bereitschaftspolizisten nach dem 13. August fanden in und um Berlin statt.<sup>122</sup> Entweder waren die Geflohenen Angehörige der 1. oder 2. Grenzbrigade Berlin<sup>123</sup> oder sie waren zeitweilig in Berlin eingesetzt. Grafisch spiegeln sich die Desertionen im geteilten Berlin nach Kalenderwochen wie folgt wider.

Grafik 2: Desertionen aus der Bereitschaftspolizei 13.8-31.12.1961



<sup>121</sup> Die Deutsche Grenzpolizei wurde erst zum 16.9.1961 durch Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) dem Verteidigungsministerium unterstellt und als Grenztruppen in die NVA eingegliedert. Vgl. Protokoll 7. Sitzung NVR v. 28.8.1961; BArch-MA DVW 1/39464, Bl. 4 ff.

<sup>122</sup> Nur ein Bereitschaftspolizist floh der Aktenlage zufolge nach Westdeutschland. Siehe Auflistung im Anhang.

<sup>123</sup> Diese Grenzbrigaden waren im September 1961 entstanden und dem Kommandeur der Bereitschaftspolizei unterstellt, aber in ihrer Organisation und ihren Ausbildungsinhalten faktisch Einheiten der Grenzpolizei.

Die Höhepunkte des Fluchtgeschehens sind zwar vor allem in den ersten drei Wochen und dann nochmals Ende September/Anfang Oktober 1961 zu sehen, doch die Grafik zeigt deutlich, dass nach dem 13. August 1961 nicht eine Woche verging, in der kein Grenzer floh. Mitte November schien sich die Situation zunächst zu entspannen, doch gegen Ende des Monats und des Jahres stiegen die Fluchtzahlen noch einmal spürbar an. Wie reagierten die Verantwortlichen des Sicherheitsapparates auf das rasante Ansteigen der Fahnenfluchten? Welche Gegenmaßnahmen wurden eingeleitet? Und schließlich, welchen Effekt hatten diese Maßnahmen auf die Entwicklung der Fahnenfluchten?

## 4.2 Fahnenfluchten im Blick der Stasi

In der ersten Woche nach dem Mauerbau scheinen die Berichtersteller der ZAIG von der massiven Zunahme an Desertionen überrascht gewesen zu sein. Die erste Meldung dazu findet sich bereits am 17. August 1961. In typischer Stasi-Dialektik berichtete die ZAIG: »Obwohl die Kampfmoral und Disziplin der am Einsatz beteiligten Sicherungskräfte als gut eingeschätzt werden muss, weisen doch die weiter steigenden Desertionen auf einige Mängel hin.«<sup>124</sup> Fast täglich wurden danach in Berichten und Informationen »zur gegenwärtigen Situation nach den Sperrmaßnahmen« Desertionen gemeldet. Zum 20. August wurde sogar ein Bericht nur über »erfolgte Fahnenfluchten von Angehörigen der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen« angefertigt.<sup>125</sup> Dies blieb jedoch ein einmaliger Vorgang. In der Folgezeit wurde die SED-Führung nurmehr im Rahmen der allgemeinen Berichterstattung zur Situation nach dem Mauerbau oder im Zuge der Einschätzung der bewaffneten Organe über Desertionen informiert.<sup>126</sup> Erst im Februar 1962 wurden Fahnenfluchten im geteilten Berlin nochmals dezidiert von der Staatssicherheit problematisiert und zwar im Rahmen eines überaus ausführlichen Berichts »über die Entwicklung der Republikflucht und des

---

<sup>124</sup> [Bericht] über die gegenwärtige Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR, 17.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

<sup>125</sup> [Einzel-Information] über erfolgte Fahnenfluchten aus der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen, 20.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

<sup>126</sup> Vgl. hierzu die Berichterstattung der ZAIG, editiert in: Münkkel, Daniela (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2011. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

Menschenhandels nach Einleitung der Sicherungsmaßnahmen«.<sup>127</sup> Dass Desertionen in diesem, wenn man so möchte, *Jahresabschlussbericht* in erheblichem Umfang analysiert wurden und dass nur eine Woche nach Einleitung der Grenzabriegelung die SED-Führung ausführlich über Desertionen informiert wurde, zeigt, welche Relevanz Desertionen besaßen und dass mit einem solch deutlichen Anstieg von Fahnenfluchten im Zuge der Sperrmaßnahmen keinesfalls gerechnet worden war. Aus der Berichterstattung wird aber auch deutlich, dass im Zeitraum vom 13. August bis zum 31. Dezember keine Gefährdung der Einsatz- und/oder Gefechtsbereitschaft der Einheiten in und um Berlin bestand. Denn weder in den Berichten der Staatssicherheit noch in denen der Bereitschaftspolizei wurde auf eine solche Gefährdung verwiesen. Die Maßnahmen der Grenzschießung schritten ganz im Gegenteil zügig und im Sinne der SED voran. Die Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei rückten aus einem anderen Grunde in den Fokus der Überwachung und Bekämpfung. Wie bereits im Zuge des ersten Befehls zur Verhinderung von Fahnenfluchten (1949) erwähnt, sendete jeder dieser Vorfälle immer auch ein politisches Signal aus. Desertierte Grenzpolizisten gerieten nach dem Mauerbau mehr und mehr in die propagandistischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges.

### 4.3 Westpropaganda und Deserteure der DDR

Im Angesicht der globalen Kräftekonstellation waren die Handlungsoptionen der bundesrepublikanischen und der Westberliner Politik im Hinblick auf die Grenzsperrung begrenzt. Diese Machtlosigkeit konnte einzig durch das Schaffen von Öffentlichkeit und die stete Betonung, dass das Handeln der SED illegitim sei, kompensiert werden. Als wirkungsvollste Instrumente erwiesen sich alsbald »Bilder der Flucht«.<sup>128</sup> Sie vermittelten nicht nur die Unmenschlichkeit dieser Grenze, sondern stellten zugleich die gesamte Propaganda und Politik der SED infrage. Wie einleitend bereits erwähnt, untergruben gerade Deserteure, unabhängig von den jeweils zugrunde liegenden individuellen Motiven, die Legitimität einer militärischen Institution und damit den Anspruch eines Staates auf Ausübung legitimer Gewalt.<sup>129</sup>

---

<sup>127</sup> Bericht über die Entwicklung der Republikflucht und des Menschenhandels nach Einleitung der Sicherungsmaßnahmen vom 13.8.61–31.12.61, 12.2.1962; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 545.

<sup>128</sup> Siehe hierzu: Hamann: *Fluchtbilder*, S. 266–273.

<sup>129</sup> Bröckling; Sikora (Hg.): *Einleitung*, S. 7 ff.

Politik und Medien auf beiden Seiten der Mauer hatten dieses Potenzial schon früh erkannt und Deserteure regelmäßig für ihre Ziele benutzt. Die Überlegenheit des jeweils eigenen Systems sollte an ihrem Beispiel illustriert werden. In Westdeutschland sprach man denn auch nicht von Deserteuren, sondern von Flüchtlingen, um das »sowjetzonale« Verlangen nicht zu unterstützen, diese Flüchtlingsgruppe von vornherein zu disqualifizieren, wie es der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen 1955 formulierte. Denn anders als ein Deserteur, welcher Vaterlandsverrat begehe, den soldatischen Eid breche und zum Feind überlaufe, würde ein solcher *Flüchtling* »dem politischen Druck und der militärischen Verpflichtung eines von ihm abgelehnten ›wesensfremden‹ System[s] ausweiche[n]« und, einem zivilen Flüchtling ähnlich, in Notwehr und »politischer Selbstbesinnung« handeln.<sup>130</sup> Deserteure zu Helden zu stilisieren war also ein durchaus ambivalentes Unterfangen. Einerseits wollte man in der Bundesrepublik die Wiederbewaffnung legitimieren und junge Männer an die Bundeswehr binden, andererseits wurden aber diejenigen, die in der DDR den Dienst an der Waffe verweigerten, zu Helden stilisiert. Eins aber wird deutlich: Das politische Signal einer Desertion war nicht ambivalent, sondern eindeutig. Ein geflohener Grenzer demonstrierte, dass die SED nicht im Sinne der ostdeutschen Bevölkerung handelte, denn sie konnte offenbar nicht einmal ihre Soldaten von der Legitimität ihrer Politik überzeugen. Es galt deshalb, Deserteure wegen der politischen Aussage ihres Handelns in der propagandistischen Auseinandersetzung gegen die SED zu nutzen. Darüber hinaus war den Protagonisten der westlichen Medien und der Politik aber auch bewusst, dass die Bilder nicht an der Mauer haltmachten, sondern bis weit in die DDR vordrangen. Darauf lassen beispielsweise die Erinnerungen des einstigen Leiters der Westberliner Operationsbasis der CIA (BOB) David E. Murphy schließen. Dieser erinnert sich daran, dass die CIA in Berlin nach dem Mauerbau vor allem »indirekte Aktionen« angestrebt hatte, mit »denen dem DDR-Regime Ärger bereitet« werden sollte. Ein diesbezüglicher Vorschlag lautete, verstärkte Propaganda zu betreiben, in der die »Berlin-Problematik weltweit in den Vordergrund gerückt und die Moral der Westberliner gestärkt werden« könne.<sup>131</sup> Hierzu rückten vor allem die Grenztruppen in den Fokus des amerikanischen Geheimdienstes, wie Murphy weiter ausführte:

---

<sup>130</sup> Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen an Bundesminister für Vertriebene, 4.7.1955; BArch B 150/4075, H. 2., zit. nach: Ackermann: Der »echte« Flüchtling, S. 196.

<sup>131</sup> Baily, George; Kondraschow, Sergej A.; Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997, S. 495.

Ein Hauptziel der Aktionen, die die DDR-Führung irritieren und ihr ›Grenzregime‹ stören sollten, waren die Grenztruppen. BOB ermunterte sie zur Desertion und sorgte für ein enormes Medienecho. Die Deserteure wurden zu Helden, und den Grenzern, die auf ihrem Posten blieben, wurde mit Brandts Worten ins Gewissen geredet: ›Lass dich nicht zum Lumpen machen.‹<sup>132</sup>

Es blieb aber nicht nur bei der Beeinflussung und Ermunterung ostdeutscher Grenzer zur Flucht, auch die mediale Vermarktung wurde nicht dem Zufall überlassen. So sei extra ein fließend Deutsch sprechender CIA-Offizier nach Berlin beordert worden, der mit der Befragung geflohener Grenzsoldaten betraut wurde. Dieser habe ihre Geschichten dann »in einem ansprechenden Stil auf Deutsch nieder[geschrieben], sodass sich die Lokalpresse darum riss und sie auch andernorts Erwähnung fanden.«<sup>133</sup> Die CIA sei so erpicht darauf gewesen, Fälle so schnell wie möglich medial zu nutzen, dass sie es nicht hätte abwarten können, bis die amerikanischen Militärs ihre Befragungen abgeschlossen hatten, denn »dann war aus ihren Geschichten die Luft raus«. Doch weil ein Offizier der Berliner CIA-Operationsbasis an den Befragungen der geflohenen Grenzer beteiligt war, sei es stets gelungen, das Material umgehend an die Presse weiterzuleiten. Damit Artikel über das geteilte Berlin nicht nur auf lokaler Ebene bekannt wurden, sondern einem weltweiten Publikum zugänglich gemacht werden konnten, hatte sich die Berliner Operationsbasis der CIA darüber hinaus »ein umfangreiches Agentennetz in den internationalen Medien« geschaffen.<sup>134</sup> Aufseiten der DDR wurde die mediale Wirkung solcher Berichte und Bilder genau registriert und als Angriff auf die eigenen Souveränitätsansprüche gedeutet.<sup>135</sup> So äußerte der stellvertretende Minister für Staatssicherheit Bruno Beater Ende 1961 im Kreise des MfS-Kollegiums:

Es passt dem Gegner ausgezeichnet zur Komplettierung seiner Pläne und Absichten, vor allem im internationalen Sinne gegen uns zu wirken, wenn solche Ereignisse geschehen wie am 5.12.1961 mit dem Personenzug PS 2192, der um 20.47 Uhr die Staatsgrenze bei Albrechtshof durchbrechen konnte und mit 25 Personen in Westberlin ankam; oder wenn die Westzeitungen wie am 6.12.1961 von der gemeinsamen Flucht einer kompletten Besatzung eines Grenzwachturms nach Westberlin berichten können.<sup>136</sup>

---

<sup>132</sup> Baily; Kondraschow; Murphy: Die unsichtbare Front, S. 495. »Lass dich nicht zum Lumpen machen«, sagte Brandt am 16.8.1961 bei einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus anlässlich der Grenzschließung.

<sup>133</sup> Ebenda.

<sup>134</sup> Ebenda, S. 495 f.

<sup>135</sup> Vgl. Sälter: Fluchtverhinderung, S. 152–162.

<sup>136</sup> Bericht für das Kollegium des MfS, Mitte Dezember 1961; BArch, MfS, SdM, Nr. 1558, Bl. 77.

Da erfolgreich Geflüchtete dem Gegner nutzten, indem sie Teil seiner Propagandastrategie wurden, lag es im höchsten Interesse der Staatssicherheit, weitere Fluchten, insbesondere spektakuläre, da medienwirksam nutzbare Fluchtversuche, mit allen Mitteln zu verhindern. Erich Mielke wies deshalb auf eben jener Sitzung an:

Auch jede einzelne Fahnenflucht muss genau untersucht werden, und die Mitarbeiter des Ministeriums müssen an die Untersuchung so herangehen, als sei ihre Arbeit das Entscheidende und als würden sie die Verantwortung für das gesamte Ministerium tragen. Jede Fahnenflucht schwächt die Autorität der DDR und muss so behandelt und gesehen werden.<sup>137</sup>

Die Mitarbeiter der Staatssicherheit sammelten alle Informationen über Ursachen, Motive und Gründe, die zu Fahnenfluchten geführt haben sollen, und sie erarbeiteten Vorschläge, die zukünftig Fahnenfluchten, wenn nicht verhindern, so zumindest eindämmen helfen sollten.

#### 4.4 Motive für Fahnenfluchten aus Sicht der Staatssicherheit

Für Desertionen wurden in den Berichten durchweg äußere Ursachen angenommen. Weder die politischen Verhältnisse in der DDR noch die Dienstverhältnisse der Grenzpolizei wurden reflektiert oder hinterfragt.<sup>138</sup> Die Ursachen für Disziplinverstöße und nonkonformes Verhalten lagen zwar vorrangig im »sozialen Organismus« und dem »rigiden inneren Beziehungsgeflecht«, doch die Führung verkannte dies.<sup>139</sup> Zumeist wurde mangelndes politisches Bewusstsein des Geflüchteten zur Erklärung herangezogen, das es dem Gegner ermöglicht hätte, den Grenzer zu einer Fahnenflucht zu motivieren.<sup>140</sup> Im angesprochenen ersten ausführlichen ZAIG-Bericht über Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei hieß es dann auch zu den »Ursachen der Fahnenfluchten«, dass »Fälle, wo Angehörige der BP durch Westberliner Zivilpersonen und vereinzelt auch durch Stupos zur Fahnenflucht aufgefordert wurden, ständig zunehmen«.<sup>141</sup> Dem Bericht zufolge war dies im Gegensatz zu den ersten Tagen, als »die gegnerischen Kräfte in

---

<sup>137</sup> Protokoll der Kollegiumssitzung am 13.12. u. 20.12.1961; ebenda, Bl. 35.

<sup>138</sup> Sälter: Grenzpolizisten, S. 351.

<sup>139</sup> Diedrich: Gegen Aufrüstung, S. 172.

<sup>140</sup> Vgl. Sälter: Grenzpolizisten, S. 351 ff.

<sup>141</sup> [Einzel-Information] über erfolgte Fahnenfluchten aus der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen, 20.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 2. Online abrufbar unter [www.ddd-im-blick.de](http://www.ddd-im-blick.de). Zu Stupos vgl. Anm. 112.

der Hauptsache provokatorisch gegenüber den Angehörigen der bewaffneten Kräfte auftraten«, ein völlig neues »Vorgehen«. Unter »dem Deckmantel des loyalen Bürgers« versuche der Gegner durch »Anbieten von Geschenken und Anknüpfen ›harmloser‹ Gespräche [...] die Sicherungskräfte zu beeinflussen und zur Fahnenflucht aufzufordern«. <sup>142</sup> Im Rahmen von Ermittlungen zu einer verhinderten Flucht konnte beispielsweise festgestellt werden, dass zwei wegen versuchter Fahnenflucht festgenommene Polizisten »während ihres Postendienstes [...] Kontakt zu einem Westberliner aufgenommen hatten, von diesem Zigaretten annahmen und die Zusicherung erhielten, nach ihrer Fahnenflucht Zivilkleidung von ihm zu erhalten«. <sup>143</sup> Im Falle einer gemeinsamen Fahnenflucht von vier zu Pionierarbeiten eingesetzten Unterwachtmeistern am 16. August hatten die Ermittlungen ergeben, dass die Geflohenen

mehrfach und wiederholt durch Angehörige des Westzolls und Westberliner Jugendliche provoziert und mit folgenden Äußerungen zur Fahnenflucht aufgefordert wurden: ›Schmeißt denen alles vor die Füße und kommt rüber, wir haben anständige Motorräder, Mopeds und Autos. Ihr müsst hier einen Zaun ziehen und seid doch eigentlich auch dagegen.‹  
›Ihr Hungerleider, kommt rüber, hier bekommt ihr etwas zu fressen, lasst alles offen und baut keinen Zaun, kommt rüber, hier bekommt ihr Wodka.« <sup>144</sup>

Darüber hinaus hätten »einige der Fahnenflüchtigen bereits vor ihrem Einsatz in Berlin keine klare und gefestigte politische Haltung« gezeigt und noch während des »Transportes nach Berlin Fahnenfluchtabsichten geäußert«. <sup>145</sup> Solche Bekundungen konnten unmittelbar Konsequenzen nach sich ziehen. Ein Bereitschaftspolizist, der auf der Fahrt von Karl-Marx-Stadt nach Berlin davon sprach, dass er fliehen würde, wenn er an der Sektorengrenze eingesetzt werden sollte, wurde unverzüglich in Arrest genommen. Ebenfalls arrestiert wurde ein Anwärter, der seinem Gruppenführer gegenüber äußerte, »dass er das Postenstehen satt habe und deshalb flüchtig werden wolle«. <sup>146</sup> Dass insgesamt 18 Bereitschaftspolizisten bereits in der ersten Woche wegen »versuchter Fahnenflucht« festgenommen wurden <sup>147</sup>, zeigt

---

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> Ebenda.

<sup>144</sup> Ebenda, Bl. 3.

<sup>145</sup> Ebenda, Bl. 3 f.

<sup>146</sup> [Bericht] über die gegenwärtige Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR, 17.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

<sup>147</sup> Vgl. [Einzel-Information] über erfolgte Fahnenfluchten aus der Bereitschaftspo-

wie angespannt die Lage in den ersten Tagen nach der Grenzschießung war und wie sensibel die Vorgesetzten auf mögliche *Anzeichen* reagierten. In anderen Fällen scheinen solche Äußerungen aber auch ohne langfristige Konsequenzen geblieben zu sein. So hatte ein Oberwachtmeister bereits Mitte 1960 Absichten zur Fahnenflucht geäußert und war deshalb zu individuellen Aussprachen befohlen worden. Doch daraus war ihm offensichtlich kein Nachteil entstanden. In seinen Personalunterlagen fand sich kein Hinweis über seine »damalige Absicht« und er wurde auch für den Einsatz nach Berlin beordert. Die ZAIG kam deshalb zu dem Ergebnis, dass der nach dem 13. August geflohene Oberwachtmeister seine Absicht zu fliehen in den individuell geführten Aussprachen nur »formell« aufgegeben hatte.

Für die Staatssicherheit lagen die Gründe für Fahnenfluchten demnach – dies betraf die erste Woche nach Abriegelung der Grenze – entweder in einer vorgefassten Fluchtabsicht des Deserteurs oder in einer unzureichenden politisch-moralischen Festigkeit des Geflüchteten, die vom »Gegner« zur gezielten Beeinflussung ausgenutzt wurde. Die Grenzabriegelung oder auch die allgemeine politische Situation findet hingegen keine Erwähnung, vielmehr war es für die Stasi »offensichtlich, dass die fahnenflüchtig gewordenen Angehörigen der BP dieser systematischen ideologischen Zersetzungstätigkeit gegnerischer Elemente erlegen sind«. <sup>148</sup>

---

lizei und deren Ursachen, 20.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 2. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

<sup>148</sup> Ebenda, Bl. 3.

## 5. Gegenmaßnahmen

Aus den oben genannten Erkenntnissen leitete man Maßnahmen zur »Einschränkung und Verhinderung der Fahnenfluchten« ab. Es ist bezeichnend, dass die Staatssicherheit in dieser Lage von »einschränken« und nicht ausschließlich von »verhindern« spricht. Offensichtlich waren die Berichtenden von der Unzuverlässigkeit der Grenzer mehr als überrascht. Angesichts solch hoher Desertionszahlen war eine völlige Verhinderung augenscheinlich nicht zu bewerkstelligen. Im Prinzip wurden drei Maßnahmenkomplexe erarbeitet: erstens eine bessere Auswahl des Personals und der Einheiten, zweitens eine verbesserte Erziehung und Disziplinierung und schließlich drittens verstärkte Überwachung. Dies entsprach dem Grundprinzip der Personalführung in den Grenzeinheiten: »unhinterfragbarer Gehorsam verbunden mit intensivster multipler Überwachung«.<sup>149</sup>

Konkret sahen die vorgeschlagenen Maßnahmen in erster Linie »eine bessere, den Aufgaben entsprechende Auswahl der einzusetzenden Einheiten« vor, wobei nur solche Einheiten zum Einsatz gebracht werden sollten, die »bereits längere Zeit als geschlossenes Kollektiv im Bereitschaftsdienst stehen und über die politisch-moralische Einheit [sic!] zur Lösung der gestellten Aufgaben verfügen«.<sup>150</sup> Dies bedeute nichts anderes, als dass nur Einheiten eingesetzt werden sollten, in denen die internen Überwachungs- und Disziplinierungsmechanismen funktionierten. Die politische Zuverlässigkeit einer Einheit bemaß sich nämlich nicht zuletzt an der quantitativen Entwicklung von Desertionen. Die Anzahl der Fahnenfluchten in einer Einheit hatte dafür oftmals größere Bedeutung als das Verhältnis der erfolgreichen zu den verhinderten Republikfluchten.<sup>151</sup> Der Bericht führte weiter aus, dass die »politisch-moralische Erziehungsarbeit im Allgemeinen und besonders die individuelle Arbeit« mit den Bereitschaftspolizisten an die »derzeitigen speziellen Sicherungsaufgaben« angepasst und verbessert werden müsse. Im Zuge dessen sollten alle »schwankenden und unzuverlässigen Angehörigen [...] unverzüglich aus den Sicherungskommandos herausgelöst und durch zuverlässige Kräfte ersetzt werden«.

Ein anderes drängendes Problem sah man darin, dass viele Bereitschaftspolizisten noch keine Verpflichtungserklärung abgegeben hatten und/oder

---

<sup>149</sup> Sälter: Grenzpolizisten, S. 357.

<sup>150</sup> Vgl. [Einzel-Information] über erfolgte Fahnenfluchten aus der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen, 20.8.1961; BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 8. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

<sup>151</sup> Vgl. Sälter: Grenzpolizisten, S. 352.

noch nicht vereidigt waren. Dies sollte, um die Kampfmoral und Disziplin zu stärken, »schnellstens unter den erhöhten Kampfbedingungen in Berlin nachgeholt [...] werden«. <sup>152</sup> Es blieb dabei: Anhand vermeintlich objektiver Kriterien glaubte man erkennen zu können, ob bei einem Grenzer Fluchtfahr bestand oder nicht. Die Grenzschießung selbst und die nachfolgenden politischen Maßnahmen als Auslöser für das Ansteigen der Desertionen in Betracht zu ziehen, kam den mit der Analyse befassten MfS-Offizieren entweder nicht in den Sinn oder aber durfte so nicht formuliert werden. Vielmehr rückte das gegenwärtige Kontrollsystem in den Fokus und wurde als unzureichend erklärt. Nach einer intensiven Überprüfung sollte es überall dort, wo Lücken aufgetreten waren, verändert oder besser verstärkt werden. Zu diesem Zweck sollte eine konkrete Ordnung geplant und eine Nachweissführung über den gesamten Einsatz und Dienstablauf aller eingesetzten Kräfte geführt werden.

In den Grenzeinheiten existierte hierzu ein Instrument der wechselseitigen Kontrolle: das Postenpaar. <sup>153</sup> Ein Postenpaar bestand aus mindestens zwei Soldaten, wobei es einen Postenführer und einen normalen Posten gab. Trotz dieser Hierarchie konnten beide Posten im Falle unerwünschter oder illegaler Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Zusammenstellung der Posten sollte im Idealfall so häufig wie möglich wechseln, um keine auf persönlichem Vertrauen basierenden Bindungen zu fördern. So durften auch keine Posten gemeinsam Dienst tun, die sich bereits aus ihren Heimorten kannten. Die Wirkung gegenseitiger Kontrolle entfaltete sich hierbei auch ohne das Einverständnis der jeweils Beteiligten. Denn keiner der beiden konnte wissen, ob der Postenpartner während des Dienstes zu desertieren versuchen würde und ob in einem solchen Fall in letzter Konsequenz geschossen werden müsste. Im Fall eigener Fluchtpläne konnte man die Reaktion des Kameraden ebenfalls nicht erraten. Dass das System der Postenpaare jedoch keine flächendeckende Gewähr für die Verhinderung von Desertionen bot, zeigte sich nach dem Mauerbau relativ schnell. »Fast ausnahmslos«, musste die Staatssicherheit feststellen, »wurde von den Deserteuren eine Trennung der Posten zur Fahnenflucht ausgenutzt. Entgegen den bestehenden Befehlen gelang es den Fahnenflüchtigen, sich durch bestimmte Situationen oder unter Vorwänden von den anderen Posten zu trennen und zu flüchten.« <sup>154</sup> Doch nicht nur die Trennung eines Posten-

---

<sup>152</sup> Ebenda.

<sup>153</sup> Vgl. Sälter: Grenzpolizisten, S. 212 ff.

<sup>154</sup> Bericht über die Entwicklung der Republikflucht und des Menschenhandels nach Einleitung der Sicherungsmaßnahmen v. 13.8.61–31.12.61, 12.2.1962; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 545, Bl. 19.

paares wurde ausgenutzt, auch die gemeinsame Desertion war nicht selten. Zwei Unterwachtmeister nutzten am 22. August die Gelegenheit zur Flucht, als ein dritter Posten zur Meldung den Postenbereich verlassen hatte. Sie benutzten einen Zaun als Leiter und überwandten in einem unbeobachteten Moment eine vier Meter hohe Mauer.<sup>155</sup> Die militärische Führung reagierte im Jahr 1962 auf die offensichtlichen Mängel und entwickelte ein neues System. Die sogenannte Postenvorplanung sah eine Zusammensetzung der Postenpaare nach komplexen Kriterien politischer Zuverlässigkeit und bestehender Vertrauensverhältnisse vor.<sup>156</sup> Dieses neue System wurde bei der 1. Grenzbrigade, also an den innerstädtischen Grenzen in Berlin erprobt, aber erst 1972 flächendeckend auf die Grenztruppen ausgeweitet.

Im Falle kurzfristiger Aufgaben im Rahmen der Grenzschließung musste für die Bewachung der eingesetzten Kräfte sichergestellt werden, dass die Einheiten »einer zentralen Kommando-Gewalt unterstellt werden, um eine ständige Kontrolle über den Einsatz zu gewährleisten«. Hinzu kam, dass auch die Dienstaufsicht »bei allen pionier- und kontrollmäßigen Arbeiten an der Grenze [...] verstärkt« wurde.<sup>157</sup> Davon versprach man sich, dass solche Desertionen, wie in der ersten Woche geschehen, nicht mehr auftraten. In einem Fall hatten sich beispielsweise vier Angehörige einer SMG-Kompanie aus dem Sichtfeld ihres Kompaniechefs entfernt, als sie zu Pionierarbeiten direkt im Grenzbereich eingesetzt waren, und desertierten, nachdem sie »durch Westberliner beeinflusst« wurden. Kam es trotz der verstärkten Maßnahmen auch weiterhin zu Desertion, dann sollten die Kommandeure und Politorgane »in Auswertung der Ursachen und Zusammenhänge von Fahnenfluchten sorgfältig die Situation in ihren Einheiten analysieren und alle für Desertionen ausnutzbaren Erscheinungen beseitigen«.<sup>158</sup>

Folgendes Fallbeispiel aus dem Oktober 1961 soll aufzeigen, wie sich eine Desertion konkret vollziehen konnte und welche Konsequenzen sich daraus für die betroffene Einheit ergaben.

---

<sup>155</sup> Vgl. ausführliche Berichte, Einschätzungen und Ermittlungen zu dieser Desertion in: BArch DO1-20.0-635 T2.

<sup>156</sup> Vgl. ausführlich Maurer, Jochen: Das System der »Postenvorplanung« im Grenzdienst. Zur Bewachung der Grenze der DDR. In: Tagung: Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz. Bonn 2009, S. 81–86.

<sup>157</sup> [Einzel-Information] über erfolgte Fahnenfluchten aus der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen, 20.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 8. Online abrufbar unter [www.ddd-im-blick.de](http://www.ddd-im-blick.de).

<sup>158</sup> Vgl. ebenda.

## 5.1 Fallbeispiel: Grenzdurchbruch am 28. Oktober 1961

Ende Oktober wagten zwei Bereitschaftspolizisten die Flucht nach Westberlin. Sie flohen jedoch nicht, wie so viele andere, direkt aus ihrem Postendienst, sondern hatten ihre Flucht mehr oder minder geplant und desertierten während ihrer Freizeit. Die beiden Wachtmeister L. und K. waren im Rahmen des pioniertechischen Ausbaus der Grenzanlagen nach Berlin versetzt worden. Am Abend vor ihrer Flucht fand in einem nahe gelegenen Kulturhaus ein Kompanievergnügen statt, zu dem unter anderem auch Besucherinnen eingeladen waren. Zwischen 1.45 und 2.15 Uhr kehrte die Kompanie in ihren Standort zurück und den Soldaten wurde Nachtruhe befohlen. Etwa gegen 4.00 Uhr morgens führte ein Oberleutnant eine Nachtkontrolle durch und musste das Fehlen der Wachtmeister L. und K. feststellen.<sup>159</sup>

Die beiden fahnenflüchtigen Wachtmeister waren gegen 3.00 Uhr aus einer Turnhalle geschlichen, in der die Kompanie während des Einsatzes in Berlin untergebracht war. Danach begaben sie sich zum privaten Kraftfahrzeug K.'s, das auf dem Gelände geparkt war. Ohne größere Probleme konnten beide in dem Wagen die Objektwache passieren und Richtung Stadt fahren. Nachdem die Abwesenheit der beiden festgestellt wurde, suchten einige Polizisten das gesamte Gelände rund um die Unterkunft ab. Hierbei wurde festgestellt, dass K.'s Fahrzeug fehlte. Daraufhin wurde die Fahndung auf Berlin ausgedehnt, konkret in Richtung Frankfurter Tor, da hier eine junge Frau wohnen sollte, die er auf dem vorabendlichen Kompanievergnügen kennengelernt hatte. Und auch in Richtung Friedrichstraße und Brandenburger Tor wurden »Genossen [...] zur Suche eingesetzt«. Diese blieb aber ohne Erfolg.

K. und L. hatten unterdessen einen Bereich der Grenze erreicht, der ihnen aufgrund ihres Einsatzes vertraut war. Sie parkten den Wagen in der Nähe, betraten ein direkt an der Grenze gelegenes Grundstück und »bewegten sich [...] kriechend bis zur Durchbruchstelle«. <sup>160</sup> Dieser Grenzabschnitt war durch einen Drahtzaun gesichert, der für die beiden jedoch kein Hindernis darstellte, denn sie hatten eine Drahtschere dabei, mit der sie die unteren vier Drähte der Grenzsicherungsanlage zerschnitten. Obwohl rechts und links neben den beiden »Grenzbrechern« Polizisten postiert waren, wurden sie nicht bemerkt. Erst um 6.20 Uhr, also etwa ein bis zwei Stunden nach dem eigentlichen Grenzdurchbruch, wurde der zerschnittene Drahtzaun

---

<sup>159</sup> Vgl. Ermittlungsbericht zur Desertion [sic!] der ehemaligen Wm. K., L., 29.10.1961; BArch DO 1 -20.0-635 T2.

<sup>160</sup> Abschlussbericht des Diensthabenden Stellvertreters zum Grenzdurchbruch am 29.10.1961 zwischen 4.00 und 5.00 Uhr, 29.10.1961; ebenda.

von einer Ablösung entdeckt und umgehend Alarm ausgelöst. Infolge der eingeleiteten Suche wurde nun auch das geparkte Fahrzeug gefunden und eine »Untersuchungskommission«, bestehend aus einem Oberstleutnant und zwei Hauptleuten, nahm die Ermittlungen auf.

Die Frage »Wodurch wurde die Gruppendesertion begünstigt?« wurde von der Kommission wie folgt beantwortet. Erstens hätte man sich bei K. durch die vielen Belobigungen täuschen lassen und verkannt, dass er Westverwandtschaft hatte. Dass bei der Postkontrolle die Kontakte K.'s zu seinem »republikflüchtig« gewordenen Bruder nicht festgestellt wurden, beweise, »dass in der Geschäftsstelle sträflich gegen die Wachsamkeit verstoßen wurde«. Zweitens habe es »keine straffe militärische Ordnung« in der Unterbringung gegeben, sodass »Fahrzeuge ein- und ausfahren können, ohne kontrolliert zu werden«. Drittens mache es die »Befestigung des Grenzabschnitts (Drahhindernis auf einem Pfahl)« erforderlich, dass Posten besonders wachsam seien. In diesem Falle aber hatten die eingesetzten Posten »ein Kofferradio (Sternchen) bei sich, wodurch die Dienstdurchführung besonders beeinträchtigt wurde«. Viertens hatten schließlich die verantwortlichen Offiziere »einen taktisch falschen Entschluss gefasst«. Sie hätten erst ihren zugewiesenen Grenzabschnitt besetzen müssen, bevor sie die Fahndung und Suche einleiteten.<sup>161</sup> Aus diesen vier Ergebnissen zog die Untersuchungskommission Schlussfolgerungen, um zukünftig Desertionen zu verhindern. Von diesem Zeitpunkt an hatte ein eigens dafür abgestellter Diensthabender nach 22.00 Uhr »stündlich Vollzähligkeitskontrollen durchzuführen« und ein »Verlassen der Turnhalle nicht zuzulassen«. In Zukunft sollten alle Fahrzeugpapiere und -schlüssel nach dem Abstellen abgegeben werden. Die Fahrzeuge der Kompanie durften nur noch in Begleitung eines Offiziers oder des jeweiligen Innendienstleiters die Wache passieren und die Nummern der Fahrzeuge wurden von der Wache registriert. Der Ausgang der Polizisten durfte nur in Gruppen stattfinden. Die folgenden beiden Punkte sind formaler Bestandteil jedes Berichts: Demnach sollte der Dienst täglich ausgewertet werden und die Parteiorganisation sei für eine »verstärkte ideologische Arbeit [...] voll verantwortlich«. Schließlich sollten die Gruppen- und Zugführer ihre Genossen besser kennenlernen, da »es sich bei den Einheiten um zusammengestellte Einheiten für den Berlin-Einsatz handelt«.<sup>162</sup>

Das vorliegende Fallbeispiel war hinsichtlich der Durchführung der Flucht außergewöhnlich für die Zeit nach der Grenzschießung. Die beiden deser-

---

<sup>161</sup> Ermittlungsbericht der Untersuchungskommission zur Dessertion [sic!] der Wm. K., L., 29.10.1961; ebenda. »Sternchen« war der Markenname eines Transistorradios des VEB Sternradio Sonneberg.

<sup>162</sup> Ebenda.

tierten Wachtmeister gehörten zu den wenigen Fällen von Fahnenfluchten, die außerhalb der Dienstzeit stattfanden. Sie hatten ihre Flucht ganz klar geplant und ein Kompanievergnügen, auf dem ihre Kameraden dem Alkohol nicht abgeneigt gewesen sein dürften, zum Ausgangspunkt ihrer Flucht gemacht. Darüber hinaus kannten sie die Stellen im Sperrsystem, wo eine Flucht mit wenigen Hilfsmitteln und unentdeckt möglich war. In diesem konkreten Fall konnte nicht darauf verwiesen werden, dass das Kontrollsystem funktionierte und die Flucht spontan aus dem Postdienst und ohne vorhergehende Planungen geschah. Eine Untersuchungskommission musste in dieser Situation konkrete Missstände finden und beheben. Dadurch hatte die Fahnenflucht unmittelbare Auswirkungen auf die betroffene Einheit. Die Folge war in den meisten Fällen, wie auch hier, eine verstärkte Überwachung: Gewissenhaftere Postkontrollen, noch mehr Zählappelle und eine restriktivere Handhabung des Ausgangs sollten zukünftig Desertionen verhindern. Nach einer Fahnenflucht wurden nicht primär die individuellen Motive des Flüchtigen betrachtet, sondern die Ursachen bei der Einheit und deren Führungspersonal gesucht. Man ging davon aus, dass durch eine den Ideal-Vorstellungen der Führung entsprechende Disziplinierung und Überwachung Desertionen wirkungsvoll verhindert werden könnten. Dass aber gerade im Überwachungsdruck ein Grund für eine Desertion liegen konnte, kam hier keinem Offizier in den Sinn oder aber durfte nicht offen ausgesprochen werden.<sup>163</sup>

L. und K. waren zum Zeitpunkt ihrer Flucht seit etwa zwei Jahren in der Bereitschaftspolizei und während ihrer gesamten Dienstzeit mehrfach für »ausgezeichnete Dienstdurchführung« und ausgezeichnete Leistungen in der Kulturarbeit, im Wachdienst oder Ähnlichem geehrt worden. Hierfür hatten sie Prämien oder Sonderurlaub erhalten, Strafen wurden bis zu ihrer Flucht nicht ausgesprochen.<sup>164</sup> L. und K. waren der sozialen Herkunft nach Arbeiter, damals 19 und 20 Jahre alt und Mitglieder der FDJ. Die beiden geflohenen Polizisten zeigen mithin exemplarisch, dass auch Soldaten und Polizisten desertierten, die nach den gängigen Kriterien als vertrauenswürdig und loyal eingestuft wurden. Die Kriterien boten also keine unmittelbare Gewähr für Zuverlässigkeit.

---

<sup>163</sup> Vgl. hierzu auch Sälter: Grenzpolizisten, S. 356.

<sup>164</sup> Vgl. Auszüge aus den BB-Karteien der Wm. K. und L., jeweils 29.10.1961; BArch DO 1-20.0-635 T2. In den BB-Karteien waren die Belobigungen und Bestrafungen verzeichnet.

## 5.2 Schießbefehl

Drei Tage nach Abriegelung der Sektorengrenzen fand vor dem Schöneberger Rathaus eine Kundgebung statt, zu der sich etwa 300 000 Menschen einfanden. Viele Großbetriebe und Institutionen des öffentlichen Dienstes hatten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme ermöglicht und der Regierende Bürgermeister Willy Brandt hielt eine Rede. Mit Blick auf das Grenzregime in Ostberlin sagte er: »[...] an alle Funktionäre des Zonenregimes, an alle Offiziere und Mannschaften [...]: Lasst euch nicht zu Lumpen machen! Zeigt menschliches Verhalten, wo immer es möglich ist, und vor allem, schießt vor allem nicht auf eure eigenen Landsleute!«<sup>165</sup> Nur wenige Tage nach diesen Worten Brandts forderte Walter Ulbricht auf einer Sitzung des Politbüros mit Bezug auf die Rede:

Aufgrund der verleumderischen Reden Brandts, dass die Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei bei Provokationen an der Grenze von der Schusswaffe keinen Gebrauch machen, hat der Genosse Norden [...] zu veranlassen, dass durch Gruppen, Züge oder Kompanien schriftliche Erklärungen abgegeben werden, die beinhalten, dass sie voll verstanden haben, um was es geht, und dass jeder, der die Gesetze unserer Deutschen Demokratischen Republik verletzt – auch wenn erforderlich – durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird.<sup>166</sup>

Zwei Tage nach dieser Forderung Ulbrichts trafen die ersten Todesschüsse an der Berliner Grenze den 24-jährigen Günter Litfin.<sup>167</sup> Zwar handelte es sich bei den oben zitierten Ausführungen Ulbrichts *faktisch* um einen Schießbefehl,<sup>168</sup> bis in den August 1961 aber galten für die in Berlin eingesetzten Kräfte formal noch die Schusswaffenbestimmungen des Befehls 39/60 des Ministers des Innern vom 28. Juni 1960. Danach durfte die Waffe eingesetzt werden:

---

<sup>165</sup> Rede Willy Brandts v. 16.8.1961, zit. nach: [https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Rede\\_Brandt\\_Mauerbau\\_1961.pdf](https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Rede_Brandt_Mauerbau_1961.pdf) (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>166</sup> Protokoll 45/61 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 22.8.1961; BArch DY 30/J IV 2/2/787, Bl. 1 ff., Anlage Nr. 1, Punkt 4, online unter: <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593839/page/27> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>167</sup> Zum Fall Günter Litfin siehe u. a.: Eisenfeld; Engelmann: Mauerbau, S. 95 ff.; <https://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/171441/litfin-guenter> (letzter Abruf: 16.12.2021); Litfin, Jürgen: Tod durch fremde Hand. Das erste Maueropfer in Berlin und die Geschichte einer Familie. Husum 2007.

<sup>168</sup> So etwa bei Edgar Wolfrum, der schreibt: »Den faktischen Schießbefehl für die DDR-Grenzeinheiten [...] beschloss das SED-Politbüro neun Tage nach dem Beginn des Mauerbaus.« In: Ders.: Die Mauer. München 2009, S. 18.

- a) Zur Gewährleistung der Unantastbarkeit der Grenzen [...] bei bewaffneten Angriffen und Überfällen [...].
- b) Bei der Festnahme von Spionen, Saboteuren, Provokateuren und anderen Verbrechern, wenn sie der Festnahme bewaffneten Widerstand entgegensetzen oder die Flucht ergreifen und keine Möglichkeit besteht, die Festnahme durch eine andere qualifizierte Maßnahme herbeizuführen.<sup>169</sup>

Diese Bestimmungen legten fest, dass ein Grenzer zur Festnahme von Flüchtlingen die Schusswaffe anwenden durfte, wenn keine andere Möglichkeit zur Festnahme auf dem Staatsgebiet der DDR mehr bestand. Eine Anwendung war aber noch nicht verpflichtend.<sup>170</sup> Der Innenminister Maron sah sich in der angespannten Situation im August 1961 sogar veranlasst, eine »Erste Ergänzung zum Befehl« zu erlassen. Er bestärkte in dieser Ergänzung, dass die »im Befehl des Ministers 39/60 festgelegten Bestimmungen [...] unter allen Umständen einzuhalten« sind. Die Schusswaffe sollte nur dann zur Anwendung kommen, wenn »alle anderen Möglichkeiten zur Erreichung des Erfolges ausgenutzt worden sind«. Sollte »im äußersten Falle die Schusswaffe angewandt werden«, dann durfte »auf keinen Fall in Richtung Westberlin geschossen werden«. Darüber hinaus war die Anwendung der Schusswaffe gegen »Angehörige der westlichen Besatzungsmächte [...] unter keinen Umständen« erlaubt.<sup>171</sup>

Bestätigt wird dies auch in einigen im RIAS gesendeten Interviews. Der am 15. August desertierte Schumann gab zum Schusswaffengebrauch befragt an, »dass die eingesetzten Kräfte an der Sektoren- und Zonengrenze ausdrücklichen Befehl haben, keinen Gebrauch von der Schusswaffe zu machen«.<sup>172</sup> Und ganz ähnlich antwortete ein am 17. August geflohener Volkspolizist: »Es durfte nur geschossen werden, wenn von *oben* Anweisung kam oder wenn wir angegriffen werden und unser Leben verteidigen sollten, dann hätten wir schießen dürfen, ohne dass wir einen Befehl abwarten tun, ansonsten war Schießbefehl verboten.«<sup>173</sup>

---

<sup>169</sup> Befehl 39/60 MdI v. 28.6.1960, zit. nach: Sälter: Grenzpolizisten, S. 166.

<sup>170</sup> Vgl. ebenda.

<sup>171</sup> Erste Ergänzung zum Befehl 39/60 des Ministers des Innern. In: Koop: »Den Gegner vernichten«, S. 489, ohne Quellennachweis, Hervorhebung in Vorlage; vgl. zum Schießbefehl der Grenztruppen: Sälter: Grenzpolizisten, S. 162 ff., für die Zeit des Mauerbaus S. 167 ff.

<sup>172</sup> Bericht des DDR-Bereitschaftspolizisten Conrad Schumann über seine Flucht nach Westberlin am 15. August 1961, Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten Berlin, <https://www.chronik-der-mauer.de/material/180618/bericht-des-ddr-bereitschaftspolizisten-conrad-schumann-ueber-seine-flucht-nach-west-berlin-am-15-august-1961-16-august-1961> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>173</sup> Das Interview im Audioformat unter: [https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/\\_year1961/?year=1961&date=17.08.1961#anchornid181601](https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/_year1961/?year=1961&date=17.08.1961#anchornid181601) [RIAS:

Wenige Tage später hörten sich die Aussagen schon anders an. Offensichtlich hatte die Führung beschlossen, vehementer gegen Deserteure vorzugehen. So war ein Reporter des RIAS gerade in jener Sekunde zur Stelle, als ein junger Bereitschaftspolizist am 25. August in einen der westlichen Sektoren floh. Hörbar mitgenommen und außer Atem antwortete der Deserteur auf die Frage nach einem Schießbefehl: »Schießbefehl haben wir keinen, außer, dass wenn es Deserteure sind. Praktisch wie wir. Uns können sie abschießen.«<sup>174</sup> Ein am 26. August geflüchteter Volkspolizist bestätigte diese Aussage am 31. August, ebenfalls in einem Interview mit dem RIAS, wie folgt: »Ja, wir hatten Schießbefehl. *Nur dann*, also wenn einer von VP [...] fahnenflüchtig wird, von VP-Angehörigen oder sonst irgendwie oder [...] man kann sich [mit] seinen Mitteln nicht mehr wehren.«<sup>175</sup>

Der hier benannte Schießbefehl ist aus den schriftlichen Quellen nicht zu rekonstruieren. Doch die Regeln des Einsatzes der Schusswaffe waren von jeher »undurchsichtig«. Ein regelrechtes »Geflecht inoffizieller Anweisungen« bildete die Normen der Schusswaffenanwendungen gegen Flüchtlinge, Grenzverletzer und eben auch Deserteure.<sup>176</sup>

Nach dem Mauerbau lässt sich eine verpflichtende Anordnung zur Anwendung der Schusswaffe erstmals am 20. September 1961 nachweisen. Erich Honecker ordnete in seiner Funktion als Chef des zentralen Stabes an: »Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der 100 m Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schussfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.«<sup>177</sup>

---

Gespräch mit mehreren geflüchteten Bereitschaftspolizisten (Quelle: Archiv Deutschlandradio, Sendung: Die Zeit im Funk, Reporter: Peter Herz)] (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>174</sup> Das Interview im Audioformat unter: [https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/\\_year1961/?year=1961&date=17.08.1961#anchornid181601](https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/_year1961/?year=1961&date=17.08.1961#anchornid181601) [RIAS-Interview mit einem geflüchteten Grenzpolizisten, 25. August 1961 (Quelle: Archiv Deutschlandradio, Sendung: Die Zeit im Funk, Reporter: Koch, Übernahme Radio Free Europe)] (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>175</sup> Das Interview im Audioformat unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/?page=3&mType=3&mFilter1=1961&mFilter2=8&show=10> [RIAS-Interview mit einem geflüchteten Volkspolizisten, 31. August 1961 (Quelle: Archiv Deutschlandradio, Sendung: Aktuelles am Wochenende, Reporter: Peter Herz)] (letzter Abruf: 16.12.2021), im Interview besonders *Betontes kursiv*.

<sup>176</sup> Vgl. ausführlich Sälter: Grenzpolizisten, S. 162 ff.

<sup>177</sup> Protokoll über die Lagebesprechung des zentralen Stabes der DDR für den Mauerbau, 20.9.1961. In: Filmer, Werner; Schwan, Heribert (Hg.): Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes. München 1991, S. 374–380, hier 379.

Diese Anordnung mündete in den Befehl 76/61 des Verteidigungsministeriums vom Oktober 1961. Fortan waren

die Wachen, Posten und Streifen der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee an der Staatsgrenze West und Küste verpflichtet, die Schusswaffe in folgenden Fällen anzuwenden, [...] – zur Festnahme von Personen, die sich den Anordnungen der Grenzposten nicht fügen, indem sie auf ›Halt – stehen bleiben – Grenzposten‹ oder nach Abgabe eines Warnschusses nicht stehen bleiben, sondern offensichtlich versuchen, die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu verletzen und keine andere Möglichkeit zur Festnahme besteht.<sup>178</sup>

Zwar wurden diese verpflichtenden Bestimmungen von den Berliner Grenzbrigaden, die noch immer dem Innenminister der DDR unterstanden, erst im März 1962 übernommen, doch Bereitschaftspolizisten in Berlin mussten bereits im August 1961 damit rechnen, wegen »Nichtanwendung der Waffe« zur Verantwortung gezogen zu werden. In einem Fall hatten Berliner Grenzer »die Möglichkeit des Zielschusses parallel zur Grenze« nicht wahrgenommen, als ein Lokführer von einer Lok sprang und in den Westen floh. Sie hatten zwar Warnschüsse abgegeben, aber nicht gezielt auf den Flüchtenden gefeuert und wurden deshalb disziplinarisch bestraft. Ein anderer Grenzpolizist musste zehn Tage in Arrest, da er nicht auf einen Flüchtling schoss, der sich bereits an der Drahtsperre befand.<sup>179</sup> Darüber hinaus sei auch erwähnt, dass die Kampfgruppen in den Tagen unmittelbar nach der Grenzsperrung offenbar eine abschreckende Rolle spielten.<sup>180</sup> Auf die Kampfgruppen angesprochen sagte ein geflüchteter Bereitschaftspolizist nämlich:

Kampftruppen [sic!], die sind noch gefährlicher wie wir, weil die praktisch darauf rechnen, dass ... Die stehen hinter uns, jetzt sind sie zwar abgezogen worden, aber damals war's noch nicht, da haben wir das Glück noch nicht gehabt abzuhauen, weil praktisch die Kampftruppen hinter uns standen, ne? Wenn jemand von uns abgehauen wäre, musste er damit rechnen, dass er eine Kugel in den Kopf kriegt.<sup>181</sup>

---

<sup>178</sup> Befehl 76/61 des MfNV, 6.10.1961, abgedruckt in: Koop: »Den Gegner vernichten«, S. 150–153, hier 151 (ohne Quellenangabe).

<sup>179</sup> Siehe: Sälter: Grenzpolizisten, S.201.

<sup>180</sup> Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ waren paramilitärische Verbände von Beschäftigten in Großbetrieben, LPG und staatlichen Verwaltungen. Sie wurden als Konsequenz aus dem 17. Juni 1953 seit der 15. Tagung des ZK der SED (24. – 26.7.1953) schrittweise aufgebaut. Vgl. Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.

<sup>181</sup> Das Interview im Audioformat unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/>

Offensichtlich wirkten die eingesetzten Kampfgruppen-Mitglieder abschreckend und wurden von den Bereitschaftspolizisten gefährlicher wahrgenommen als ihre Kameraden. Insgesamt kamen zeitweise bis zu 7 000 Kampfgruppenmitglieder zum Einsatz.<sup>182</sup> Nachdem diese am 23. August offiziell verabschiedet wurden, minimierte sich die Zahl auf deutlich unter 1 000. Parallel dazu stiegen die Desertionen aus der Bereitschaftspolizei auf ihren absoluten Höhepunkt.<sup>183</sup> Ob hier ein direkter Zusammenhang besteht, kann nicht zweifelsfrei geklärt werden. Doch schon einmal, genauer 1959, hatte der Leiter des Notaufnahmelaagers Uelzen steigende Desertionen von Grenzpolizisten auf die »Einführung eines allgemeinen Schießverbots« zurückgeführt.<sup>184</sup> Deshalb kann angenommen werden, dass fluchtwillige Grenzer mit dem Abzug der Kampfgruppen durchaus ihre Fluchtmöglichkeiten erfolgversprechender einschätzten und die buchstäblich gebotene Möglichkeit nutzten. So auf alle Fälle der oben erwähnte desertierte Grenzer am 25. August.

Die Legitimation des Schießbefehls sollte innerhalb der Grenztruppen vor allem durch eine zunehmende Stigmatisierung von Flüchtlingen und Deserteuren erreicht werden.<sup>185</sup> Der Kommandeur der in Berlin eingesetzten 5. Grenzbrigade formulierte beispielsweise am 22. August: »Grenzverletzer sind Agenten, Spione, Personen, die unsere Republik verraten wollen und andere verbrecherische Elemente.«<sup>186</sup> Dieser noch etwas hilflos anmutende Versuch verfestigte sich in der Folgezeit zu einem Stereotyp der Propaganda wie in nachstehendem Beispiel:

Ihr schießt nicht auf Bruder und Schwester, wenn ihr mit der Waffe den Grenzverletzer zum Halten bringt. Wie kann der euer Bruder sein, der die Republik verrät, der die Macht des Volkes verrät, der die Macht des Volkes auch nur antastet! Auch der ist nicht unser Bruder, der zum Feinde desertieren will. Mit Verrätern muss man sehr ernst sprechen. Verrätern gegenüber menschliche Gnade üben, heißt unmenschlich am ganzen Volk handeln. Und man muss in

---

chronik/\_year1961/?year=1961&date=17.08.1961#anchornid181601 [RIAS-Interview mit einem geflüchteten Grenzpolizisten, 25. August 1961 (Quelle: Archiv Deutschlandradio, Sendung: Die Zeit im Funk, Reporter: Koch, Übernahme Radio Free Europe)] (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>182</sup> Siehe zu eingesetzten Kräften während der Grenzschießung Statistik auf: <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593791/page/8> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>183</sup> Vgl. Grafik, S. 16.

<sup>184</sup> Vgl. Ackermann: Der »echte« Flüchtling, S. 201 ff.

<sup>185</sup> Vgl. Sälter: Fluchtverhinderung, S. 152–162.

<sup>186</sup> Befehl 004/61 des Kommandeurs der 5. Grenzbrigade, 22.8.1961; BArch-MA Pt 7202, Bl. 14–18, zit. nach: ebenda, S. 154.

dieser unserer Zeit an jener Stelle, an der wir stehen – nämlich an der Nahtstelle zwischen den beiden Welten, der Welt des Friedens und der Welt des Krieges – um des Friedens willen entschieden handeln.<sup>187</sup>

Nach dem derzeitigen Stand der Forschung ist kein Fall bekannt, in dem 1961 ein Deserteur bei dem Versuch zu flüchten erschossen wurde. Doch aus Listen der Hauptabteilung I, in denen jede Fahnenflucht registriert wurde, finden sich im Fall einer Desertion vom 29. September zwei Bemerkungen: »bei der Flucht angeschossen« und »lt. RIAS-Meldung erschossen«.<sup>188</sup> Unter Umständen könnte es sich hierbei um den ersten erschossenen Deserteur im geteilten Berlin handeln.

Weder die flächendeckende Überwachung durch inoffizielle Mitarbeiter oder mit Hilfe des Postenpaares noch der Schießbefehl konnte offenbar Bereitschaftspolizisten von einer Flucht abhalten; und auch die Sicherungsanlagen waren augenscheinlich kein wesentliches Hindernis für die jungen Männer im Grenzdienst. Welche Rolle also spielten die Grenzanlagen in den Überlegungen der Funktionäre, und wie wirkten sich die Sperrmaßnahmen auf die Desertionen aus?

### 5.3 Die Sperranlagen

Gerhard Sälter fasste die Sperranlagen in Berlin unter dem Begriff »Der unendliche Mauerbau« und verwies darauf, dass am 13. August 1961 der Mauerbau begann, »ohne dass überhaupt Mauern errichtet wurden«.<sup>189</sup> In den Befehlen für die jeweiligen Kräfte war am 13. August denn auch nichts von einer Mauer zu lesen. Vielmehr hatten die jeweiligen Organe an diesem Tag ganz andere Aufgaben zu erfüllen. So oblag es beispielsweise der Transportpolizei, den S- und U-Bahnverkehr aus der DDR und Ostberlin Richtung Westberlin unverzüglich einzustellen.<sup>190</sup> Mittels »Gleislücken« sollte

---

<sup>187</sup> Rede Albert Nordens am 30.9.1963. In: Volksarmee Nr. 41/63, zit. nach: Bergh, Hendrik van: *Deserteure. Fahnenflucht von und nach Deutschland*. Pfaffenhofen/Ilm 1971, S. 54.

<sup>188</sup> BArch, MfS, HA I, Nr. 16544, Bl. 68.

<sup>189</sup> Sälter, Gerhard: *Die Sperranlagen, Oder: Der unendliche Mauerbau*. In: Henke (Hg.): *Die Mauer*, S. 122–137, hier 122.

<sup>190</sup> Vgl. Befehl 003/61 des MdI über die Aufgaben der Transportpolizei zur verstärkten Grenzsicherung zwischen der DDR und Westberlin sowie Ostberlin und Westberlin, 12.8.1961; BArch-MA AZN 30885. In: Uhl, Matthias; Wagner, Armin (Hg.): *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation*.

der gesamte S-Bahnverkehr mit Ausnahme einer Strecke gekappt werden. Hierzu wurden Gleise entweder ganz und gar demontiert oder aber mittels Betonschwellen eine Weiterfahrt unmöglich gemacht. Die Sperrung von Bahnhöfen (U- und S- sowie Fernverkehrsbahnhöfen) zur »Verhinderung, dass Bürger der DDR [...] ohne Genehmigung nach Westberlin fahren«, komplettierte die Maßnahmen.<sup>191</sup>

Für die innerstädtischen Maßnahmen war die 1. Mot.-Brigade der Bereitschaftspolizei zuständig. Sie wurde dem Polizeipräsidenten der Volkspolizei Ostberlin unterstellt und von Einheiten der Bezirksschule der Volkspolizei sowie der MPS (Mittlere Polizeischule) Aschersleben unterstützt. Ihre Aufgabe bestand im Aufbau »einer in zwei Linien tief gestaffelten Sicherung«, deren Zwischenraum je nach örtlichen Verhältnissen 100 bis 150 Meter zu betragen hatte. Darüber hinaus sollten die hier bereits stationierten Sicherungskommandos herausgelöst und zur Verstärkung an den Kontrollpunkten eingesetzt werden. Die Kontrollpunkte waren bis auf wenige Ausnahmen zu schließen und pioniermäßig zu sperren. Die innerstädtische Grenzlinie wurde in drei Abschnitte (Nord, Mitte und Süd) unterteilt. Abschnittskommandeure koordinierten den Einsatz der Einheiten, die in insgesamt zehn Stützpunkten disloziert waren. Zu den Aufgaben der Polizisten gehörte eine verstärkte Posten- und Streifenfötigkeit an der Grenze, die Bildung von Reserven und der Einsatz von SPW-Kompanien an neuralgischen Einsatzorten sowie die Bildung beweglicher Reserven für Einsätze an variablen Schwerpunkten. Nebelmittel und Wasserwerfer standen in Reserve, um im Fall von Konfrontationen die Polizisten zu unterstützen.<sup>192</sup> Die Sperrung der 60 zu schließenden Kontrollpunkte sollte mit »beweglichen Drahtsperrn« erfolgen und drei Stunden nach Zeit »X«, also um 4.00 Uhr am Morgen des 13. Augusts, beendet sein. Der Grenzverlauf selbst sollte innerhalb der ersten 24 Stunden in den

---

München 2003, S. 111–116. Die Transportpolizei rückte vier Stunden zu spät zum Einsatz aus, das MfS übernahm die Aufgaben und stellte dies in der Berichterstattung auch deutlich heraus. Vgl. Information 413/61 v. 13.8.1961; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 350–352. Online abrufbar unter [ddr-im-blick.de](http://ddr-im-blick.de).

<sup>191</sup> Ebenda, S. 113; Vgl. zu den Maßnahmen u. a. Eisenfeld; Engelmann: Mauerbau, S. 47 ff.; Wagner, Armin: Stacheldrahtsicherheit. Die politische und militärische Planung und Durchführung des Mauerbaus 1961. In: Hertle, Hans-Hermann; Jarausch, Konrad H.; Kleßmann, Christoph (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen. Berlin 2002, S. 119–138; Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989. München 2009, S. 207 ff.

<sup>192</sup> Befehl des MdI über die Aufgaben des Präsidiums der Volkspolizei Berlin zur verstärkten Sicherung der Grenze zwischen Berlin-Ost und Berlin-West, 12.8.1961. In: Im Schatten der Mauer: Dokumente. 12. August bis 29. September 1961. Hg. v. Hartmut Mehls. Berlin 1990, S. 12–15.

Haupttrichtungen ausgebaut sein. Hierzu sollten auf einer Gesamtlänge von 9,6 Kilometern »Drahtsperrren auf zwei Pfählen« errichtet werden.<sup>193</sup>

Bereits am 15. August zeigte sich das Politbüro des Zentralkomitees der SED zufrieden mit den Maßnahmen zur »vorläufigen Sicherung der Grenzen nach Westberlin«, da diese »im Wesentlichen durchgeführt« waren.<sup>194</sup> Auch außenpolitisch schien sich die Situation zu Gunsten der SED zu entwickeln. Bereits am 14. August sah es so aus, als müsse die SED-Führung keine Konfrontation mit den Westalliierten befürchten. Die Staatssicherheit konnte der SED-Führung nur einen Tag nach den eingeleiteten Maßnahmen melden, dass sich Mitarbeiter des englischen Geheimdienstes dahingehend geäußert hätten, »dass man sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden müsse. Einen Krieg würden die Westmächte aufgrund der Maßnahmen der DDR keinesfalls riskieren«.<sup>195</sup> Offensichtlich bestärkt in ihrem Vorgehen erschien es dem ZK »erforderlich, schon jetzt einen Plan für den weiteren Ausbau der Grenzsicherung in der zweiten Etappe auszuarbeiten«.<sup>196</sup> Zeitgleich begann die Aufstellung erster Mauerelemente, die zumeist aus ein Meter hohen Betonplatten und Hohlblocksteinen bestanden.<sup>197</sup> In der Folgezeit wurden die »provisorischen« Sperranlagen weitgehend ausgebaut. Inwieweit es sich bei dem Ausbau der Grenzen aber tatsächlich um eine Mauer handelte, wird durchaus differenziert bewertet. Während Gerhard Sälter bereits im September 1961 die Grenze in Berlin als »mit Mauern bewehrt« sieht, stützt sich Leo Schmidt auf einen zeitgenössischen Bericht des Schriftstellers Hans Scholz, nach dem die »mit Mauer gesicherte Strecke [...] zum Jahresende 1961 nur knapp 10 Kilometer« betrug.<sup>198</sup> Letzterem zufolge war vor allem der südliche Innenstadtbereich bis zur Spree durch eine Mauer gesichert, die nördlich liegenden Bereiche hingegen mit Drahtsperrren.

Mit Blick auf die Verstärkungsmaßnahmen muss wohl Schmidt zugestimmt werden. So geht aus einer Lagebesprechung des Zentralen Stabes der DDR für den Mauerbau vom 20. September 1961 deutlich hervor, dass es erst

---

<sup>193</sup> Vgl. ebenda.

<sup>194</sup> Protokoll 44/61 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 15.8.1961, abgedruckt in: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 118–122.

<sup>195</sup> Zit. nach: Münkel, Daniela: »Eine Verkehrsbehinderung innerhalb Berlins«. In: Berliner Zeitung v. 13.8.2010.

<sup>196</sup> Protokoll 44/61 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 15.8.1961. In: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 118–122.

<sup>197</sup> Vgl. Eisenfeld; Engelmann: Mauerbau, S. 51; Sälter datiert den Beginn dieser Maßnahmen einen Tag früher, vgl. Ders.: Sperranlagen. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 123.

<sup>198</sup> Ebenda, S. 123; Schmidt, Leo: Architektur und Botschaft der »Mauer« 1961–89. In: Die Berliner Mauer, S. 54–69, hier 57.

geplant war »im Abschnitt der I. Abteilung (Nordabschnitt) und im Abschnitt der VI. Abteilung 18 bis 20 km Grenzmauer zu errichten«. <sup>199</sup> Der Bau einer durchgehenden Mauer war darüber hinaus keineswegs von vornherein als optimales Sperrmittel favorisiert worden. Vielmehr scheint die Errichtung von Mauerelementen eine Reaktion auf unerwartet viele Grenzdurchbrüche gewesen zu sein.

Erich Honecker bewertete auf dieser Sitzung vor dem Hintergrund von »216 Grenzdurchbrüchen mit insgesamt 417 Personen« die Pioniermaßnahmen als unzulänglich und forderte: »Alle Durchbruchversuche müssen unmöglich gemacht werden.« <sup>200</sup> Da täglich fünf bis sechs Durchbrüche registriert wurden und »gewaltsame Grenzdurchbrüche mit Kraftfahrzeugen eingetreten« seien, wurden umfangreiche »Pioniermaßnahmen zur Verstärkung der Sperren eingeleitet«. <sup>201</sup> Die zu vollziehenden Maßnahmen erstreckten sich vorrangig auf die Verhinderung von Durchbrüchen mittels Kraftfahrzeugen. Da der bestehende Zaun als nicht ausreichend angesehen wurde, sollten weitere Gräben gezogen, Straßen aufgerissen, Schwellen verlegt und Sandaufschüttungen vorgenommen werden. Eine Mauer als Sperrelement wurde als geeigneter Ersatz für »ein starkes Drahhindernis« in Betracht gezogen, da diese beim Aufbau weniger Zeit in Anspruch genommen hätte. <sup>202</sup>

Darüber hinaus besaß eine Mauer aber auch hohen propagandistischen Wert. <sup>203</sup> Sie bot »ein unmittelbar einleuchtendes, griffiges und eindeutiges Motiv – nicht zuletzt dank Sindermanns zynischer Namensgebung als »Antifaschistischer Schutzwall«. <sup>204</sup> Die in den ersten Wochen errichtete Mauer offenbarte ihren Sinn dann auch hauptsächlich als »Beeindruckungs- und Drohgebärde«. Denn ein wirkliches Hindernis bot sie nur an wenigen Stellen. Das dieser Mauer innewohnende Drohpotenzial war zugleich aber auch ein Grund für zunehmende Fahnenfluchten. Während lose Stacheldrahtrollen

---

<sup>199</sup> Protokoll über die Lagebesprechung des zentralen Stabes der DDR für den Mauerbau, 20.9.1961. In: Filmer; Schwan (Hg.): Opfer der Mauer, S. 374– 380, hier 376.

<sup>200</sup> Ebenda, S. 374.

<sup>201</sup> Ebenda, S. 375.

<sup>202</sup> Vgl. ebenda, S. 377. Leo Schmidt weist außerdem darauf hin, dass eine Mauer auch deutlich günstiger zu bewerkstelligen war als Stacheldrahtsperrren. Vgl. Ders.: Botschaft der »Mauer«, S. 58 ff.

<sup>203</sup> Zur propagandistischen Nutzung des Bauwerks Mauer auf beiden Seiten vgl. Demke, Elena: »Antifaschistischer Schutzwall« – »Ulbrichts KZ«. Kalter Krieg der Mauerbilder. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 96–110.

<sup>204</sup> Schmidt: Botschaft der »Mauer«, S. 59. Horst Sindermann, Jg. 1915, SED-Funktionär, 1954–63 Leiter der Abteilung Agitation beim ZK der SED.

und aufgerissenes Straßenpflaster den Eindruck einer zeitlich begrenzten Maßnahme vermittelten, die mit wenig Aufwand innerhalb kürzester Zeit aufgehoben werden konnte, offenbarte eine Mauer Endgültigkeit bzw. Unumkehrbarkeit. Es ist davon auszugehen, dass der Bau von Mauern Deserteure in ihrer Entscheidung zur Flucht beeinflusst hat. Die buchstäblich letzten Schlupflöcher sollten geschlossen werden, und wer in der Lage war, eine Mauer zu errichten, dem würden weitere Maßnahmen einfallen, um zukünftig Menschen daran zu hindern, das eigene Land zu verlassen. Nicht nur die massiv gestiegenen Fälle von Fahnenfluchten bestätigen diese Annahmen, sondern auch die bereits erwähnte Vielzahl von Grenzdurchbrüchen. Man kann demnach sehen, dass sich gerade in den ersten Wochen nach der Grenzschließung Fluchtwillige verstärkt auf den Weg nach Westen begaben, und dies trotz oder gerade wegen des Mauerbaus. Ein Absinken der Fluchtversuche machte sich erst mittelfristig bemerkbar. Zugleich boten die Grenzdurchbrüche dem Grenzregime die Möglichkeit, »Schwachstellen« im Grenzsystem zu erkennen und zu beseitigen.

Für die Grenze um Berlin stellte sich die Situation anders dar. Hier war beispielsweise Erich Mielke der Auffassung, man sollte »auf den Bau einer Mauer entlang der sogenannten grünen Grenze verzichten. Günstig ist die Drahtsperre, sie ist haltbarer und für die Bekämpfung von Grenzdurchbrüchen geeigneter.«<sup>205</sup> Auf den ersten Blick erscheint dies widersprüchlich, scheint es doch schwieriger eine Mauer zu überwinden als einen Drahtzaun, der zumeist unterkrochen und mit wenig Aufwand zerschnitten werden kann.<sup>206</sup> Doch genau an diesem Punkt offenbarte sich der tödliche Charakter der Grenze. Denn eine Mauer hätte die Umsetzung der gefassten Anordnung erschwert, in der es unter Punkt acht hieß:

Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der 100 m Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schussfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.<sup>207</sup>

---

<sup>205</sup> Protokoll über die Lagebesprechung des zentralen Stabes der DDR für den Mauerbau, 20.9.1961. In: Filmer; Schwan (Hg.): Opfer der Mauer, S. 374–380, hier 377.

<sup>206</sup> So gelang noch in der Nacht vom 28. auf den 29.10. zwei Oberwachtmeistern die Flucht. Sie hatten mit einer einfachen Drahtschere den Zaun durchtrennt und konnten unentdeckt hindurchkriechen. Siehe dazu das Fallbeispiel in Kapitel 5.1.

<sup>207</sup> Protokoll über die Lagebesprechung des zentralen Stabes der DDR für den Mauerbau, 20.9.1961. In: Filmer; Schwan (Hg.): Opfer der Mauer, S. 374–380, hier 379.

Damit war eine Weisung erteilt, die man als den ersten offiziellen Schießbefehl betrachten kann und die zeigte, dass in den Augen der Funktionäre nicht technische Hindernisse, sondern einzig bewaffnete und schussbereite Polizisten oder Soldaten Gewähr boten, Flüchtlinge an einer Flucht zu hindern. Diese Maßgabe ging einher mit der Annahme, dass aufgrund der »forcierten Verstärkung der pioniermäßigen Schließung der Staatsgrenze in Berlin [...] verbrecherische Elemente den Versuch unternehmen, die Staatsgrenze am Westring von Berlin zu durchbrechen«. <sup>208</sup> Dies bedeutete demnach, dass die Funktionäre davon ausgingen, dass Flüchtlinge demnächst verstärkt am Außenring um Berlin zu fliehen versuchen würden und deshalb müssten hier verstärkt freie Schussfelder geschaffen werden, um diese Fluchtversuche mit allen Mitteln zu unterbinden.

Am Ring um Berlin auf eine Mauer zu verzichten hatte aber auch ganz pragmatische Gründe. Während die Mauer hier auf normalen Erdböden hätte errichtet werden müssen, die wenig Halt versprachen, boten Straßen, Gehwege und sonstige verdichtete Böden im innerstädtischen Bereich ein relativ festes Fundament. Auch wenn selbst hier manchmal Teile der errichteten Mauer einstürzten, wie im März 1962, als Bereitschaftspolizisten Steine und Betonplatten abtransportieren mussten, die »beim Einsturz einer östlichen Sperrmauer in Reinickendorf [...] auf Westberliner Gebiet gefallen waren«. <sup>209</sup> Außerdem war die Mauer im Innenstadtbereich zwar nicht unüberwindbar, stellte aber ein erheblich schwieriger zu durchbrechendes Hindernis dar als eine Drahtsperrmauer. Dies verschaffte den eingesetzten Grenzern im Falle eines Fluchtversuchs mehr Zeit, um den möglichen Flüchtling zu stellen. Die Anwendung der Schusswaffe war zwar auch hier gestattet, doch die Verantwortlichen schärfen ihren Untergebenen ein, die Waffe in Berlin nur als allerletztes Mittel einzusetzen. Denn die innerstädtischen Grenzen und die diensttuenden Posten standen hier mehr als anderswo an der deutsch-deutschen Grenze im medialen Fokus der Öffentlichkeit. Der qualvolle Tod des angeschossenen Peter Fechter im sogenannten Todesstreifen am 17. August 1962 illustrierte dies auf dramatischste Art und Weise. <sup>210</sup> Die »Mauertoten«

---

<sup>208</sup> Ebenda.

<sup>209</sup> Tätigkeitsbericht der Westberliner Schutzpolizei für den Monat März 1962, Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten in Berlin, online unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/180446/taetigkeitsbericht-der-west-berliner-schutzpolizei-fuer-den-monat-maerz-1962> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>210</sup> Siehe zu Peter Fechter: Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch. Hg. v. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer. Berlin 2009, S. 101 ff.; Zur medialen Wirkung: Hamann: Fluchtbilder, S. 266 ff.

stellten die Propaganda des »antifaschistischen Schutzwalls« in ihren Grundfesten infrage. Denn hier wurde deutlich sichtbar, gegen wen sich die Mauer in Wirklichkeit richtete – gegen die eigene Bevölkerung.

Bereits im September 1961 hatte der Oberkommandierende der sowjetischen Truppen in Deutschland Marschall Konew einen Brief an den Minister für Verteidigung der DDR Armeegeneral Hoffmann geschrieben. In diesem formulierte er »Vorschläge und Wünsche« der Sowjetunion, die er von der DDR-Führung bei der »Verstärkung der Bewachung der Grenze [...] und zur Errichtung eines strengen Grenzregimes im Grenzstreifen« berücksichtigt wissen wollte. Er ordnete an, die »Maßnahmen zur Aussiedlung aus dem Grenzstreifen« und den pioniermäßigen sowie »technische[n] Ausbau der Grenze in erster Linie in den hauptsächlichen Grenzverletzungsrichtungen zu beginnen«.<sup>211</sup> Zu diesem Zweck sollten Drahtsperrren, Signalvorrichtungen, Beobachtungstürme und Patrouillenstreifen angelegt werden sowie Minenfelder mit scharfen Minen und Scheinminen zum Einsatz kommen. In den sogenannten »wichtigen Richtungen« sollten dem Schreiben zufolge »die scharfen Minen in zwei Reihen und die Scheinminen in einer Reihe« gelegt werden, in »Nebenrichtungen« sollte die Kombination aus zwei Reihen Scheinminen und einer Reihe scharfer Minen bestehen. Außerdem sollte in Ortschaften und in der Nähe von Ortschaften auf die Verlegung von Splitterminen verzichtet werden, da sie sich als »unzweckmäßig« erweisen würden, hier sollten überirdische Minen, sogenannte Holzkastenminen verlegt werden.

Offensichtlich hatten auch die sowjetischen Verantwortlichen die Entwicklung der Fahnenflucht aus den zur Grenzsicherung eingesetzten Kräften mit Sorge betrachtet. Marschall Konew forderte deshalb von der militärischen Führung der DDR:

Es sind Vorschläge zu prüfen und zu unterbreiten, die darauf gerichtet sind, Angehörige der Deutschen Grenzpolizei bei vorsätzlichem Übertritt in die Bundesrepublik schärfer zur Verantwortung zu ziehen, wobei derartige Übertritte nicht als Desertierung, sondern als Verrat der Deutschen Demokratischen Republik auszulegen sind. Bei einer positiven Lösung dieser Frage ist die Durchführung einer breiten Aufklärungsarbeit unter dem Personalbestand zu organisieren.<sup>212</sup>

Direkt daran anschließend forderte Konew auch eine Präzisierung der Dienstweisungen für die »Anwendung von Waffengewalt«. Offensichtlich sah

---

<sup>211</sup> BArch-MA Strausberg AZN 32595, Bl. 66–68; zur Zwangsaussiedlung aus dem Grenzgebiet siehe: Bennewitz, Inge; Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente. Berlin 1997.

<sup>212</sup> BArch-MA Strausberg AZN 32595, Bl. 66–68.

Konew die Verantwortlichkeit einiger Grenzsoldaten nicht gewährleistet. Denn die zu überarbeitenden Dienstanweisungen sollten sowohl die »Untätigkeit« von Grenzpolizisten »bei vorliegender Notwendigkeit« beseitigen helfen, zugleich aber auch »eine Überschreitung der ihnen [den Grenzpolizisten – Anm. d. Verf.] gewährten Rechte« verhüten. Dass die Grenze zu Westdeutschland ganz spezifischen Bedingungen unterlag, zeigt auch die Bemerkung Konews zum Schießbefehl, dass »die Ordnung für die Anwendung von Waffengewalt an der Westgrenze und der Grenze zu den sozialistischen Ländern sowie [...] am Ring um Großberlin abzugrenzen« notwendig sei. Doch auch hiermit konnte der Sicherheitsapparat nicht alle Fluchten verhindern.<sup>213</sup> Neben Tunneln und gefälschten Pässen bestand für einige junge Männer noch eine ganz andere Möglichkeit nach dem Mauerbau in den Westen zu fliehen, die sie auch nutzten. Sie meldeten sich zum Grenzdienst bei den bewaffneten Kräften der DDR.

#### 5.4 Die veränderte Situation – (un)eingeschränkter Zugriff auf Nachwuchs

Bereits 1952 hatte Walter Ulbricht die Soldatenwerbung zu einer der »vordringlichsten Aufgaben der Partei und der Freien Deutschen Jugend« erklärt.<sup>214</sup> In der Folge, genauer zwischen Frühjahr und Herbst 1952, etablierten sich die Strukturen der Soldatenwerbung und änderten sich bis zur Einführung der Wehrpflicht 1962 nicht mehr grundlegend. Die Werbung war so flächendeckend wie »sie nur in einer modernen Diktatur sein konnte«.<sup>215</sup> Einerseits waren die jeweiligen Verwaltungen der Sicherheitsorgane mit der Werbung von Soldaten und Polizisten beauftragt worden, andererseits waren die SED selbst sowie die Massenorganisationen, beispielsweise die FDJ<sup>216</sup> und die 1952 eigens gegründete Gesellschaft für Sport und Technik,

---

<sup>213</sup> Zu Fluchtwegen nach dem 13. August siehe ausführlich: Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005.

<sup>214</sup> Ausführungen auf der Konferenz der Ersten Kreissekretäre, 24.4.1952, zit. nach Wenzke: Kaderarmee, S. 261.

<sup>215</sup> Ross, Corey D.: »Wird der Frieden nicht an der Werkbank verteidigt?« In: Ehlert, Hans; Rogg, Matthias (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Berlin 2004, S. 439–547, hier 441.

<sup>216</sup> Zur Rolle der FDJ siehe Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961. Köln u. a. 2000, hierzu besonders S. 180 ff.

zuständig. Die Soldatenwerbung unter dem Organisationsmonopol der SED hatte zur Folge, dass es jungen Männern kaum möglich war, sich den Werbekampagnen zu entziehen.<sup>217</sup> Die wohl bedeutendsten Maßnahmen waren hierbei die sogenannten FDJ-Aufgebote, deren erstes noch 1952 aufgehoben werden sollte. Ziel war es, circa 37 000 Jugendliche für den Dienst in der Kasernierten Volkspolizei und der Grenzpolizei zu gewinnen.<sup>218</sup> Die Rekrutierungsmaßnahmen konnten aber, trotz teils massiven Drucks auf die jungen Männer, die Personalsorgen der bewaffneten Organe die gesamten 1950er-Jahre hindurch nicht lösen.<sup>219</sup>

## 5.5 »Das Vaterland ruft!«

Drei Tage nach Beginn der »Sicherungsmaßnahmen« organisierte die FDJ ein Aufgebot unter der Parole »Das Vaterland ruft! Schützt die Republik!«. Unmittelbar nach der Grenzschießung sollten nun all jene Männer im wehrfähigen Alter verpflichtet werden, die sich bis dahin verweigert hatten. Scheinbar ging die SED-Führung davon aus, dass die Grenzschießung den gewünschten Erfolg sichern würde. Für den Fall von Verweigerung, Protest und Widerstand hatte die SED bereits alle Mittel konzentriert und war bereit, hart durchzugreifen. Das FDJ-Aufgebot und der ausgeübte Druck auf die jungen Männer, den Dienst an der Waffe zu leisten, lösten verbreitet Widerstände aus. Die Reaktionen des Staates machten deutlich, wie beispielsweise im Fall »Anklam«<sup>220</sup>, dass die Zeit nach der Grenzschießung zu den intensivsten Repressionsphasen in der

---

<sup>217</sup> Zu den Werbemethoden der FDJ in den 1950er-Jahren vgl. Ross: »Wird der Frieden nicht an der Werkbank verteidigt?«, S. 441 ff.

<sup>218</sup> Vgl. ebenda, S. 440.

<sup>219</sup> Ross nannte hierfür zwei wesentliche Hauptfaktoren: 1. die allgemein geringe Akzeptanz der DDR-Streitkräfte und die für viele Jugendliche wenig attraktive dreijährige Dienstzeit sowie 2. die gegensätzlichen Interessen innerhalb des Regimes und die damit verbundene Unzuverlässigkeit vieler Basisfunktionäre; vgl. ebenda, S. 441.

<sup>220</sup> Im Fall Anklam wurden drei Schüler, die gegen das FDJ-Aufgebot protestiert hatten, zu mehrjährigen Haftstrafen wegen »staatsfeindlicher Hetze« verurteilt. Vgl. hierzu u. a. Stadelmann-Wenz, Elke: Widerständiges Verhalten. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära. Paderborn 2009, S.76 ff.; Gebhard, Birgit: Der »Fall Anklam«. Schülerprotest an der EOS Anklam im September 1961. In: Hermann, Ulrich (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 2002, S. 41–56.

gesamten Geschichte der DDR zählte.<sup>221</sup> Die rasant steigenden Verhaftungszahlen im unmittelbaren Rahmen des Mauerbaus bestätigen dies eindrucksvoll.<sup>222</sup>

Der Mauerbau wurde, wie es bereits in einem zeitgenössischen Bericht hieß, als »eine grundlegende Wende in der Werbung« verstanden.<sup>223</sup> Tatsächlich konnten die Verantwortlichen einen deutlichen Anstieg bei den Bereitschaftserklärungen vermelden – insgesamt wurden bis zum Oktober 242 048 Erklärungen von Jugendlichen abgegeben –, doch zweierlei Entwicklungen trübten diese für die SED positiven Zahlen. Einerseits entsprachen die Bereitschaftserklärungen nicht den tatsächlichen Verpflichtungen, denn viele Jugendliche traten trotz der Bereitschaftserklärung nicht den bewaffneten Kräften bei. So wurden nach dem 13. August insgesamt nur 44 168 Männer den Einheiten zugeführt, weitere knapp 30 000 sollten in den ersten beiden Quartalen des nächsten Jahres folgen.<sup>224</sup> Diese Differenz ergab sich vor allem aus den Methoden der Werbung. Einem Bericht an das Zentralkomitee der SED zufolge wurde »vielfach den Methoden des Administrierens, des Zwangs, der Drohung und Diffamierung der Jugendlichen Vorrang gegenüber den Methoden der Überzeugung gegeben.«<sup>225</sup>

Die zweite nachteilige Entwicklung war, dass nun einige Funktionäre über das Ziel hinausschossen. So forderte der Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen des ZK, dass alle Jugendlichen ihre »moralische Bereitschaft« zum Militärdienst zu erklären hätten, egal ob sie körperlich dazu in der Lage wären oder nicht. Und ungeachtet der Vorgaben der Personalauswahl hieß es, dass auch Mitglieder »jugendlicher Banden« integriert werden könnten.<sup>226</sup> Der Bereitschaftspolizei sollten insgesamt 3 000 neue Kräfte zugeführt werden. Zwar wurde diese Sollstärke nicht ganz erreicht, immerhin aber »wurden im Monat August für die Bereitschaftspolizei 2 472 Genossen eingestellt.«<sup>227</sup> Aus gesundheitlichen Gründen und aufgrund »erheblicher Vorstrafen« mussten jedoch knapp zwei Prozent wieder entlassen werden.

---

<sup>221</sup> Siehe hierzu v. a. Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995, S. 243 ff.; Engelmann, Roger: Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961. In: Diedrich; Kowalczyk (Hg.): Staatsgründung auf Raten?, S. 139–151.

<sup>222</sup> Vgl. Werkentin: Politische Strafjustiz, S. 268 ff.; Engelmann: Lehren?, S. 146.

<sup>223</sup> Zit. nach: Ross: »Wird der Frieden nicht an der Werkbank verteidigt?«, S. 449.

<sup>224</sup> Vgl. Fingerle: Waffen in Arbeiterhand?, S. 201.

<sup>225</sup> Bericht über die Werbung von Jugendlichen für die bewaffneten Kräfte der DDR 1961; BArch DY 30, IV 2/12/58, Bl. 153, zit. nach: ebenda, S. 201, ebenso Ross: »Wird der Frieden nicht an der Werkbank verteidigt?«, S. 449.

<sup>226</sup> Ebenda, Bl. 155, zit. nach: Fingerle: Waffen in Arbeiterhand?, S. 202.

<sup>227</sup> Parteiinformation der Politischen Verwaltung der Bereitschaftspolizei, 13.9.1961; BArch DO 1, 27354, Bl. 87.

Einer Parteiinformation ist zu entnehmen, dass zur »weiteren qualitativen Verstärkung« am 23. Oktober 500 Genossen der HV DVP in der 1. Grenzbrigade eingetroffen seien. In einem zweiwöchigen Lehrgang seien die im »Rahmen des Parteaufgebots« nach Berlin entsendeten »Genossen« mit den »Grundfragen der Sicherungsaufgaben« vertraut gemacht worden.<sup>228</sup> Zu diesem Zeitpunkt scheinen sich die Auswahlmechanismen bereits verfeinert zu haben. Dem Bericht zufolge ergab eine erste »Einschätzung [...], dass die Genossen von den einzelnen Dienststellen politisch gut vorbereitet wurden«.<sup>229</sup> Dies hieß, dass mit jedem Einzelnen ein »individuelles Kadergespräch« geführt wurde, an dessen Ende die Einverständniserklärung stand, für ein halbes Jahr in Berlin Dienst zu leisten. Dem Bericht zufolge war es bereits zu diesem Zeitpunkt so, dass »jeder Genosse Mitglied bzw. Kandidat der Partei« sein musste, um in Berlin dienen zu dürfen. Besonders hervorgehoben wurde, dass es sich in der Hauptsache um Hauptwachtmeister und Meister handelte, die teilweise erste Erfahrungen im Grenzdienst bei der Grenzpolizei oder in Berlin gesammelt hatten. Der 1. Grenzbrigade Berlin (B) wurden seit dem 20. Oktober darüber hinaus 369 »Genossen« aus der 2. Grenzbrigade und 139 »Genossen« aus den Bereitschaften zugeführt. Von diesen insgesamt 508 »Genossen« mussten aber aufgrund »politischer Unzuverlässigkeit« 299 zurückversetzt werden<sup>230</sup> – immerhin 59 Prozent des überführten Personals, das nicht im Rahmen des Parteaufgebots entsandt worden war. Ergebnis dieser Auffüllung war eine Realisierung der Sollstärke und zugleich eine den Maßstäben entsprechende Erhöhung der »qualitativen Zusammensetzung« der Grenzbrigade (B).

Doch nicht wenige unter diesen neu eingestellten Genossen führten einer anderen Parteiinformation zufolge »Diskussionen über Methoden der Werbung«. Unter anderem hätten sich einige dahingehend geäußert, dass die »gegenwärtigen Methoden einer »Betriebswehrgeschichte« gleichkämen«.<sup>231</sup> Doch nur bei unliebsamen Diskussionen blieb es nicht. Ein neues und von der Führung nicht kalkuliertes Problem war durch die massenhafte Zuführung neuer Rekruten entstanden. Die Stasi musste 1962 feststellen, dass »ein

---

<sup>228</sup> Vergleiche hierzu Sälter: Grenzpolizisten, S. 131 ff. Er schreibt: »Um das Personal der 1. Grenzbrigade (B) auf den Sollstand zu bringen, mussten im Rahmen eines Parteaufgebots 500 Volkspolizisten zur Grenzpolizei versetzt werden. Diese Polizisten sollten verheiratet, nicht unter 25 Jahre alt und Parteimitglied sein sowie eine dreijährige Berufspraxis und keine Westverwandtschaft haben.«

<sup>229</sup> Parteiinformation der Politischen Verwaltung der Bereitschaftspolizei, 30.11.1961; BArch DO 1, 27354, Bl. 96.

<sup>230</sup> Ebenda, Bl. 96.

<sup>231</sup> Ebenda, Bl. 90.

Teil der Personen aus dem FDJ-Aufgebot nur deshalb zu den bewaffneten Kräften ging, um eine Fluchtmöglichkeit zu finden«. In einem Fall habe ein desertierter Grenzer im RIAS berichtet, »er habe sein Abitur gemacht und sich dann zum FDJ-Aufgebot gemeldet, um so einen Fluchtweg zu finden«. <sup>232</sup> Konkret bedeutete dies beispielsweise für die Grenztruppen an der innerdeutschen Grenze, dass von 109 im letzten Quartal des Jahres 1961 erfolgten Fahnenfluchten fast die Hälfte von neu eingestellten Soldaten begangen wurden und dass im gleichen Zeitraum zusätzlich 40 Desertionsversuche von neuen Rekruten stattfanden. <sup>233</sup> Für die Berliner Einheiten hatte das MfS festgestellt, dass »50 % der Fahnenflüchtigen erst 1961 (vorwiegend aus dem FDJ-Aufgebot nach dem 13.8.61) eingestellt wurden«. <sup>234</sup> Auch eine MfS-interne Studie aus dem Jahr 1965, in welcher insgesamt 180 Desertionen aus der 5. Grenzbrigade zwischen 1961 und 1965 analysiert wurden, hielt fest,

dass durch die Einberufung zum Grundwehrdienst aus den Kreisen der Jugend völlig neue Probleme auftauchten. Es standen mitunter Menschen zur Einberufung, die durch die Erziehung im Elternhaus, am Arbeitsort oder durch die Beeinflussung im »Jugendkreis« usw. gewisse Vorbehalte und Fragen gegenüber der Politik unserer Partei und insbesondere gegenüber dem Grundwehrdienst besaßen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass nur mit geringen Veränderungen die Anzahl der erfolgten Fahnenfluchten, insbesondere nach den Neuzuführungen von Wehrpflichtigen zum Grenzdienst, enorm anstiegen. <sup>235</sup>

Junge Männer verpflichteten sich also für den Grenzdienst, um dem Wehrdienst zu entgehen. Teilweise produzierte das ausgebaute Grenzregime also, so paradox dies auch anmutet, seine eigenen Deserteure. Denn für Zivilisten wurde die stetig ausgebaute Grenze immer undurchdringlicher. Eine Möglichkeit zur Flucht bestand nurmehr über die Grenztruppen selbst.

---

<sup>232</sup> Bericht über die Entwicklung der Republikflucht und des Menschenhandels nach Einleitung der Sicherungsmaßnahmen vom 13.8.61–31.12.61, 12.2.1962; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 545, Bl. 18.

<sup>233</sup> Vgl. Lagebericht über die erkannte beziehungsweise vermutete Feindtätigkeit im Bereich der Nationalen Volksarmee/Kommando Grenze, 24.1.1962; BArch, MfS, HA I, Nr. 15864, Bl. 207 f.

<sup>234</sup> Bericht über die Entwicklung der Republikflucht und des Menschenhandels nach Einleitung der Sicherungsmaßnahmen vom 13.8.61–31.12.61, 12.2.1962; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 545, Bl. 18.

<sup>235</sup> Hptm. Wolf (HA IX/6): Die Motive von Fahnenfluchten Angehöriger der Grenzsicherungseinheiten der NVA an der Staatsgrenze West und einige der sich daraus ergebenden Aufgaben zur Qualifizierung der vorbeugenden Arbeit, Diplomarbeit JHS Potsdam (eingereicht im November 1965); BArch, MfS, JHS, MF, Nr. 224.

## 6. Schlussbetrachtung und Ausblick

Das *Neue Deutschland* berichtete am 14. August: »Alle zur Durchführung notwendigen Schritte und Maßnahmen erfolgten reibungslos, dank dem Verständnis und der Zustimmung des größten Teils der Berliner Bevölkerung.«<sup>236</sup> Auch wenn keineswegs davon gesprochen werden kann, dass die Bevölkerung Ost- wie Westberlins die Maßnahmen an den Sektorengrenzen verständnisvoll oder gar zustimmend begleitete<sup>237</sup>, kam die Abriegelung der Berliner Sektorengrenzen tatsächlich zügig voran und die Grenzschießung war eine Operation, die in »ihrer militärischen Durchführung [...] und] deren Geheimhaltung hervorragend gelungen war.«<sup>238</sup> Am 19. August druckte das *Neue Deutschland* die Rede des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht ab, in der es gleich zu Beginn hieß:

Ereignisreiche Tage liegen hinter uns. [...] Sie erwarten mit Recht, dass ich [...] einiges zu den Geschehnissen und zu der neuen Situation sage. Doch zuvor drängt es mich, den prächtigen Söhnen und Töchtern unserer Werktätigen, die gegenwärtig Uniform tragen, den prächtigen Jungen in der Volksarmee und in der Volkspolizei, den Unteroffizieren, Offizieren und Generalen unserer bewaffneten Kräfte im Namen des Staatsrates, im Namen der Regierung [...] und im Namen der Partei der Arbeiterklasse herzlichen Dank zu sagen. Sie haben die erfolgreiche Aktion vom 13. August hervorragend und diszipliniert, mit großartigem Kampfgeist und großartiger Moral durchgeführt.<sup>239</sup>

Dass hinter den Kulissen in den Reihen des Überwachungsapparates bereits reger Betrieb herrschte, verschwieg Ulbricht. Die Disziplin der Uniformierten war nämlich bei Weitem nicht so hervorragend, wie es Ulbricht verlautbarte. Eine teilweise miserable Verpflegung der Einsatzkräfte hatte bereits kurz nach dem 13. August zu »Unzufriedenheit und in einigen Fällen zu offener Meuterei geführt«.<sup>240</sup> Doch noch schlimmer war, dass den Einheiten das

---

<sup>236</sup> O. Verf.: Normales Leben in Berlin. In: Neues Deutschland v. 14.8.1961, S. 1.

<sup>237</sup> Vgl. hierzu Major, Patrick: Vor und nach dem 13. August 1961. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer. In: Archiv für Sozialgeschichte 39/1999, S. 325–354; Eisenfeld; Engelmann: Mauerbau, S. 73 ff.

<sup>238</sup> Wagner, Armin: Stacheldrahtsicherheit. Die politische und militärische Planung und Durchführung des Mauerbaus 1961. In: Hertle; Jaraus; Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall, S. 119–137, hier 132.

<sup>239</sup> Ansprache des Vorsitzenden des Staatsrates [...], Walter Ulbricht, im Fernsehen und Rundfunk. In: Neues Deutschland v. 19.8.1961, S. 1 f.

<sup>240</sup> Bericht des DDR-Bereitschaftspolizisten Conrad Schumann über seine Flucht

Personal davonlief. Die Stasi meldete der SED-Führung nur einen Tag nach der Erklärung Ulbrichts, dass »in der Zeit vom 13.8.–20.8.61 insgesamt 24 Fahnenfluchten aus den Reihen der zur Grenzsicherung um Westberlin eingesetzten« Kräfte erfolgt waren.<sup>241</sup> Zwar waren Desertionen ein steter Begleiter der Entwicklung der Polizei- und Streitkräfte der DDR gewesen, doch gerade hier und jetzt in Berlin musste ein desertierter Grenzer wie ein Schlag ins Gesicht der SED-Führung wirken. Stellte jeder einzelne doch gerade in dieser Zeit die Politik der SED und vor allem die gerade eingeleiteten Maßnahmen durch einen einfachen Sprung über den ausgerollten Stacheldraht gleichsam demonstrativ infrage. Das Propagandakonstrukt vom »antifaschistischen Schutzwall«, der sich offiziell gegen die »Bonner Revanchisten« richtete und die Berliner Bevölkerung angeblich vor »Kopfgeldjägern« und »Menschenhändlern« schützen sollte, wurde durch Desertionen ad absurdum geführt. Diese Vorfälle munitionierten so die westliche Seite in der deutsch-deutschen propagandistischen Auseinandersetzung. Der DDR-Führung, die nach Anerkennung und Souveränität strebte, waren Fahnenfluchten deshalb immer ein Dorn im Auge, und Desertionen sollten um jeden Preis verhindert werden.

In der vorliegenden Arbeit wurden Fahnenfluchten aus den zur Grenzsicherung eingesetzten Einheiten während des Mauerbaus untersucht. Zwei leitende Fragen sollten beantwortet werden: Warum und wie bekämpfte die politische und militärische Führung der DDR Desertionen? Davon ausgehend, dass die bewaffneten Kräfte der DDR hinsichtlich der Quantität von Desertionen im Vergleich zu anderen Streitkräften zwar eine Spitzenstellung einnahmen, sich der Personalverlust durch Fahnenfluchten aber weder im Auf- und Ausbau der bewaffneten Organe niederschlug noch die Grenzsicherung bzw. den Mauerbau 1961 nachhaltig beeinträchtigten, kann in keinem Fall von einer drohenden Gefährdung der Einsatz- und Gefechtsbereitschaft gesprochen werden. Deshalb zeichnete sich eine andere Erklärung ab. Fahnenfluchten untergruben den Anspruch einer legitimen Gewaltausübung der SED in Form des Militärdienstes. Die spezifische deutsch-deutsche Situation, die sich im Bau der Berliner Mauer auch physisch manifestierte, trug

---

nach Westberlin am 15. August 1961, v. 16.8.1961, Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten Berlin, online unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/180618/bericht-des-ddr-bereitschaftspolizisten-conrad-schumann-ueber-seine-flucht-nach-west-berlin-am-15-august-1961-16-august-1961> (letzter Abruf: 16.12.2021).

<sup>241</sup> Vgl. [Einzel-Information] über erfolgte Fahnenfluchten aus der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen, 20.8.1961; BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 1. Online abrufbar unter [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de)

dazu bei, dass Fahnenfluchten aus den DDR-Streitkräften zumeist mit einem Überlaufen zum militärischen und politischen Gegner verbunden waren. Deserteure aus der DDR entzogen sich nicht nur dem militärischen Dienst, sondern auch einem politisch-gesellschaftlichen System. Mit dieser Handlung stellten sie nicht nur die Streitkräfte, sondern die DDR selbst infrage, völlig unabhängig von ihren individuellen Motiven. Darüber hinaus konnten sie für dieses Vergehen nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den militärischen Kräften der DDR sollte deshalb vorrangig präventiv erfolgen, was die Funktionäre des Partei- und Sicherheitsapparates von jeher durch eine gezielte Personalauswahl, stetig verbesserte Erziehung und erhöhte Disziplinierung sowie eine verstärkte Überwachung zu erreichen versuchten. Potenzielle Deserteure sollten früh erkannt und beispielsweise durch Versetzung in eine andere Einheit an einer Fahnenflucht gehindert werden. Dass aber offensichtlich viele Fahnenfluchten spontan waren und ihnen, wie eine MfS-interne Untersuchung zeigte, zumeist keine Planungen vorausgingen,<sup>242</sup> machte eine Bekämpfung, so wie sie in der Anordnung des Leiters der Hauptabteilung I im Juli 1961 festgelegt worden war, schwierig. Die Spontaneität vieler Desertionen zeigt zugleich, dass die Soldaten und Polizisten, die in den Westen flohen, nicht nur bereit waren, ihr gesamtes Leben hinter sich zu lassen und ein neues zu beginnen, sondern auch, dass sie zuvor, durch den Eintritt in die bewaffneten Kräfte, bereit gewesen waren, sich in einem weitergehenden Maße mit dem SED-Staat zu arrangieren. Dies gilt vor allem für all jene Deserteure, die vor dem 13. August in die Bereitschaftspolizei oder auch die Grenzpolizei eingetreten waren. Dass auch dieser Eintritt nicht in allen Fällen »freiwillig« war, sondern teils nur mit hohem sozialen und ökonomischen Druck erreicht wurde, zeigt nur noch mehr, dass die Deserteure zumindest in Maßen bereit waren sich zu fügen; bis zum 13. August hätten sie sich immerhin dem Dienst noch durch eine leicht zu bewerkstellende Flucht entziehen können. Der Mauerbau aber, und damit die endgültige Gewissheit, dass eine Flucht zukünftig ausgeschlossen sein würde – man selbst war immerhin Teil des Grenzregimes und kannte die Anweisungen zum Schusswaffengebrauch und die Propaganda der Kommandeure und der Politoffiziere –, mobilisierte gerade in der Zeit unmittelbar danach junge Uniformierte zur Flucht, sogar unter Lebensgefahr.

---

<sup>242</sup> Anhand 180 analysierter Desertionen aus der 5. Grenzbrigade kam ein Hauptmann des MfS 1965 zu dieser Schlussfolgerung. Vgl. Wolf, Hptm (HA IX/6): Die Motive von Fahnenfluchten Angehöriger der Grenzsicherungseinheiten der NVA an der Staatsgrenze West und einige der sich daraus ergebenden Aufgaben zur Qualifizierung der vorbeugenden Arbeit, Diplomarbeit JHS Potsdam, (eingereicht im November 1965); BArch, MfS, JHS, MF, Nr. 224.

Die SED-Führung zeigte sich kompromisslos in der Durchsetzung ihrer politischen Strategie und ordnete die Anwendung der Schusswaffe gegen »Grenzverletzer« und anfangs vorrangig gegen Deserteure an. Mit der Grenzabriegelung und dem Aufbau eines »konsequenten Grenzregimes« an den Berliner Sektorengrenzen sorgte sie aber nicht für ein Abebben der Desertionen, sondern mobilisierte sogar potenziell fügsame junge Männer zur Flucht. Auch in einer zweiten Phase, als vor allem junge Rekruten flohen, die zum Großteil in der massiven Repressionsphase nach dem Mauerbau in die Streitkräfte gedrängt worden waren, zeigte sich, dass die Kriterien der Personalauswahl zum wiederholten Male keine Gewähr für die Loyalität und Zuverlässigkeit der eigenen Streitkräfte gaben. Denn durch die hohe Verfügbarkeit von Nachwuchs konnte zwar eine gezieltere Auswahl nach den politischen Kriterien für den Grenzdienst getroffen werden, augenscheinlich aber trug diese nicht zu einer Eindämmung von Desertionen bei. Vielmehr sahen nicht wenige junge Männer gerade im Grenzdienst eine letztverbliebene Möglichkeit in den Westen zu fliehen und hatten ihren Plan zu fliehen noch vor dem Eintritt in die bewaffneten Kräfte gefasst.

Der Mauerbau selbst wirkte sich auf Fahnenfluchten also im zweifachen Sinne aus. Einerseits mobilisierte er unmittelbar nach dem 13. August Grenzer zur Flucht in den Westen, die mehr oder weniger freiwillig in die Bereitschaftspolizei eingetreten waren und somit Bereitschaft zum Arrangement mit dem SED-Staat signalisierten, aber nicht in allen Belangen den Kaderrichtlinien und Vorstellungen der Funktionäre entsprachen. Und selbst nachdem mittels eines FDJ-Aufgebots flächendeckend junge Männer zum Dienst an der Waffe verpflichtet werden konnten und dadurch eine Auslese nach den sogenannten Kaderrichtlinien vorgenommen werden konnte, verringerte sich das Problem der Fahnenflucht nicht, sondern stieg 1962 sogar noch einmal an. Denn andererseits erfüllte der Mauerbau im ersten Augenblick zwar seine ihm zuge dachte Funktion: Er verhinderte den weiteren Verlust der eigenen Bevölkerung und ermöglichte der SED damit einen intensivierten Zugriff auf die ostdeutsche Gesellschaft. Die faktische Wehrpflicht in Form des FDJ-Aufgebots und das erbarmungslose Vorgehen, gegen jeden Widerstand bezeugt dies eindrucksvoll. Doch zugleich offenbarte sich an diesem Punkt auch, dass der Mauerbau die Probleme der SED-Führung nicht wirklich gelöst hatte. Denn trotz des Mauerbaus und eines deutlichen Rückgangs der Fluchtbewegung versuchten weiterhin Tausende die Flucht, nicht zuletzt indem sie sich zum Dienst in den Grenzeinheiten meldeten und dann desertierten.

Doch die politische und geheimpolizeiliche Führung sah die Gründe für Desertionen stets in äußeren Faktoren. Zumeist meinte man familiäre oder private Gründe ausmachen zu können, und wenn dies nicht ausreichte, dann

lag es an der Beeinflussung durch den westlichen »Klassenfeind«. Die hieraus abgeleiteten Konsequenzen, nämlich stete Verbotsweiterungen und eine sich stetig ausweitende Überwachung und Repression innerhalb der Truppen, führten nicht zu einer Abnahme, sondern zu einer Zunahme von Fahnenfluchten. Und dies in zweierlei Hinsicht: Erstens führte der erhöhte Überwachungsdruck und die stete Angst vor Entdeckung bei Fehlverhalten und daraus resultierende Strafen zur Flucht, um diesen Strafen zu entgehen. Zweitens passten sich die Soldaten natürlich dem Dienst und den an sie gestellten Verhaltensweisen an und rutschten so nicht selten durch das feinmaschige Netz der Überwachung, wie exemplarisch am Fallbeispiel in der Arbeit gezeigt wurde. Der Unfähigkeit des Überwachungs- und Repressionsapparates, das eigene Vorgehen und die eigenen Schlussfolgerungen zu hinterfragen, war es geschuldet, dass die wirklich wirksamen Faktoren, die zur sichtbaren Abnahme der Desertionen ab Mitte der 1960er-Jahre führten, nicht erkannt wurden oder man sie nicht erkennen wollte.

Die statistischen Materialien des Sicherheitsapparates der DDR zeigen, dass ab Mitte der 1960er-Jahre die Fahnenfluchtfälle aus den Streitkräften der DDR deutlich zurückgingen und auf einem niedrigen Niveau bis zum Ende des ostdeutschen Staates verharrten. Doch was war ausschlaggebend für diesen Rückgang? In der Forschungsliteratur heißt es zu diesem Phänomen, dass eine Perfektionierung des Grenzsystems, eine verbesserte Überwachung und eine gründlichere Auswahl und Überprüfung der Grenzsoldaten zu einer Abnahme der Desertionen ab Mitte der 1960er-Jahre geführt hätten.<sup>243</sup> Gerade der Punkt *gründlichere* Auswahl scheint jedoch zu unkritisch der Argumentation des Sicherheitsapparates der DDR entnommen. Eine *verbesserte* Auswahl war zwar nach der faktischen Einführung der Wehrpflicht direkt nach dem Mauerbau und nach deren offizieller Einführung im Januar 1962 möglich geworden, doch müsste nicht erst einmal danach gefragt werden, ob es überhaupt zuverlässige Kriterien für eine solche Auswahl gab? Und warum sollten diese Kriterien in den Jahrgängen, die ab Mitte der 1960er-Jahre zum Dienst einberufen wurden, mehr Gewähr für Zuverlässigkeit geboten haben als in den Jahren des »freiwilligen« Dienstes? Dass sich die demografische Entwicklung auf die *Zuverlässigkeit* und *Loyalität* der Grenzsoldaten ausgewirkt haben wird, scheint nicht abwegig. Immerhin waren immer mehr Wehrdienstleistende durchweg in der DDR sozialisiert worden und kannten die Bundesrepublik und Westberlin nach der Grenzschließung nur noch aus Erzählungen und den Medien. Eine Flucht war damit mehr und mehr zu

---

<sup>243</sup> So etwa Nooke, Maria: Geglückte und Gescheiterte Fluchten nach dem Mauerbau. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 171; Stadelmann-Wenz: Widerständiges Verhalten, S. 72.

einer Flucht in ein *fremdes* Land geworden. Und auch der Wehrdienst war im Laufe der Zeit zu einer »normalen« Pflicht geworden, die wahrscheinlich nicht mehr durchweg von allen jungen Männern hinterfragt wurde.<sup>244</sup> Doch griffen diese Mechanismen bereits wenige Jahre nach der Grenzschießung 1961? Das weiterhin hohe Niveau von Desertionen scheint dagegen zu sprechen, doch eine detaillierte Studie hierzu steht noch aus.

Hinsichtlich der verbesserten Überwachung scheint die Argumentation ebenfalls zu allgemein gehalten. Denn wie gezeigt werden konnte, war die Überwachung innerhalb der Grenzeinheiten bereits vor dem Mauerbau breit angelegt und ausgebaut, aber sie ging von falschen Prämissen aus. So wurde stets angenommen, dass Deserteure ihre Flucht vorbereiten würden und man sie im Fall der Fälle noch vor dem Fluchtversuch stellen könnte. Doch die meisten flohen spontan und ohne längere Vorbereitungsmaßnahmen. Ebenfalls als wenig wirksam hatte sich die offenkundige gegenseitige Überwachung erwiesen, die in Form von Postenpaaren angewendet wurde. Für Fluchtwillige schien es relativ einfach gewesen zu sein, den jeweiligen Postenpartner abzulenken und eine Flucht zu wagen. Erst der in der Folgezeit massiv vorangetriebene Ausbau der Grenzanlagen ermöglichte eine mehr oder minder erfolgreiche Bekämpfung von Fahnenfluchten durch Überwachung. Denn mit einer zunehmend unüberwindbaren bzw. immer schwerer zu überwindenden Grenzanlage stiegen auch Planungsaufwand und Risiko für Deserteure. Und so erwies sich letztendlich als einzig wirksame Maßnahme zur Eindämmung von Fahnenfluchten der Ausbau der Grenzanlagen. Die Installation von Selbstschussanlagen und die Verlegung von Minenfeldern an der innerdeutschen Grenze waren deutlicher Ausdruck »zunehmende[r] Skepsis gegenüber Wehrpflichtigen«, da die SED stärker auf technische Grenzanlagen als auf Grenzpolizisten setzte.<sup>245</sup> Hierin wird ein die SED-Herrschaft prägendes Moment sichtbar. In jeglichem abweichenden Verhalten erkannte die SED-Führung eine potenzielle Gefährdung der eige-

---

<sup>244</sup> Hierbei darf natürlich nicht vergessen werden, dass die SED-Führung unter massivem Druck eine Art Wehrrersatzdienst einführen musste, die sogenannten Bausoldaten. Ulrich Bröckling schrieb mit Blick auf die BRD: »In der Bundesrepublik erwies sich die Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung als probates Mittel, um unwillige Wehrpflichtige von der Armee fernzuhalten und sie zugleich für Dienste im zivilen Bereich zu verpflichten.« Ob und gegebenenfalls wie sich die Einführung der »Bausoldaten« auf Desertionen aus den Grenzeinheiten DDR auswirkten, muss noch genauer untersucht werden. Es ist aber zu vermuten, dass sich dies mit Blick auf die DDR in engen Grenzen gehalten haben wird, da ein potenzieller »Verweigerer« wohl kaum zum Grenzdienst eingesetzt worden wäre.

<sup>245</sup> Sälter: Grenzpolizisten, S. 331.

nen Herrschaft, und dieses Verhalten sollte mit allen Mitteln unterbunden werden. Zu diesem Zweck sollten alle Bereiche der Gesellschaft, vor allem aber die bewaffneten Kräfte und hier wiederum im Besonderen das für die SED-Herrschaft so existenzielle Grenzregime, total überwacht werden. Dies führte aber wiederum zu individuellen Anpassungserscheinungen innerhalb der Grenztruppen, die ein frühes Erkennen von potenziellen Deserteuren erschwert haben dürfte. Und nicht zuletzt trug auch der stete Überwachungsdruck dazu bei, dass Angehörige der Grenztruppen desertierten.

# Anhang

## Tabellarische Übersicht über die Fahnenfluchten

Tabelle 3: Fahnenfluchten aus der zur Grenzsicherung in Berlin eingesetzten Bereitschaftspolizei (BP), 13. August bis 31. Dezember 1961

| August |          |                                       |            |              |       |       |                  |                |   |  |
|--------|----------|---------------------------------------|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|---|--|
| Nr.    | Datum    | Einheit                               | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |   |  |
| -      | 13.08.61 | -                                     | -          | -            | -     | -     | -                | -              | - |  |
| -      | 14.08.61 | -                                     | -          | -            | -     | -     | -                | -              | - |  |
| 1      | 15.08.61 | Brigade Berlin (1. Mot. Schütz. Abt.) | Wm.        | 3.42         | k. A. | X     | k. A.            | 19.04.60       |   |  |
| 2      | 16.08.61 | 9. Bereitschaft                       | Uwm.       | 7.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 26.05.61       |   |  |
| 3      | 17.08.61 | Lehrbereitschaft (SMG Komp.)          | Uwm.       | 7.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 19.09.60       |   |  |
| 4      | 17.08.61 | Lehrbereitschaft (SMG Komp.)          | Uwm.       | 9.32         | k. A. | X     | Arbeiter         | 20.09.60       |   |  |
| 5      | 17.08.61 | Lehrbereitschaft (SMG Komp.)          | Uwm.       | 8.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 21.03.61       |   |  |
| 6      | 17.08.61 | Lehrbereitschaft (SMG Komp.)          | Uwm.       | 4.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 07.02.61       |   |  |
| 7      | 17.08.61 | 8. Bereitschaft                       | Uwm.       | 10.42        | k. A. | X     | Arbeiter         | 02.08.60       |   |  |
| 8      | 17.08.61 | Brigade Berlin (1. Mot. Schütz. Abt.) | Uwm.       | 5.43         | k. A. | X     | k. A.            | 1957 (?)       |   |  |
| 9      | 17.08.61 | Brigade Berlin (1. Mot. Schütz. Abt.) | Uwm.       | 6.43         | k. A. | X     | k. A.            | 29.03.61       |   |  |
| 10     | 18.08.61 | Brigade Berlin (2. Abt. Pionierzug)   | Obwm.      | 9.41         | k. A. | k. A. | Angestellter     | 12.05.59       |   |  |
| 11     | 18.08.61 | 4. Bereitschaft (1. Abt.)             | Wm.        | 6.43         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 11.04.61       |   |  |
| 12     | 18.08.61 | 4. Bereitschaft (1. Abt.)             | Wm.        | 7.40         | k. A. | X     | Arbeiter         | 05.05.59       |   |  |
| 13     | 18.08.61 | 1. Mot. Brigade BP                    | Wm.        | 8.42         | k. A. | k. A. | k. A.            | 05.09.60       |   |  |

| Nr. | Datum    | Einheit                                       | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----|----------|---|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 14  | 19.08.61 | Brigade Berlin (3. Abt. 3. Komp.)             | Wm.        | 11.40        | k. A. | X     | Arbeiter         | 09.12.58       |
| 15  | 19.08.61 | Brigade Berlin (2. Abt. Pionierzug)           | Wm.        | 1.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 06.09.60       |
| 16  | 20.08.61 | 9. Bereitschaft (2. Komp.)                    | Wm.        | 3.38         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 25.02.58       |
| 17  | 20.08.61 | 9. Bereitschaft (2. Komp.)                    | Uwm.       | 12.41        | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 17.05.60       |
| 18  | 20.08.61 | 4. Bereitschaft (4. Komp.)                    | Wm.        | 1.42         | k. A. | X     | Bauer            | 27.09.60       |
| 19  | 21.08.61 | Lehrbereitschaft (6. Komp.)                   | Wm.        | 9.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 02.10.59       |
| 20  | 21.08.61 | Lehrbereitschaft (6. Komp.)                   | Wm.        | 5.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 10.05.60       |
| 21  | 21.08.61 | 4. Bereitschaft (2. Abt. Nachrichten-<br>zug) | Uwm.       | 10.42        | k. A. | k. A. | k. A.            | 1960           |
| 22  | 21.08.61 | 9. Bereitschaft                               | Obwm.      | 7.38         | k. A. | X     | Arbeiter         | 2.58           |
| 23  | 22.08.61 | 9. Bereitschaft (1. Komp.)                    | Uwm.       | 11.42        | k. A. | X     | Arbeiter         | 13.04.61       |
| 24  | 22.08.61 | Brigade Berlin (4. Abt. Pionierzug)           | Uwm.       | 10.42        | k. A. | X     | Arbeiter         | 13.09.60       |
| 25  | 22.08.61 | Brigade Berlin (4. Abt. Pionierzug)           | Uwm.       | 5.39         | k. A. | X     | Arbeiter         | 11.10.60       |
| 26  | 23.08.61 | 3. Bereitschaft (7. Komp.)                    | Uwm.       | 4.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 10.59          |
| 27  | 23.08.61 | 3. Bereitschaft (7. Komp.)                    | Uwm.       | 10.41        | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 06.09.60       |
| 28  | 23.08.61 | 4. Bereitschaft (3. Abt.)                     | Uwm.       | 7.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 11.04.61       |
| 29  | 24.08.61 | Lehrbereitschaft (3. SK 1. Zug)               | Obwm.      | 5.41         | k. A. | X     | Angestellter     | 02.02.59       |

| Nr. | Datum    | Einheit                                 | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----|----------|---|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 30  | 25.08.61 | Brigade Berlin (3. Abt. Aufklärungszug) | Hwm.       | 5.40         | k. A. | X     | Arbeiter         | 03.02.58       |
| 31  | 25.08.61 | 9. Bereitschaft (1. Abt 1. Komp.)       | Uwm.       | 4.43         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 20.12.60       |
| 32  | 25.08.61 | 9. Bereitschaft (1. Abt 1. Komp.)       | Uwm.       | 7.43         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 26.05.61       |
| 33  | 25.08.61 | 9. Bereitschaft (2. Komp.)              | Uwm.       | 7.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 21.03.61       |
| 34  | 28.08.61 | Brigade Berlin (5. Abt. 1. Komp.)       | Uwm.       | 8.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 03.07.61       |
| 35  | 28.08.61 | Brigade Berlin (5. Abt. 1. Komp.)       | Obwm.      | 5.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 08.09.59       |
| 36  | 28.08.61 | Brigade Berlin (5. Abt. 1. Komp.)       | Wm.        | 12.41        | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 26.07.59       |
| 37  | 28.08.61 | Brigade Berlin (4. Abt.)                | Wm.        | 3.41         | k. A. | X     | k. A.            | 08.10.58       |
| 38  | 28.08.61 | Brigade Berlin (4. Abt.)                | Wm.        | 5.41         | k. A. | X     | k. A.            | 05.05.59       |
| 39  | 29.08.61 | Brigade Berlin (3. Abt. 2. Komp.)       | Wm.        | 11.40        | k. A. | X     | Arbeiter         | 30.06.59       |
| 40  | 29.08.61 | Brigade Berlin (3. Abt. 2. Komp.)       | Wm.        | 5.41         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 26.04.60       |
| 41  | 29.08.61 | Brigade Berlin (5. Abt.)                | Wm.        | 3.42         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 05.04.61       |
| 42  | 29.08.61 | Brigade Berlin (5. Abt.)                | Wm.        | 5.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 11.04.61       |
| 43  | 29.08.61 | Brigade Berlin (2. Abt.)                | Uwm.       | 7.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 26.04.60       |
| 44  | 30.08.61 | Brigade Berlin (2. Abt. 4. Komp.)       | Wm.        | 10.40        | k. A. | k. A. | k. A.            | 04.11.58       |
| 45  | 30.08.61 | Brigade Berlin (2. Abt. 4. Komp.)       | Wm.        | 1.41         | k. A. | k. A. | k. A.            | 04.11.58       |

| Nr.              | Datum    | Einheit                              | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|------------------|----------|--------------------------------------|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 46               | 30.08.61 | 1. Brigade Berlin (3. Abt. 3. Komp.) | Wm.        | 9.40         | k. A. | X     | Arbeiter         | 22.09.59       |
| 47               | 31.08.61 | 1. Brigade Berlin (2. Abt. 2. Komp.) | Wm.        | 1.40         | k. A. | X     | Arbeiter         | 26.04.60       |
| 48               | 31.08.61 | 1. Brigade Berlin (2. Abt. 2. Komp.) | Wm.        | 4.42         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 26.04.60       |
| 49               | 31.08.61 | Brigade Berlin (Artillerie-Abt.)     | Uwm.       | 4.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 10.04.61       |
| <b>September</b> |          |                                      |            |              |       |       |                  |                |
| 50               | 02.09.61 | Brigade Berlin (4. Abt.)             | Wm.        | 9.40         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 25.11.58       |
| 51               | 03.09.61 | Lehrbereitschaft (1. Abt. 3. Komp.)  | Uwm.       | 8.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 06.09.60       |
| 52               | 03.09.61 | Brigade Berlin (5. Abt. 3. Komp.)    | Uwm.       | 4.42         | k. A. | X     | Angestellter     | 18.10.60       |
| 53               | 06.09.61 | Brigade Berlin (2. Abt.)             | Uwm.       | 5.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 21.03.61       |
| 54               | 07.09.61 | Brigade Berlin (5. Abt. 2. Komp.)    | Obwm.      | 7.40         | X     | X     | Arbeiter         | 02.09.58       |
| 55               | 07.09.61 | Brigade Berlin (5. Abt. 2. Komp.)    | Obwm.      | 11.41        | k. A. | X     | Arbeiter         | 15.09.59       |
| 56               | 07.09.61 | Brigade Berlin (1. Abt. 4. Komp.)    | Obwm.      | 4.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 20.04.60       |
| 57               | 09.09.61 | Brigade Berlin (4. Abt. 4. Komp.)    | Obwm.      | 6.40         | k. A. | X     | Arbeiter         | 10.11.59       |
| 58               | 10.09.61 | Brigade Berlin (7. Abt. 2. Komp.)    | Uwm.       | 3.43         | k. A. | k. A. | Bauer            | 11.04.61       |
| 59               | 10.09.61 | Brigade Berlin (4. Abt. 1. Komp.)    | Wm.        | 9.42         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 17.05.61       |
| 60               | 10.09.61 | Brigade Berlin (4. Abt. 1. Komp.)    | Uwm.       | 12.39        | k. A. | X     | Arbeiter         | 21.03.61       |
| 61               | 10.09.61 | Lehrbereitschaft (Pionierzug)        | Obwm.      | 6.40         | k. A. | X     | Arbeiter         | 02.11.59       |

| Nr. | Datum    | Einheit                                | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----|----------|--|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 62  | 10.09.61 | Lehrbereitschaft (Pionierzug)          | Uwm.       | 2.42         | k. A. | X     | Bauer            | 13.09.60       |
| 63  | 10.09.61 | Lehrbereitschaft (Pionierzug)          | Uwm.       | 7.41         | k. A. | X     | Angestellter     | 01.06.59       |
| 64  | 10.09.61 | Lehrbereitschaft (Pionierzug)          | Uwm.       | 7.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 13.09.60       |
| 65  | 12.09.61 | Brigade Berlin (1. Abt.)               | Wm.        | 7.40         | K     | X     | Arbeiter         | 01.08.61       |
| 66  | 13.09.61 | Brigade Berlin (1. Abt.)               | Wm.        | 5.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 03.05.60       |
| 67  | 13.09.61 | 1. Brigade Berlin (7. Abt. 2. Komp.)   | Uwm.       | 5.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 14.02.61       |
| 68  | 13.09.61 | Lehrbereitschaft                       | Uwm.       | 1.40         | X     | X     | Arbeiter         | 12.60          |
| 69  | 14.09.61 | Brigade Berlin (6. Abt. 1. Komp.)      | Uwm.       | 9.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 22.11.60       |
| 70  | 17.09.61 | 1. Brigade (2. Abt.)                   | Obwm.      | 12.41        | k. A. | X     | Arbeiter         | 15.09.59       |
| 71  | 20.09.61 | 1. Grenzbrigade (B) (6. Abt. 1. Komp.) | Uwm.       | 1.43         | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 27.02.61       |
| 72  | 23.09.61 | 1. Grenzbrigade (B) (1. Abt. 2. Komp.) | Uwm.       | 10.40        | X     | X     | Arbeiter         | 25.04.61       |
| 73  | 23.09.61 | 1. Brigade B (7. Abt.)                 | Obwm.      | 11.37        | k. A. | X     | Arbeiter         | 17.06.57       |
| 74  | 25.09.61 | 1. Brigade (B) (1. Abt. 4. Komp.)      | Wm.        | 4.42         | k. A. | X     | Landarbeiter     | 20.04.60       |
| 75  | 25.09.61 | 1. Brigade (B) (1. Abt. 4. Komp.)      | Wm.        | 10.40        | k. A. | X     | Bauer            | 05.05.59       |
| 76  | 26.09.61 | 2. Brigade (13. GB)                    | Gefr.      | 2.40         | k. A. | k. A. | k. A.            | 02.02.60       |
| 77  | 26.09.61 | 2. Brigade (13. GB)                    | Soldat     | 5.42         | k. A. | k. A. | k. A.            | 22.02.60       |
| 78  | 26.09.61 | 1. Brigade (7. Abt.)                   | Wm.        | k. A.        | k. A. | X     | Arbeiter         | 14.09.59       |

| Nr.            | Datum    | Einheit                              | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|----------------|----------|--------------------------------------|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 79             | 27.09.61 | 2. Brigade (1. Abt.)                 | Soldat     | 9.40         | k. A. | k. A. | k. A.            | 02.08.60       |
| 80             | 28.09.61 | 1. Brigade (1. Abt. 4. Komp.)        | Wm.        | 12.40        | k. A. | k. A. | Arbeiter         | 20.09.60       |
| 81             | 29.09.61 | 1. Brigade (B) (1. Abt. 4. Komp.)    | Wm.        | 6.42         | k. A. | X     | Arbeiter         | 27.05.60       |
| 82             | 29.09.61 | 1. Brigade (B) (1. Abt. 4. Komp.)    | Wm.        | 7.42         | k. A. | k. A. | Bauer            | 15.11.60       |
| 83             | 29.09.61 | Lehrbereitschaft (3. Abt. 10. Komp.) | Uföhersch. | 8.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 10.60          |
| 84             | 29.09.61 | 2. Brigade (3. Abt. 10. Komp.)       | Soldat     | 5.43         | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 85             | 30.09.61 | 1. Brigade (B) (1. Abt. 4. Komp.)    | Wm.        | 5.41         | k. A. | X     | Arbeiter         | 05.05.59       |
| 86             | 30.09.61 | 1. Brigade (B) (1. Abt. 4. Komp.)    | Wm.        | 2.43         | k. A. | X     | Arbeiter         | 18.10.60       |
| <b>Oktober</b> |          |                                      |            |              |       |       |                  |                |
| 87             | 01.10.61 | 2. Brigade (14. GB)                  | Gefr.      | 1.39         | k. A. | X     | Angestellter     | 19.02.58       |
| 88             | 01.10.61 | 2. Brigade (14. GB)                  | Soldat     | 12.41        | k. A. | X     | Arbeiter         | 03.11.60       |
| 89             | 02.10.61 | 2. Brigade (14. GB 13. Komp.)        | Soldat     | 1.44         | k. A. | X     | Arbeiter         | 13.09.61       |
| 90             | 03.10.61 | 1. Brigade (schwere Abt.)            | Wm.        | 6.39         | k. A. | X     | Arbeiter         | 04.05.59       |
| 91             | 03.10.61 | 1. Brigade (schwere Abt.)            | Wm.        | 4.42         | K     | k. A. | Arbeiter         | 11.04.61       |
| 92             | 03.10.61 | 1. Brigade (6. Abt.)                 | Obwmm.     | 7.38         | k. A. | k. A. | k. A.            | 17.05.60       |
| 93             | 04.10.61 | 1. Brigade (4. Abt.)                 | Wm.        | 9.40         | k. A. | X     | k. A.            | 28.04.60       |
| 94             | 04.10.61 | 1. Brigade (4. Abt.)                 | Wm.        | 2.41         | k. A. | X     | k. A.            | 05.05.59       |

| Nr. | Datum    | Einheit                            | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----|----------|------------------------------------|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 95  | 05.10.61 | 1. Brigade                         | Uwm.       | 12.39        | k. A. | k. A. | k. A.            | 17.01.61       |
| 96  | 06.10.61 | 2. Brigade (3. Abt.)               | Soldat     | 5.43         | k. A. | k. A. | k. A.            | 05.05.61       |
| 97  | 06.10.61 | 2. Brigade                         | Gefr.      | 1.39         | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 98  | 06.10.61 | 2. Brigade                         | Gefr.      | 11.41        | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 99  | 08.10.61 | 1. Brigade (3. Abt.)               | Obwrm.     | 1.36         | k. A. | X     | Bauer            | 01.04.57       |
| 100 | 08.10.61 | 2. Brigade (17. Grenzbereitschaft) | Uffz.      | 8.37         | k. A. | k. A. | k. A.            | 11.03.58       |
| 101 | 08.10.61 | 2. Brigade (17. Grenzbereitschaft) | Gefr.      | 6.41         | k. A. | k. A. | k. A.            | 05.05.59       |
| 102 | 11.10.61 | 2. Brigade (14. Komp.)             | Stgefr.    | 11.40        | k. A. | X     | Arbeiter         | 04.08.58       |
| 103 | 11.10.61 | 2. Brigade (14. Komp.)             | Stgefr.    | 6.39         | k. A. | X     | Arbeiter         | 23.09.58       |
| 104 | 12.10.61 | 1. Brigade (schwere Abt.)          | Uwm.       | 1.43         | k. A. | X     | k. A.            | 11.04.60       |
| 105 | 13.10.61 | 1. Brigade (schwere Abt.)          | Uwm.       | 3.40         | k. A. | k. A. | k. A.            | 17.05.58       |
| 106 | 13.10.61 | 1. Brigade (4. Abt.)               | Hwrm.      | 4.43         | k. A. | k. A. | k. A.            | 22.02.61       |
| 107 | 14.10.61 | 2. Brigade (14. Grenzbereitschaft) | Gefr.      | 7.40         | X     | X     | k. A.            | 10.58          |
| 108 | 14.10.61 | 2. Brigade (14. Grenzbereitschaft) | Uffz.      | 3.40         | K     | k. A. | k. A.            | 08.10.58       |
| 109 | 15.10.61 | 1. Brigade (6. Abt.)               | Obwrm.     | 1.39         | k. A. | k. A. | k. A.            | 03.10.58       |
| 110 | 16.10.61 | 1. Brigade (1. Abt.)               | Wrm.       | 1.41         | k. A. | k. A. | k. A.            | 20.09.60       |
| 111 | 17.10.61 | 2. Brigade (13. GB 4. Komp.)       | Uffz.      | 4.42         | k. A. | k. A. | k. A.            | 02.02.60       |

| Nr.             | Datum    | Einheit                            | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ   | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----------------|----------|------------------------------------|------------|--------------|-------|-------|------------------|----------------|
| 112             | 17.10.61 | 2. Brigade (13. GB 4. Komp.)       | Soldat     | 1.41         | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 113             | 17.10.61 | 1. Brigade (4. Abt.)               | Wm.        | 8.42         | k. A. | k. A. | k. A.            | 13.05.60       |
| 114             | 18.10.61 | 2. Brigade (14. GB 6. Komp.)       | Gefr.      | 3.41         | k. A. | X     | k. A.            | 08.08.60       |
| 115             | 18.10.61 | 1. Brigade (1. Abt. 1. Komp.)      | Wm.        | 1.42         | k. A. | k. A. | k. A.            | 03.11.59       |
| 116             | 20.10.61 | 1. Grenzbrigade (1. Abt.)          | Wm.        | 11.43        | k. A. | k. A. | k. A.            | 21.09.59       |
| 117             | 20.10.61 | 1. Grenzbrigade (1. Abt.)          | Wm.        | 5.42         | k. A. | k. A. | k. A.            | 12.04.60       |
| 118             | 22.10.61 | 1. Grenzbrigade (2. Abt.)          | Gefr.      | 1.40         | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 119             | 23.10.61 | 1. Grenzbrigade (2. Abt. 3. Komp.) | Uwm.       | k. A.        | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 120             | 23.10.61 | 3. Grenzbrigade                    | Soldat     | 1.41         | k. A. |       | k. A.            | 13.09.61       |
| 121             | 24.10.61 | 2. Grenzbrigade (12. Komp.)        | Soldat     | 12.42        | k. A. |       | k. A.            | 02.05.61       |
| <b>November</b> |          |                                    |            |              |       |       |                  |                |
| 122             | 24.10.61 | 2. Brigade                         | Gefr.      | 6.39         | k. A. | k. A. | k. A.            | 02.05.61       |
| 123             | 25.10.61 | 2. Grenzbrigade (12. Grenzkomp.)   | Soldat     | 5.43         | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |
| 124             | 26.10.61 | 2. Brigade (1. GB 9. Komp.)        | Uffz.      | 4.41         | k. A. | k. A. | k. A.            | 04.07.59       |
| 125             | 29.10.61 | 3. Bereitschaft                    | Wm.        | k. A.        | k. A. | X     | k. A.            | 08.09.59       |
| 126             | 29.10.61 | 3. Bereitschaft                    | Wm.        | 3.42         | k. A. | X     | k. A.            | 10.11.59       |
| 127             | 30.10.61 | 1. Grenzbrigade (2. GA 1. Komp.)   | Wm.        | 2.41         | k. A. | k. A. | k. A.            | k. A.          |

| Nr.             | Datum    | Einheit    | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED  | FDJ    | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----------------|----------|------------|------------|--------------|------|--------|------------------|----------------|
| 128             | 05.11.61 | 3./I./1.   | Gefr.      | 7.43         | k.A. | X      | k.A.             | 13.04.61       |
| 129             | 07.11.61 | 8./I./2.   | Gefr.      | 1.42         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 03.12.59       |
| 130             | 10.11.61 | 12./I./2.  | Gefr.      | 2.43         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 15.11.60       |
| 131             | 10.11.61 | 12./I./2.  | Gefr.      | 5.42         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 03.05.60       |
| 132             | 11.11.61 | 9./II./2.  | Gefr.      | 7.41         | k.A. | X      | k.A.             | 09.02.60       |
| 133             | 11.11.61 | 9./II./2.  | Gefr.      | 7.41         | k.A. | X      | k.A.             | 24.11.58       |
| 134             | 15.11.61 | 6./II./2.  | Soldat     | 9.43         | k.A. | X      | k.A.             | 31.08.61       |
| 135             | 20.11.61 | 11./I./2.  | Soldat     | 4.43         | k.A. | X      | k.A.             | 15.09.61       |
| 136             | 27.11.61 | 2./II./2.  | Soldat     | 5.40         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 13.09.61       |
| 137             | 28.11.61 | 12./II./2. | Soldat     | 3.42         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 09.09.61       |
| <b>Dezember</b> |          |            |            |              |      |        |                  |                |
| 138             | 04.12.61 | 3./III./1. | Gefr.      | 2.41         | k.A. | X (56) | k.A.             | 19.04.60       |
| 139             | 04.12.61 | 3./IV./1.  | Stgefr.    | 6.40         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 04.03.58       |
| 140             | 04.12.61 | 3./IV./1.  | Stgefr.    | 8.40         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 20.11.58       |
| 141             | 04.12.61 | 3./IV./1.  | Gefr.      | 7.41         | k.A. | k.A.   | k.A.             | 07.09.59       |
| 142             | 06.12.61 | 3./II./1.  | Gefr.      | 1.39         | k.A. | X (58) | k.A.             | 26.11.58       |
| 143             | 08.12.61 | 3./II./1.  | Gefr.      | 1.41         | k.A. | X (56) | k.A.             | 08.09.59       |

| Nr. | Datum    | Einheit                 | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED    | FDJ    | soziale Herkunft | in der BP seit |
|-----|----------|-------------------------|------------|--------------|--------|--------|------------------|----------------|
| 144 | 08.12.61 | 3./II./1.               | Gefr.      | 7.41         | k. A.  | X (56) | k. A.            | 11.08.59       |
| 145 | 10.12.61 | 5./IV./1.               | Obwrm.     | 9.40         | k. A.  | X      | k. A.            | 04.08.59       |
| 146 | 10.12.61 | 6./I./2.                | Soldat     | 2.43         | k. A.  | X      | k. A.            | 15.09.61       |
| 147 | 10.12.61 | 6./I./2.                | Soldat     | 4.43         | k. A.  | X      | k. A.            | 16.09.61       |
| 148 | 14.12.61 | 2./IV./1.               | Gefr.      | 11.42        | k. A.  | X (57) | k. A.            | 12.12.60       |
| 149 | 14.12.61 | 2./IV./1.               | Gefr.      | 9.40         | k. A.  | X (59) | k. A.            | 21.01.58       |
| 150 | 14.12.61 | 2./IV./1.               | Soldat     | 3.43         | X      | X (56) | k. A.            | 09.04.61       |
| 151 | 14.12.61 | 12./II./2.              | Soldat     | 10.43        | k. A.  | k. A.  | k. A.            | 31.08.61       |
| 152 | 15.12.61 | 3./II./2.               | Soldat     | 2.43         | k. A.  | k. A.  | k. A.            | 01.09.61       |
| 153 | 17.12.61 | 10./I./2.               | Soldat     | 1.43         | k. A.  | k. A.  | k. A.            | 15.09.61       |
| 154 | 18.12.61 | 10./IV./1. Z. (oder 2.) | Uffz.      | 9.42         | k. A.  | k. A.  | k. A.            | 06.09.60       |
| 155 | 19.12.61 | 2./VI./1                | Gefr.      | 9.41         | k. A.  | k. A.  | k. A.            | 08.09.59       |
| 156 | 24.12.61 | 10./IV./1. Z.           | Soldat     | 11.41        | k. A.  | X (58) | k. A.            | 15.09.61       |
| 157 | 25.12.61 | 5./IV./1.               | Gefr.      | 7.41         | k. A.  | k. A.  | k. A.            | 23.11.60       |
| 158 | 25.12.61 | 12./IV./1. Z.           | Soldat     | 5.38         | M (55) | k. A.  | k. A.            | 15.09.61       |
| 159 | 25.12.61 | 12./IV./1. Z.           | Soldat     | 12.41        | M (59) | k. A.  | k. A.            | 15.09.61       |
| 160 | 28.12.61 | 4./II./1.               | Gefr.      | 11.40        | X (57) | k. A.  | k. A.            | 30.04.60       |

| Nr.   | Datum    | Einheit      | Dienstgrad | Geburtsdatum | SED   | FDJ    | soziale Herkunft | in der BP seit |
|---|----------|--------------|------------|--------------|-------|--------|------------------|----------------|
| 161   | 29.12.61 | 5./IV./1.    | Uffz.      | 9.41         | X     | k. A.  | k. A.            | 24.07.59       |
| 162   | 29.12.61 | 5./II./1. Z. | Soldat     | 3.42         | k. A. | k. A.  | k. A.            | 01.08.61       |
| 163   | 30.12.61 | 6./II./2.2.  | Gefr.      | 9.41         | k. A. | X (56) | k. A.            | 04.08.59       |
| 164   | 30.12.61 | 6./II./2.2.  | Soldat     | 9.41         | k. A. | k. A.  | k. A.            | 12.09.61       |
| 165   | 30.12.61 | 6./II./2.2.  | Soldat     | 5.43         | k. A. | k. A.  | k. A.            | 12.09.61       |
| <b>Legende</b>  |          |              |            |              |       |        |                  |                |
| Gruppenfah-<br>nenfluchten<br>sind zur Kenn-<br>zeichnung der<br>gemeinsam<br>Geflüchteten<br>in Grautönen<br>hinterlegt. |          |              |            |              |       |        |                  |                |
|   |          |              |            |              |       |        |                  |                |
|   |          |              |            |              |       |        |                  |                |
|   |          |              |            |              |       |        |                  |                |
|   |          |              |            |              |       |        |                  |                |
|   |          |              |            |              |       |        |                  |                |
|   |          |              |            |              |       |        |                  |                |
| k. A.   |          | keine Angabe |            |              |       |        |                  |                |
| K   |          | Kandidat     |            |              |       |        |                  |                |
| M   |          | Mitglied     |            |              |       |        |                  |                |

Quelle: BArch, MfS, HA I, Nr. 16544, Bl. 57-83 [Auszug]

## Literaturverzeichnis

### Aufsätze und Monografien

- Ackermann, Volker: Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961. Osnabrück 1995.
- Bailey, George; Kondraschow, Sergej A.; Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997.
- Bennewitz, Inge; Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente. Berlin 1997.
- Bergh, Hendrik van: Deserteure. Fahnenflucht von und nach Deutschland. Pfaffenhofen/Ilm 1971.
- Die Berliner Mauer. Vom Sperrwall zum Denkmal. Hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz. Bonn 2009 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 76/1).
- Bessel, Richard: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der SBZ und frühen DDR, 1945–1953. In: ders.; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 224–252.
- Bessel, Richard: Polizei zwischen Krieg und Sozialismus. Die Anfänge der Volkspolizei nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jansen, Christian; Niethammer, Lutz; Weisbrod, Bernd (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1995, S. 517–531.
- Bröckling, Ulrich: Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion. München 1997.
- Bröckling, Ulrich: Truppenflüchter und Totalverweigerer. Fahnenflucht, Eigenmächtige Abwesenheit und Dienstentziehung in der Bundesrepublik. In: ders.; Sikora (Hg.): Armeen und ihre Deserteure, S. 288–320.
- Bröckling, Ulrich; Sikora, Michael: Einleitung. In: dies. (Hg.): Armeen und ihre Deserteure, S. 7–15.
- Demke, Elena: »Antifaschistischer Schutzwall« – »Ulbrichts KZ«. Kalter Krieg der Mauerbilder. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 96–110.
- Demke, Elena: Mauerbilder – Ikonen im Kalten Krieg. In: Bilder im Kopf – Ikonen der Zeitgeschichte. Hg. v. d. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2009, S. 106–119.
- Lapp, Peter Joachim: Gefechtsdienst im Frieden. Das Grenzregime der DDR 1945–1990. Bonn 1999.
- Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005.
- Diedrich, Torsten: Das Jahr 1952 – Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR. In: Werkentin, Falco (Hg.): Der Aufbau der »Grundlagen des Sozialismus« in der DDR 1952/53. Berlin 2007, S. 31–48.
- Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1946–1989). In: Diedrich; Ehlert; Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 201–223.

- Diedrich, Torsten: Die Kasernierte Volkspolizei (1952–1956). In: ders.; Ehlert; Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 339–370.
- Diedrich, Torsten: Gegen Aufrüstung, Volksunterdrückung und politische Gängelerei. Widerstandsverhalten und politische Verfolgung in der Aufbau- und Konsolidierungsphase der DDR-Streitkräfte 1949 bis 1968. In: Wenzke, Rüdiger (Hg.): Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA. Berlin 2005, S. 31–196.
- Diedrich, Torsten: Waffen gegen das eigene Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. München 2003.
- Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger: Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick. In: dies. (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 1–68.
- Diedrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. Berlin 2001.
- Ehlert, Hans; Rogg, Matthias: Militär, Staat und Gesellschaft der DDR in historischer Rückblende. In: dies. (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, S. 1–26.
- Ehlert, Hans; Wagner, Armin (Hg.): Genosse General! Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen. Berlin 2003.
- Eisenfeld, Bernd: Formen widerständigen Verhaltens in der Nationalen Volksarmee und bei den Grenztruppen. In: Neubert; ders. (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht, S. 231–266.
- Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13. August 1961: Mauerbau, Fluchtbewegung und Machtsicherung. Berlin 2001.
- Engelmann, Roger: Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961. In: Diedrich; Kowalczuk (Hg.): Staatsgründung auf Raten?, S. 139–151.
- Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: ders., Roger; Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 23–39.
- Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. 4. Aufl., Berlin 2021.
- Filmer, Werner; Schwan, Heribert (Hg.): Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes. München 1991.
- Fingerle, Stephan: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der NVA und ihrer Vorläufer. Berlin 2001.
- Frevert, Ute: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland. München 2001.
- Gebhard, Birgit: Der »Fall Anklam«. Schülerprotest an der EOS Anklam im September 1961. In: Hermann, Ulrich (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 2002, S. 41–56.
- Giese, Daniel: Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956–1965. München 2002.

- Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. Stuttgart, München 2001.
- Grafe, Roman: Die Grenztruppen der DDR. In: Ehlert; Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, S. 337–352.
- Hagemann, Frank: Parteiherrschaft in der NVA. Zur Rolle der SED bei der inneren Entwicklung der DDR-Streitkräfte (1956–1971). Berlin 2002.
- Hamann, Christoph: Fluchtbilder. Schlüsselbilder einer mörderischen Grenze. In: Paul, Gerhard (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2: 1949 bis heute. Bonn 2008 (Sonderausgabe BpB), S. 266–273.
- Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994.
- Hertle, Hans-Hermann: Die Berliner Mauer/The Berlin Wall. Monument des Kalten Krieges/Monument of the Cold War. 3., korrigierte Aufl., Bonn 2009.
- Jahr, Christoph: Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914–1918. Göttingen 1998.
- Koch, Magnus: Fahnenfluchten. Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg – Lebenswege und Entscheidungen. Paderborn u. a. 2008.
- Koop, Volker: »Den Gegner vernichten«. Die Grenzsicherung der DDR. Bonn 1996.
- Koop, Volker; Schössler, Dietmar: Erbe NVA. Eindrücke aus ihrer Geschichte und den Tagen der Wende. Waldbröl 1992.
- Kubina, Michael: Die SED und ihre Mauer. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 83–95.
- Lapp, Peter Joachim: Die Grenztruppen der DDR (1961–1989). In: Diedrich; Ehlert; Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 225–252.
- Lapp, Peter Joachim: Frontdienst im Frieden – Die Grenztruppen der DDR. Entwicklung – Struktur – Aufgaben. 2., überarbeitete Aufl., Koblenz 1987.
- Lapp, Peter Joachim: Gefechtsdienst im Frieden – das Grenzregime der DDR. Bonn 1999.
- Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1995.
- Lindenberger, Thomas: Diktatur der Grenze(n). Die eingemauerte Gesellschaft und ihre Feinde. In: Hertle; Jarausch; Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall, S. 203–214.
- Litfin, Jürgen: Tod durch fremde Hand. Das erste Maueropfer in Berlin und die Geschichte einer Familie. Husum 2007.
- Lüttke, Alf; Wildt, Michael: Editorial. In: Historische Anthropologie Heft 2, 15/2007 (Themenheft: Gehorsam), S. 157–163.
- Major, Patrick: Vor und nach dem 13. August 1961. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer. In: Archiv für Sozialgeschichte 39/1999, S. 325–354.
- Maurer, Jochen: Das System der »Postenvorplanung« im Grenzdienst. Zur Bewachung der Grenze der DDR. In: Tagung: Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz. Bonn 2009, S. 81–86.

- Maurer, Jochen: Die »Mauer« und ihre Grenztruppen oder die Grenztruppen und ihre »Mauer«? In: Die Berliner Mauer. Vom Sperrwall zum Denkmal. Hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz. Bonn 2009, S. 71–86.
- Müller, Christian Th.: Tausend Tage bei der »Asche«. Unteroffiziere in der NVA. Berlin 2003.
- Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2008.
- Müller-Enbergs; Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (3 Teile). Berlin 1996–2008.
- Münkel, Daniela: »Eine Verkehrsbehinderung innerhalb Berlins«. In: Berliner Zeitung v. 13.8.2010.
- Münkel, Daniela: CIA, BND, MfS und der Mauerbau. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 67–82.
- Naumann, Klaus (Hg.): NVA. Anspruch und Wirklichkeit nach ausgewählten Dokumenten. Berlin u. a. 1993.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 2., erw. Aufl., Berlin 1998.
- Nooke, Maria: Geglückte und gescheiterte Fluchten nach dem Mauerbau. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 163–180.
- Petzold, Frank: Aspekte der Auswahl und Kontrolle von Grenzsoldaten durch das Ministerium für Staatssicherheit. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument. Berlin 1999, S. 543–556.
- Petzold, Frank: Der Einfluß des MfS auf das DDR-Grenzregime an der innerdeutschen Grenze: Anmerkungen zur Rolle des MfS bei der Errichtung des DDR-Grenzregimes. In: Mertens, Lothar; Voigt, Dieter (Hg.): Opfer und Täter im SED-Staat. Berlin 1998, S. 135–167.
- Pfeiffer, Ingo: Fahnenflucht zur See. Die Volksmarine im Visier des MfS. Berlin 2009. Presse- und Informationsamt des Landes Berlin. Die Mauer und ihr Fall. 7. Aufl. 1996.
- Prüfert, Andreas (Hg.): Die Nationale Volksarmee im Kalten Krieg. Militärisches Denken und Handeln an Schnittpunkten des Kalten Krieges. Zur Rolle der NVA in internationalen Krisen und Konfliktsituationen. Bonn 1995.
- Rogg, Matthias: Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR. Berlin 2008.
- Ross, Corey D.: »Wird der Frieden nicht an der Werkbank verteidigt?« Die Soldatenwerbung in der DDR in den 50er und frühen 60er Jahren. In: Ehlert; Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, S. 439–458.
- Sälter, Gerhard: »Durchführung einer Sondermaßnahme«. Entführungen und Attentatspläne der Hauptabteilung I des MfS. In: Horch und Guck Nr. 59, 01/2008, S. 14–17.
- Sälter, Gerhard: Bespitzelung von Kameraden. Informationsbeschaffung und Informanten des MfS in der Grenzpolizei der DDR in den Fünfzigerjahren. In: Deutschland Archiv 2/2007, S. 275–284.
- Sälter, Gerhard: Die Sperranlagen, Oder: Der unendliche Mauerbau. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 122–137.

- Sälter, Gerhard: Fluchtverhinderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In: Henke (Hg.): Die Mauer, S. 152–162.
- Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952–1965. Berlin 2009 (Militär-geschichte der DDR, Bd. 17).
- Sälter, Gerhard: Interne Repression. Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR-Justiz (1954–1966). Dresden 2002.
- Sälter, Gerhard: Vom Überwachen der Überwacher: Spitzel des MfS in der Grenzpolizei der DDR in den fünfziger Jahren. In: Mohr, Markus (Hg.): Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte. Berlin u. a. 2004, S. 117–121.
- Schmidt, Leo: Architektur und Botschaft der »Mauer« 1961–89. In: Die Berliner Mauer, S. 54–69.
- Schmude, Klaus: Fallbeil-Erziehung. Der Stasi/SED-Mord an Manfred Smolka. Böblingen 1992.
- Schultke, Dietmar: »Keiner kommt durch«. Die Geschichte der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer 1945–1990. Berlin 2008.
- Schultke, Dietmar: Das Grenzregime der DDR. Innenansichten der siebziger und achtziger Jahre. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/97, S. 43–53.
- Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.
- Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961. Köln u. a. 2000.
- Stadelmann-Wenz, Elke: Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära. Paderborn u. a. 2009.
- Steike, Jörn: Die Bereitschaftspolizei der DDR 1950–1990. München 1992.
- Steike, Jörn: Von den »Inneren Truppen« zur Bereitschaftspolizei (1953–1990). In: Diedrich; Ehlert; Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 69–96.
- Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989. München 2009.
- Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch. Hg. v. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer. Berlin 2009.
- Tagung: Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz. Bonn 2009.
- Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958–1962. München 2008.
- Umbach, Frank: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955–1991. Berlin 2005.
- Wagner, Armin: Stacheldrahtsicherheit. Die politische und militärische Planung und Durchführung des Mauerbaus 1961. In: Hertle; Jaraus; Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall, S. 119–138.
- Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002.
- Wenzke, Rüdiger: Die Fahnenflucht in den Streitkräften der DDR. In: Bröckling; Sikora (Hg.): Armeen und ihre Deserteure, S. 252–287.

- Wenzke, Rüdiger: Die Nationale Volksarmee (1956–1990). In: Diedrich; Ehlert; ders. (Hg.): Im Dienste der Partei, S. 423–536.
- Wenzke, Rüdiger: NVA-Soldaten und Prager Frühling. In: Wette, Wolfram (Hg.): Der Krieg des Kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München 1995, S. 363–378.
- Wenzke, Rüdiger: Zwischen Bestenabzeichen und Armeeknast. Wahrnehmungen und Forschungen zum Innenleben der DDR-Volksarmee. In: Ehlert; Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, S. 497–530.
- Wenzke, Rüdiger; Froh, Klaus: Die Generale und Admirale der NVA. Ein biographisches Handbuch. 5., durchges. Aufl., Berlin 2007.
- Werkentin, Falco: Der Aufbau der »Grundlagen des Sozialismus« in der DDR 1952/53. Berlin 2007.
- Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995.
- Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958–1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006.
- Wiegrefe, Klaus: Die Schandmauer. In: Der Spiegel 32/2001, S. 64–77.
- Wolf, Stefan: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Überwachung der NVA durch die Hauptabteilung I. In: Ehlert; Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, S. 323–336.
- Wolf, Stefan: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2004.
- Wolfrum, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung. München 2009.
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Bonn 1999.

## Sammelwerke

- Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur, Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.
- Bröckling, Ulrich; Sikora, Michael (Hg.): Armeen und ihre Deserteure. Vernachlässigte Kapitel einer Militärgeschichte der Neuzeit. Göttingen 1998.
- Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998.
- Diedrich, Torsten; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft in der DDR. Berlin 2005.
- Ehlert, Hans; Rogg, Matthias (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Berlin 2004.
- Filmer, Werner; Schwan, Heribert (Hg.): Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes. München 1991.
- Frevort, Ute (Hg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1997.
- Grafe, Roman (Hg.): Anpassen oder Widerstehen in der DDR. Bonn 2010 (BpB).
- Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. München 2011.

- Hertle, Hans-Hermann; Jarausch, Konrad H.; Kleßmann, Christoph (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen. Berlin 2002.
- Melis, Damian van; Bispinck, Henrik (Hg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006.
- Neubert, Ehrhart; Eisenfeld, Bernd (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen 2001.
- Thoß, Bruno (Hg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei. Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR 1947 bis 1952. München 1994.
- Thoß, Bruno (Hg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945–1995. München 1995.
- Thoß, Hendrik (Hg.): Europas Eiserner Vorhang. Die deutsch-deutsche Grenze im Kalten Krieg. Berlin 2008.
- Timmermann, Heiner (Hg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik. Münster 2002.
- Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall. Münster 2003.
- Wenzke, Rüdiger (Hg.): Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA. Berlin 2005.

## Quellenverzeichnis

### Quellensammlungen

- Glaser, Günther (Hg.): »Reorganisation der Polizei« oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49. Frankfurt/M. u. a. 1995.
- Mehls, Hartmut (Hg.): Im Schatten der Mauer. Dokumente, 12. August bis 29. September 1961. Berlin 1990.
- Münkel, Daniela (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2011.
- Uhl, Matthias; Wagner, Armin (Hg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation. München 2003.

### Ungedruckte Quellen

#### Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv

Büro der Leitung (BdL): 15684; 15696; 015742; 015746; 015739; 015738; 015732; 000767; 015380.

Sekretariat des Ministers (SdM): 1558

Hauptabteilung I (HA I): 14513; 15864; 16543; 16544; 17090–17093.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG): 545, 31066.

Wolf, Hptm. (HA IX/6): Die Motive von Fahnenfluchten Angehöriger der Grenzsicherungseinheiten der NVA an der Staatsgrenze West und einige der sich daraus ergebenden Aufgaben zur Qualifizierung der vorbeugenden Arbeit, Diplomarbeit JHS Potsdam, (eingereicht im November 1965); BArch, MfS, JHS, MF, Nr. 224.

Detaillierte Auflistung aller Fahnenfluchten aus den zur Grenzsicherung in Berlin eingesetzten Kräften der Bereitschaftspolizei im Zeitraum vom 13. August und 31. Dezember 1961; Quelle: BArch, MfS, HA I, Nr. 16544, 004 Bl. 57–83 [Auszug].

**Bundesarchiv, Berlin (BArch)**

Ministerium des Innern, Hauptabteilung Bereitschaften:  
DO1/20.0/641; 54132 (Mappe 2, 4, 16); 58302; 27354.

**Bundesarchiv, Militärarchiv (BArch-MA)**

Nationaler Verteidigungsrat:  
DVW 1/39460-39465

## Abkürzungen

|          |  |
|----------|--|
| AZKW     | Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs   |
| BArch    | Bundesarchiv   |
| BArch-MA | Bundesarchiv-Militärarchiv   |
| BDM      | Bund Deutscher Mädel   |
| BGS      | Bundesgrenzschutz  |
| BOB      | Berlin Operating Base (des CIA in Westberlin)  |
| BP       | Bereitschaftspolizei   |
| BStU     | Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik                                |
| CIA      | Central Intelligence Agency  |
| DDR      | Deutsche Demokratische Republik  |
| DVdI     | Deutsche Verwaltung des Innern   |
| DGP      | Deutsche Grenzpolizei  |
| FDJ      | Freie Deutsche Jugend  |
| Gfr.     | Gefreiter  |
| GI       | Geheimer Informator  |
| GMS      | Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit  |
| HA       | Hauptabteilung   |
| HJ       | Hitlerjugend   |
| Hptm.    | Hauptmann  |
| HV       | Hauptverwaltung  |
| HV DVP   | Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei im Mdi   |
| HVA      | Hauptverwaltung Ausbildung in der Deutschen Verwaltung des Innern – Vorläufer der sogenannten Kasernierten Volkspolizei bzw. der Nationalen Volksarmee |
| Hwm.     | Hauptwachtmeister  |
| IM       | Inoffizieller Mitarbeiter  |
| JHS      | Juristische Hochschule (des MfS)   |
| Komp.    | Kompanie   |
| KVP      | Kasernierte Volkspolizei   |
| KZ       | Konzentrationslager  |
| Mdi      | Ministerium des Innern   |
| MfS      | Ministerium für Staatssicherheit   |
| NATO     | North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)  |
| NSDAP    | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei   |
| NVA      | Nationale Volksarmee   |
| o. Verf. | ohne Verfasser   |
| Obwm.    | Oberwachtmeister   |
| PK       | Polit-Kultur, Vorläufer des Politischen Apparates  |
| RIAS     | Rundfunk im amerikanischen Sektor  |
| SA       | Sturmabteilung   |

|             |  |
|-------------|--|
| SBZ         | Sowjetische Besatzungszone                   |
| SdM         | Sekretariat des Ministers                    |
| SK          | Stabskompanie                                |
| SMG         | Schwere Maschinengewehre                     |
| SPW         | Schützenpanzerwagen                          |
| SS          | Schutzstaffel                                |
| Stgefr.     | Stabsgefreiter                               |
| Uffz.       | Unteroffizier                                |
| Uführersch. | Unterführerschüler                           |
| Uwm.        | Unterwachtmeister                            |
| VP          | Volkspolizei                                 |
| vzw.        | vorzugsweise                                 |
| Wm.         | Wachtmeister                                 |
| ZAIG        | Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe |